



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
5. September 2013

Protokoll Nr. 13

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 27. Juni 2013, 09.00–16.00 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Theres Vinatzer

Präsenz:
Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
Stadtrat Adrian Borgula ganzer Tag
Stadträtin Ursula Stämmer-Horst zeitweise

Abwesend:
Agnes Keller-Bucher ganzer Tag
Mirjam Fries bis 10.30 Uhr
Monika Senn Berger ab 15.30 Uhr
Peter With ab 15.30 Uhr

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	5
2. Genehmigung des Protokolls 10 vom 25. April 2013	6
3.1 Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission	6
3.2 Wahl des Präsidiums der Baukommission	6
4. Wahl einer Ombudsperson und ihrer Stellvertretung	6
5. Bericht und Antrag 3/2013 vom 27. März 2013: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012	9
6. Bericht und Antrag 7/2013 vom 24. April 2013: Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“	22
7. Bericht 8/2013 vom 30. April 2013: Umsetzung der Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“	50

8.	Bericht und Antrag 9/2013 vom 30. April 2013: Abschreibung von Motionen und Postulaten	57
9.	Interpellation 35, Pirmin Müller namens der SVP-Fraktion, vom 22. Januar 2013: Geplante Sexualeufklärung in der Schweiz – eine Option auch für die Stadt Luzern?	45
10.	Postulat 23, Christian Hochstrasser und Stefanie Wyss namens der G/JG- Fraktion sowie Max Bühler und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Dezember 2012: Keine Armee-Propagandashow in der Stadt Luzern	59
11.	Postulat 68, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. Mai 2013: Umsetzung Tempo 30 für die Moosstrasse	63

Eingänge

1. Einladung zur 13. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 27. Juni 2013
2. Einladung Ausflug Grosser Stadtrat vom 4. Juli 2013
3. Einladung zur 4. Sitzung der Verkehrskommission vom 5. Juni 2013
4. Protokoll 9 Grosser Stadtrat vom 28. März 2013
5. Protokoll 10 Grosser Stadtrat vom 25. April 2013
6. Protokoll 9 Geschäftsprüfungskommission vom 23. Mai 2013
7. Protokoll 13 Baukommission vom 23. Mai 2013
8. Protokoll 8 Sozialkommission vom 23. Mai 2013
9. Protokoll 9 Bildungskommission vom 23. Mai 2013
10. Protokoll 10 Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013
11. B+A 11/2013 vom 29. Mai 2013: „Initiative ‚Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern‘“
12. B+A 12/2013 vom 5. Juni 2013: „Städtische Wohnraumpolitik II“
13. Interpellation 71, Lisa Zanolla-Kronenberg und Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 23. Mai 2013: „Masseneinbürgerungen statt Qualität“
14. Interpellation 72, Peter With und Lisa Zanolla-Kronenberg namens der SVP-Fraktion, vom 31. Mai 2013: „Stadträte werben für zweifelhafte Internetplattform“
15. Interpellation 73, Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 31. Mai 2013: „Positive und negative Wirkungen der Fusion“

16. Interpellation 74, Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion vom 5. Juni 2013: „REAL-Gelder zweckmässig und zielgerichtet einsetzen“
17. Postulat 75, Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 5. Juni 2013: „Velostation am Bahnhof – Bisherige Praxis weiterführen“
18. Interpellation 76, René Peter, Reto Kessler und Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion, vom 10. Juni 2013: „Wie steht es mit dem Gesamtverkehrskonzept?“
19. Postulat 77, Peter With und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion sowie Jules Gut, vom 10. Juni 2013: „Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG)“
20. Dringliches Postulat 78, Peter With und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2013: „Die Bibliothek Ruopigen bleibt, wo sie ist“
21. Interpellation 79, Noëlle Bucher und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 11. Juni 2013: „Organisatorische und pädagogische Konsequenzen des zweijährigen Kindergartens“
22. Interpellation 80, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 11. Juni 2013: „Verkehrsentwicklung im Mattenhof“
23. Postulat 81, Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 13. Juni 2013: „Städtische nachhaltige Mobilität auch beim ruhenden Verkehr“
24. Postulat 82, Daniel Wettstein und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 14. Juni 2013: „Bahnhofstrasse – wenn schon, dann richtig!“
25. Dringliche Interpellation 83, Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann, namens der FDP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Kellerkinder im Kindergarten der Stadt Luzern?“
26. Interpellation 84, Jörg Krähenbühl und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Anwendung der SKOS-Richtlinien in der Stadt Luzern“
27. Postulat 85, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Schulraumplanung Würzenbach“
28. Dringliches Postulat 86, Marcel Lingg und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Verzicht auf Parkplatzreduktion im Hirschmattquartier“
29. Interpellation 87, Rieska Dommann, Sandra Felder-Estermann und Hugo P. Stadelmann namens der FDP-Fraktion, vom 18. Juni 2013: „Aktivitäten in den Quartieren gezielt unterstützen“
30. Interpellation 88, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 20. Juni 2013: „Verband Luzerner Gemeinden, ein Gewinn für die Stadt Luzern?“
31. Interpellation 89, Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion, vom 20. Juni 2013: „Velo-pumpstationen – eine Aufgabe der Stadt?“
32. Interpellation 90, Albert Schwarzenbach und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 20. Juni 2013: „Grendel-Planung: Was ist schief gelaufen?“

33. Stellungnahme zur Motion 21, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, vom 22. November 2013: „Raumpotenziale für Kultur- und Kreativschaffende nicht nur prüfen, sondern auch sichern“
34. Antwort auf die Interpellation 35, Pirmin Müller namens der SVP-Fraktion, vom 22. Januar 2013: „Geplante Sexualaufklärung in der Schweiz – eine Option auch für die Stadt Luzern?“
35. Stellungnahme zum Postulat 23, Christian Hochstrasser und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Max Bühler und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Dezember 2012: „Keine Armee-Propaganda in der Stadt Luzern“
36. Stellungnahme zum Postulat 68, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. Mai 2013: „Umsetzung Tempo 30 für die Moosstrasse“

Beratung der Traktanden

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: begrüsst die Anwesenden zur 13. und letzten Sitzung vor den Sommerferien. Es ist auch die letzte Sitzung des Amtsjahres.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst ist den ganzen Tag entschuldigt, sie ist an einer Weiterbildung im MAZ. Zur Behandlung der dringlichen Vorstösse wird sie um 14 Uhr anwesend sein. Agnes Keller-Bucher ist für die ganze Sitzung entschuldigt, sie ist an der Diplomprüfung ihres Sohnes. Mirjam Fries kommt aus geschäftlichen Gründen später. Monika Senn Berger und Peter With verlassen die Sitzung aus beruflichen Gründen um 15.30 Uhr.

Stadtpräsident Stefan Roth informiert, warum der Stadtrat nur zu Dritt anwesend ist. UVS-Direktor Adrian Borgula musste gestern infolge heftiger Bauchschmerzen hospitalisiert werden. Die Abklärungen laufen, die Ursachen konnten bisher noch nicht gefunden werden. Im Verlaufe des heutigen Tages werden weitere Untersuchungen gemacht. Der Stadtpräsident wünscht Adrian Borgula gute und rasche Genesung. Der Stadtrat hat entschieden, dass die UVS-relevanten Themen vom Finanzdirektor behandelt werden.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Laura Grüter Bachmann feiert heute ihren 45. Geburtstag. Der Rat gratuliert ihr mit Händeklatschen. Die vollständige Eingangsliste liegt bei der Ratsweibelin zur Einsicht auf.

Es sind vier Dringliche Vorstösse eingegangen:

Dringliches Postulat 78, Peter With und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2013: „Die Bibliothek Ruopigen bleibt, wo sie ist“

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Keine Wortbegehren. Die Dringlichkeit ist gegeben.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit der Interpellation 83 und des Postulats 85, welche zusammengehören:

Dringliche Interpellation 83, Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Kellerkinder im Kindergarten der Stadt Luzern?“

Dringliches Postulat 85, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Schulraumplanung Würzenbach“

Die Diskussion zur Dringlichkeit ist gegeben. Es wird zusammen über die Dringlichkeit der beiden Vorstösse entschieden.

Rieska Dommann und Jules Gut verzichten auf die Dringlichkeit.

Niemand hält an der Dringlichkeit fest, die Vorstösse werden ordentlich behandelt.

Dringliches Postulat 86, Marcel Lingg und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion, vom 17. Juni 2013: „Verzicht auf Parkplatzreduktion im Hirschmattquartier“

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Marcel Lingg: Warum hat die SVP-Fraktion den Vorstoss als Dringlich eingereicht? Warum hält sie weiterhin an der Dringlichkeit fest? Der Stadtrat hat über die Medien verlauten lassen, er beabsichtige, im Spätherbst dem Grossen Stadtrat einen B+A Grundgestaltung der Hirschmattstrasse zu präsentieren. Mit dem Vorstoss wünscht die SVP, dass bevor der B+A zugestellt wird, die entsprechenden Prüfungen und Abklärungen gemacht werden, dass man auf die Parkplatzreduktion verzichten könnte. Würde der Vorstoss erst nach dem Erscheinen des entsprechenden B+A oder sogar noch später im Rat traktandiert, ist der ureigentliche Sinn dieses Postulats nicht mehr möglich. Nämlich, dass man jetzt schon rechtzeitig andere Varianten prüft und nicht erst nachträglich, wenn der B+A vorliegt. Und, je nachdem wie das Parlament dann entscheidet, würde der Stadtrat mit einer Rückweisung wieder auf Feld 1 zurückgeschickt. Man sollte jetzt schon mit denken beginnen, und nicht erst im Spätherbst.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit ab.

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Dringliche Postulat 78 wird nach der Mittagspause behandelt, wenn Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst anwesend ist.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung sind gebeten, in der ersten Pause mit der Agenda zum Präsidium zu kommen, um einen Termin für die nächste GL-Sitzung zu vereinbaren. Der Ausschuss „Finanzinspektorat“ der GPK (Katharina Hubacher, Sonja Döbeli Stirnemann und Da-

niel Furrer) wird gebeten, sich in der Nachmittagspause mit der Agenda bei Toni Göpfert einzufinden. Die Sozialkommission trifft sich in der Morgenpause bei Sozialdirektor Martin Merki zu Informationen.

2. Genehmigung des Protokolls 10 vom 25. April 2013

Der Rat genehmigt das Protokoll 10 vom 25. April 2013.

3.1 Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Daniel Wettstein hat seinen Rücktritt aus der Baukommission eingereicht. Als Nachfolger schlägt die FDP-Fraktion Reto Kessler vor.

Der Rat stimmt der Wahl einstimmig zu.

3.2 Wahl des Präsidiums der Baukommission

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Reto Kessler wird ebenfalls als Kommissionspräsident vorgeschlagen.

Der Rat wählt Reto Kessler als Präsident der Baukommission.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer gratuliert dem Gewählten zur Wahl und wünscht ihm viel Erfüllung in der neuen Aufgabe. Der Rat beklatscht die erfolgreiche Wahl.

4. Wahl einer Ombudsperson und ihrer Stellvertretung

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Geschäft wurde in der Geschäftsprüfungskommission behandelt.

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli stellt dem Rat Frau Lucia Schnider Stulz vor und heisst sie herzlich willkommen. Der Auswahlprozess für die Besetzung der Ombudsstelle war eine spezielle Aufgabe für die GPK. Zum einen weil wir einen Perspektivenwechsel vornehmen mussten – plötzlich waren wir in der Rolle des Arbeits- und Auftraggebers. Zum anderen, weil niemand von uns und auch die Ombudsperson nicht weiss, wie dies sein wird am 1. Januar

2014, wenn die Ombudsstelle ihre Türen öffnen wird. Wir kennen nur die Eckdaten und einige Erfahrungen aus anderen Städten und jeder von uns hatte oder hat vielleicht sein eigenes Bild der optimalen Ombudsperson. Viele Fragen haben sich im Auswahlprozess geklärt, dafür sind auch neue hinzugekommen. Wir sind gespannt, freuen uns auf das was kommt, und sind überzeugt, dass die Ombudsstelle für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern, aber auch für die Verwaltung eine gewinnbringende Sache ist. Die Sprechende möchte vorneweg Franziska Bitzi Staub und Joseph Schärli danken für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Ausschuss, und Beat Däppeler für die hervorragende Unterstützung im ganzen Bewerbungsverfahren. Die Auswahl fiel dem Ausschuss und der GPK nicht leicht. Wir hatten viele, sehr gute Bewerbungen. Die Stelle der Ombudsperson war offensichtlich sehr begehrt. Trotz der grossen Unsicherheit und trotz des eher bescheidenen Pensums von 30 Prozent. Wir sind überzeugt, mit Frau Lucia Schnider Stulz eine hervorragende erste Ombudsperson gefunden zu haben. Sie ist für die Stadt ein richtiger Glücksfall. Bringt sie doch neben ihrer langjährigen Mediationserfahrung und ihrer fröhlichen und einnehmenden Art ein grosses Organisationstalent und vor allem viel Zeit und Energie mit, den Aufbau der Ombudsstelle in der zweiten Hälfte dieses Jahres und die Eröffnung im Januar des nächsten Jahres in Angriff zu nehmen. Aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten verfügt sie über ein fundiertes juristisches Wissen und Erfahrung in der Verwaltung. Sie hat ein sehr gutes Gespür für politische Zusammenhänge, ist aber parteiunabhängig. An erster Stelle stehen bei ihr immer das Verständnis und die Empathie für den Einzelnen und dessen Nöte und Sorgen. Somit sind wir der Ansicht, dass wir mit Lucia Schnider Stulz eine optimale Ombudsfrau gefunden haben. Auch die Person des Stellvertreters wird durch Otmar Kreiliger optimal ausgefüllt. Ich freue mich, Ihnen heute diese beiden Personen zur Wahl vorschlagen zu dürfen und bitte Sie, gemäss dem Antrag der GPK, Frau Lucia Schnider Stulz als Ombudsfrau und Herrn Otmar Kreiliger als Stellvertreter zu wählen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Wenn niemand opponiert, wird Eintreten und Detail zusammengekommen.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben mit der Annahme der Gemeindeordnung im Juni 2012 die Grundlage für eine Ombudsstelle in der Stadt Luzern geschaffen. Mit dem B+A 40/2012 wurde das Reglement verabschiedet. Die FDP steht voll hinter der Schaffung der Ombudsstelle, denn es ist wichtig, dass bei Konflikten zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung eine neutrale Person steht, welche die Wogen glätten kann und vielleicht niederschwellig Konflikte schon lösen kann, bevor sie eskalieren. Jetzt also stehen wir vor der Wahl der Ombudsperson, und vor dem Moment, wo dem Reglement und allen Erwartungen Leben eingehaucht wird und sie ein Gesicht bekommen. Die Sprechende dankt Luzia Vetterli, Franziska Bitzi Staub und Joseph Schärli für die Vorbereitung dieses Geschäfts. Als das Reglement im Ausschuss diskutiert wurde, hat man über die Erwartungen geredet, welche diese Stelle dann zu erfüllen hat. Es wurde schon erwähnt, die „Eier legende Wollmilchsau“ würde wohl nicht gefunden werden. Es gingen sehr gute Dossiers ein, welche eine hervorragende Auswahl ermöglichten. Die FDP-Fraktion ist von der Kandidatur über-

zeugt. Sie wird der Wahl von Frau Lucia Schnider Stulz und Herrn Otmar Kreiliger einstimmig zustimmen und wünscht Beiden viel Erfolg im neuen Amt. Natürlich erwartet die FDP-Fraktion von der Verwaltung weiterhin hervorragende Arbeit, damit Frau Lucia Schnider Stulz möglichst wenig zu tun haben wird.

Daniel Furrer: Das Parlament hat heute die Aufgabe – und auch das Privileg – einen wichtigen Personalentscheid zu fällen. Erfolg oder Misserfolg hängt nicht nur, aber auch von der Person ab, die diese Ombudsstelle in Zukunft führen wird. Die Erwartungen und Anforderungen sind also hoch. Einem korrekten und qualifizierten Auswahlverfahren kam deshalb in diesem Falle eine besondere Bedeutung zu. Und es hat sich aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion bewährt, einen Ausschuss aus drei erfahrenen GPK-Mitgliedern einzusetzen. Auch die fachliche Unterstützung durch die Personalabteilung war wichtig und sehr hilfreich. Das Resultat überzeugt uns und wir sind mit dem vorliegenden B+A bzw. dem Wahlvorschlag vollauf einverstanden. Wir freuen uns, mit Lucia Schnider Stulz als Ombudsfrau eine Persönlichkeit gefunden zu haben, welche nicht nur auf eine breite berufliche Erfahrung zurückgreifen kann, sondern auch durch ihre Empathie diese neue Stelle wird aufbauen und prägen können. Die Wahl von Otmar Kreiliger als Stellvertreter betrachten wir ebenfalls als ideale Lösung und freuen uns, auch sein Engagement im Dienste der Sache zu wissen.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Wahl von Lucia Schnider Stulz als Ombudsfrau sowie Otmar Kreiliger als Stellvertreter und wünscht den Beiden bereits jetzt viel Erfolg und Freude bei der Ausübung dieser spannenden und herausfordernden Tätigkeit.

Thomas Gmür: Vor kurzer Zeit wurde die Ombudsstelle in der Stadt Luzern geschaffen. Die FDP-Sprecherin hat es bereits angetönt, es wurde ein grosses Auswahlverfahren für die Besetzung der Stelle der Ombudsperson, der Chefin und des Stellvertreters, gemacht. Die CVP-Fraktion dankt an dieser Stelle der GPK-Präsidentin und dem Ausschuss. Sie dankt aber auch sämtlichen Bewerberinnen und Bewerbern, die zu einem interessanten und spannenden Auswahlverfahren beigetragen haben. Die CVP ist überzeugt, mit Lucia Schnider Stulz und Otmar Kreiliger zwei geeignete Kandidaten für die Leitung und die Stellvertretung dieser Ombudsstelle gefunden zu haben. Die CVP steht einstimmig hinter den beiden Wahlen.

Stefanie Wyss: Es wurde schon vieles gesagt, die G/JG-Fraktion kann sich dem anschliessen. Sie dankt Luzia Vetterli, Franziska Bitzi Staub und Joseph Schärli für die tolle Vorarbeit. Die Fraktion wünscht der Ombudsfrau, Lucia Schnider Stulz, und ihrem Stellvertreter, Otmar Kreiliger, alles Gute und ist schon gespannt auf die ersten Rückmeldungen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die beiden Personen werden einzeln gewählt.

Der Rat wählt Lucia Schnider Stulz einstimmig als Ombudsfrau.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer gratuliert Lucia Schnider Stulz zum hervorragenden Wahlsultat. Es folgt die Wahl der Stellvertretung der Ombudsstelle.

Der Rat wählt Otmar Kreiliger einstimmig als Stellvertreter der Ombudsfrau.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer gratuliert auch dem abwesenden Otmar Kreiliger zur Wahl als Stellvertreter.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag vom 6. Juni 2013 betreffend

Ombudsstelle der Stadt Luzern

Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung für die Amtsdauer vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 12 des Reglements über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013,

beschliesst:

- I. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017 wird Frau Lucia Schnider Stulz als Ombudsperson gewählt.
- II. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017 wird Herr Otmar Kreiliger als Stellvertreter der Ombudsperson gewählt.

5. Bericht und Antrag 3/2013 vom 27. März 2013: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012

Ratspräsidentin Theres Vinatzer möchte vor dem Einstieg in den B+A den Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung ganz herzlich danken für das gelungene neue Kleid dieses grossen Dokumentes. Die neue Gestaltung ist sehr ansprechend, übersichtlich und leserfreundlich. Die Ratspräsidentin schätzt sehr, dass der Geschäftsbericht und die Rechnung zusammengeführt wurden, und das mühsame Suchen und Blättern zwischen den beiden Dokumenten nun entfällt.

EINTRETEN

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli kann sich den Worten der Ratspräsidentin anschliessen. Auch in der GPK wurde die neue Form des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung sehr geschätzt. Die GPK der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai 2013 den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 beraten und diese zur Kenntnis genommen beziehungsweise genehmigt.

Die Diskussion war wie jedes Jahr sehr interessant, die Kommission stellte diverse Fragen und erhielt zumeist fundierte Antworten. Der Geschäftsbericht ist immer auch Gelegenheit, einen Überblick über alle Bereiche der Stadt zu gewinnen, über laufende Projekte aufdatiert zu werden und kritische Nachfragen stellen zu können. Das Jahr 2012 wurde vor allem durch das Thema Finanzen geprägt. Den Beginn des Jahres musste die Stadt budgetlos überstehen, während am Jahresende die wichtige Abstimmung über die Steuererhöhung anstand. Zweimal haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger positiv zur städtischen Finanzpolitik geäußert. Die gewonnenen Abstimmungen zeigen, dass der Bürger und die Bürgerin durchaus bereit sind, die Kosten für die Lebensqualität in der Stadt mitzutragen. Mit der Steuererhöhung verbunden ist aber auch ein einschneidendes Sparpaket. Trotz aller Bemühungen bleibt die finanzielle Lage auch in Zukunft angespannt. Die Finanzen werden uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Weitere einschneidende Ereignisse waren im Jahre 2012 die Beendigung des Projektes „Starke Stadtregion“ mit der Abstimmung in Emmen sowie die Wahlen in der Jahresmitte. Die Stabsübergabe des alten an den neuen Stadtrat gelang nach Meinung der GPK nahtlos und die Stadträte haben sich in ihren neuen Direktionen bestens eingearbeitet. Auch im Wohnbereich gab es zwei wichtige Abstimmungen: „Zahlbarer Wohnraum“ und eine gesunde Durchmischung der Quartiere sind für die Stimmbürger ganz wichtige Anliegen. Die Zukunft wird zeigen, wie der Spagat zwischen angespannten Finanzen und der Realisierung einer innovativen und modernen Wohnraumpolitik optimal zu meistern sein wird. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung war diese Jahr sicher eines der anstrengenderen und herausfordernden. Zumal der budgetlose Prozess Neuland war und viele von ihnen Mitte Jahr einen neuen Stadtrat als Chef erhielten. Trotzdem ist die Zufriedenheit beim Personal offenbar nach wie vor gross. Auch dies stellt neben den Finanzen ein ganz wichtiges Kapital für die Stadt dar.

Die Jahresrechnung 2012 schliesst mit einem Rohdefizit von 31,5 Mio. Franken um 1,9 Mio. Franken besser ab, als budgetiert. Die Budgetdisziplin war somit sehr gut. Die Gründe für das hohe Defizit kennen wir alle, sie liegen in den Ertragsausfällen aufgrund der kantonalen Unternehmenssteuerreform sowie der Mehrkosten, welche beispielsweise durch die Neuordnung der Pflegefinanzierung entstanden sind. Der Selbstfinanzierungsgrad ist ebenfalls leicht besser als budgetiert, liegt aber mit rund 15 Prozent immer noch deutlich unter dem notwendigen Durchschnitt von 80 Prozent. Die Nettoverschuldung stieg ebenfalls an. Sorgen machen der GPK die vielen anstehenden Investitionen und die Tatsache, dass eine nochmalige Zunahme der jährlichen Mehrkosten nicht auszuschliessen ist.

Die GPK hat beim Geschäftsbericht keine Verfehlungen oder Mängel festgestellt, auch nicht bei der Rechnung und hat somit den Geschäftsbericht 2012 und die Rechnung 2012 einstimmig zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Katharina Hubacher: Die G/JG-Fraktion dankt der Verwaltung für den Geschäftsbericht. Wie die Ratspräsidentin erwähnt hat, kommt er in einem neuen Kleid daher, das Kleid ist chic und ansprechend. Es ist jedes Mal beeindruckend zu lesen, was das Parlament und die Verwaltung im letzten Jahr bewegt hat und wo die aktuellen Projekte stehen.

Dass man das Jahr in einem budgetlosen Zustand begonnen hat, ist schon fast etwas vergessen gegangen. Auch die Tatsache, dass es vorläufig wohl zu keinen weiteren Fusionen in der Stadtregion kommt, hat man wohl mehr oder weniger schon verdaut.

Der Wechsel von drei Stadträten ist aus Sicht der G/JG-Fraktion ohne grössere Pannen verlaufen. Wir danken daher nochmals den Abtretenden, dass sie die Übergabe gut und sorgfältig vorbereitet und eingefädelt haben und den Neuen für ihr Engagement, die Führung so zügig zu übernehmen.

Was schwerer verdaulich ist, ist der Rechnungsabschluss, der uns vor Augen führt, dass die Finanzlage der Stadt nicht gut aussieht.

Bereits fangen wir nämlich an, wichtige Investitionen vor uns herzuschieben. Das sind politisch problematische Signale: Die Bevölkerung stellt fest, dass im Rat oder sogar durch Volksabstimmungen beschlossene Projekte jetzt nicht umgesetzt werden. Zum Beispiel der Neubau des Stadtarchivs, oder der Natur- und Erholungsraum auf der Allmend – zwei wichtige, grosse Projekte. Dazu gehört aber auch, dass der Mittagstisch in der Oberstufe nicht eingeführt wird. Das ist eigentlich eine Vorgabe des Kantons, welche die Stadt Luzern jetzt einfach nicht umsetzt. Das ist ein schlechtes Zeichen – vor allem gegenüber den Familien, welche in dieser Stadt wohnen.

Es gibt aber auch positive Punkte in dem Geschäftsbericht, welche die G/JG-Fraktion nicht unterschlagen will, und einige davon auch nennt: Positiv ist, dass das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine in die Regelstrukturen überführt werden konnte. Somit kann sichergestellt werden, dass sich in der Stadt Luzern Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Toll ist es, wie das Entwicklungskonzept „Altern in Luzern“ einen guten Verlauf nimmt. Am letzten Samstag konnte man in der Kornschütte einen eindrücklichen Einblick gewinnen, was dort alles zusammenkommt. Wir sind sozialpolitisch auf einem innovativen, guten Weg unterwegs.

Mit der Annahme den Initiativen „Für zahlbaren Wohnraum“ und „Ja zur einer lebendigen Industriestrasse“ wurden in dieser Stadt auch wohnpolitische Pflöcke eingeschlagen. Das Parlament wird sich bald einmal mit den entsprechenden B+A auseinandersetzen können.

Darum noch ein kurzer Ausblick: Weiterhin sind wir skeptisch gegenüber dem Projekt Auslagerung HAS. Wir erwarten einen B+A, der unsere diesbezüglichen Bedenken aufnimmt und aufzeigt, wie die Lösungen dazu aussehen könnten.

In Sachen Kultur warten wir gespannt auf die Kulturagenda, die aufzeigen soll, wie sich die Kulturstadt Luzern weiter entwickelt.

Im Bereich Verkehr sind wir mit kleinen Schritten vorwärts unterwegs. Wir erwarten hier aber, dass vor allem der Langsamverkehr und die Bussspuren im Zentrum der Massnahmen stehen. Wenn schon nur kleine Fortschritte zu erwarten sind, dann sollen diese wenigstens in diesem Bereich gemacht werden.

Ein Thema, das in der lokalpolitischen Agenda in den letzten Jahren wieder vermehrt ausgeblendet wurde, sind die klimapolitischen Massnahmen: Es kann und darf einfach nicht sein, dass in der Stadt Luzern die Grenzwerte der Feinstaubbelastung dauernd überschritten werden. Die Langzeitkosten dieser Belastung sind enorm, auch wenn sie dereinst nicht im Rechnungsabschluss zu lesen sind.

Zur Rechnung: Der Rechnungsabschluss zeigt deutlich auf, wir fahren finanzpolitisch einen gefährlichen Kurs. Die Reserven sind aufgebraucht und wir kommen trotz Sparmassnahmen in eine Verschuldung. Die Konsumausgaben wurden eingehalten, dort liegt das Problem nicht. Aber die Steuerausfälle von den Unternehmungen sind massiv: 16 Mio. Franken, das sind rund 28 Prozent weniger Einnahmen.

Obwohl die Stadtluzerner Stimmbevölkerung im Dezember 2012 einer Steuererhöhung zustimmte, werden wir weiterhin sparen müssen, statt zu investieren. Die Grünen/Jungen Grünen sind immer noch überzeugt, dass die Steuererhöhung so hätte ausgestaltet werden müssen – das wurde schon damals gesagt –, dass wir mehr Handlungsspielraum bekommen.

Eine Zentrumsstadt mit einem Investitionsplafond von 45 Millionen! Da wird schnell ersichtlich, das gibt zu wenig Spielraum, respektive die Gefahr ist gross, dass die notwendigen Investitionen an Gebäuden, bei den Infrastrukturen nicht rechtzeitig gemacht werden. Die negativen Folgen solcher Unterlassungen werden wir nicht in diesem Jahr, auch nicht im nächsten Jahr, aber in den folgenden Jahren zu spüren bekommen.

Darum plädieren die Grünen/Jungen Grünen, auch bei den Finanzen für eine ganzheitliche Sicht. Wir wollen der zukünftigen Generation nicht nur möglichst keine Schulden hinterlassen, sondern ihr eine Stadt übergeben, wo die Infrastruktur in Ordnung ist. Wo die Gebäudesanierungen und die Strasseninfrastrukturen gebraucht werden können und nicht gerade sofort wieder geflickt werden muss.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht ein und wird, wenn heute Morgen nichts anderes passiert, diesem auch zustimmen.

René Peter: Das politische Jahr 2012 der Stadt Luzern stand stark im Zeichen der öffentlichen Finanzen. Die Stadtverwaltung musste das Jahr 2012 ohne gültiges Budget beginnen. Das Referendum der SVP zum Budget 2012 lehnten die Stimmbürger im Frühjahr deutlich ab und am Jahresende bestand der Stadtrat eine schwierige Budgetabstimmung mit einer Steuererhöhung und einem Spar- und Entlastungspaket von 4 Mio. Franken.

Beim detaillierten Lesen des Geschäftsberichts zeigt sich, dass es sich um ein Abbild der Vielfalt der Aufgaben, aber auch um ein Zeugnis der erbrachten Leistungen, die in der Stadt Luzern täglich geleistet werden, handelt. Man kann stolz sein auf das, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht wurde. Positiv ist, dass die Abweichungen zum Voranschlag sowohl bei den Einnahmen wie auch bei den Ausgaben sehr gering sind und insgesamt eine

hohe Budgetdisziplin festzustellen ist. Deshalb gebührt ein grosser Dank dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

Leider schliesst aber die Rechnung mit einem Rohdefizit von 31,5 Mio. Franken ab. Nach Entnahme aus Reserven – davon 17 Mio. Franken aus der Steuerausgleichsreserve – bleibt ein Defizit von 9,5 Mio. Franken übrig. Es ist jedoch gegenüber dem Budget um 1,9 Mio. Franken besser. Das Ergebnis der laufenden Rechnung war noch nie so schlecht und die Reserven sind aufgebraucht. Deshalb braucht es 2014 unbedingt eine ausgeglichene Rechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad hat bei einem Zielwert von 100 Prozent ein Rekordtief von 14,82 Prozent erreicht und die Nettoverschuldung nimmt weiter um 47 Mio. Franken zu.

Das Eigenkapital beträgt noch 13,7 Mio. Franken, was im Vergleich zum Umsatz viel zu klein ist und im Vergleich zu anderen Gemeinwesen geradezu winzig. Ja es soll sogar im 2013 ganz aufgelöst werden.

Wenn man die Nettoverschuldung ab 2015 stoppen will, so ist noch viel zu tun. Sicher war ein erster Schritt die Steuererhöhung. Aber auch das Spar- und Entlastungspaket von 4 Mio. Franken muss unbedingt umgesetzt werden. Die Stadt hat primär über Leistungen und Leistungsstandards zu diskutieren und die Positionierung als Gemeinwesen auch innerhalb des Kantons zu festigen. Die FDP ist skeptisch, ob das Ziel „Stopp der Neuverschuldung“ ab 2015 ohne weitere Spar- und Entlastungspakete erreicht werden kann.

Denn nebst dem Sparen müssen aber auch die Ertragsseiten gestärkt werden. Es ist wichtig, dass die Schlüsselareale zügig entwickelt werden. Die Stadt braucht neben dem gemeinnützigen Wohnungsbau auch Wohnungen auf dem freien Markt, die hohen Ansprüchen genügen. Zusätzliche Gelder sollen nicht mit Schrauben am Steuerfuss, sondern in erster Linie mit Wachstum erzielt werden.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung ein und wird zustimmen.

Franziska Bitzi Staub beginnt da, wo René Peter aufgehört hat: Die CVP tritt auf den B+A 3/2013, Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012, ein und wird ihm auch zustimmen. Es gibt ein paar Wiederholungen zu bereits Gesagtem. Die Sprechende will sich kurz halten. Bei der Beurteilung des letzten Rechnungsjahres ist man sich ziemlich einig. Es war ein herausforderndes Jahr 2012, die ersten Monate mussten ohne gültig beschlossenes Budget bewältigt werden. Dort wurden auch die Steuererhöhung und das nächste Sparpaket angekündigt. Leider waren die Nachbargemeinden nicht bereit, das Ziel einer starken Stadtregion mittels Fusionen weiter zu verfolgen. Ressourcen brauchten auch die neue Zusammensetzung des Stadtrates. Die CVP-Fraktion dankt der Verwaltung, welche unter all diesen Umständen weiterhin ihren Auftrag im Tagesgeschäft erfüllt hat. Die Budgetdisziplin ist gross gewesen, die Rechnung der Stadt Luzern schliesst zwar mit einem Defizit ab. Aber immerhin um 1,9 Mio. Franken besser, als vorgesehen. Es ist richtig, jetzt den Steuerausgleichsreserven 17 Mio. Franken zu entnehmen. Man hat dies in den guten Zeiten für die mageren Jahre gespart, um jetzt davon zehren zu können. Trotzdem wünscht sich die CVP eine griffigere Schuldenbremse, wie sie mit der Motion 32 gefordert wird. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 14,8 Prozent Ergebnis erregend tief. Es ist aber wichtig, dass auch in finanziell angespannten Zeiten Investi-

tionen getätigt werden können. Das ist im vergangenen Jahr gelungen. Für die Zukunft wünscht sich die CVP eine transparentere Planung der Investitionsprojekte. Bei den Steuereinnahmen ist erfreulich, dass bei den natürlichen Personen der Ertrag um 8,2 Mio. Franken zugenommen hat. Das genügt aber nicht, um die Ausfälle aus der Halbierung der Gewinnsteuer bei den juristischen Personen kompensieren zu können. Die CVP stellt fest, dass dort zu optimistisch budgetiert wurde und das erwartete Wachstum nicht, oder noch nicht eingetreten ist. In diesem Zusammenhang ist für die CVP die BZO-Revision ein Meilenstein in der Stadtentwicklung. Mit klaren Rahmenbedingungen kann man bestehenden Unternehmungen, oder denen, die man neu ansiedeln möchte, Sicherheit zum Standort Luzern geben. Es braucht in Luzern nicht nur Wohnraum – erschwinglichen, und auch solchen im gehobenen Segment –, sondern auch Arbeitsplätze. Nur so kann in den nächsten Jahren die Ertragsseite der Rechnung nachhaltig verbessert werden, damit nicht bei den Ausgaben noch weiter gekürzt werden muss.

Daniel Furrer: Es ist ja eigentlich schon fast wieder vergessen, das Jahr 2012. Aber zum Glück gibt es Geschäftsberichte und Jahresrechnungen, welche die Gelegenheit geben, einen Blick zurück zu werfen. Und ein solcher Blick zurück lohnt sich dieses Mal besonders, denn 2012 war doch in vieler Hinsicht ein ereignisreiches Jahr. „Völker, hört die Signale!“ lautet der Refrain der Internationalen, einem Lied der sozialistischen Arbeiterbewegung. Auf das Jahr 2012 und die Stadt Luzern umgemünzt würde ich sagen: „Politiker, hört die Signale!“

Hört die Signale, die uns unsere Bürgerinnen und Bürger senden:

80 % JA-Stimmen zum Budget 2012

64 % JA zur Steuererhöhung

58 % JA zur Initiative „Für zahlbaren Wohnraum“

61 % JA zur Industriestrasseinitiative

Die Bevölkerung hat damit nicht nur ihr Vertrauen in die städtische Finanzpolitik zum Ausdruck gebracht, sie hat auch gezeigt, dass sie bereit ist, die Kosten einer hohen Lebensqualität mitzutragen. Zudem hat sie ein unmissverständliches Zeichen dafür gesetzt, dass sie unter „hoher Lebensqualität“ eben auch eine gesunde gesellschaftliche und wirtschaftliche Durchmischung versteht.

Zugegeben, eine Jahresrechnung, bei der die Nettoverschuldung um 46,6 Mio. Franken zunimmt und das Eigenkapital am Jahresende gerade noch 13,7 Mio. Franken beträgt, bereitet weder unseren Mitbürgern noch uns Freude. Auch die Tatsache, dass das Ergebnis nun um 1,9 Mio. Franken besser bzw. „weniger schlecht“ ist, macht es nicht besser.

Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wer nichts sät, der wird auch nichts ernten oder anders gesagt, wenn wir jetzt denn Kopf einfach in den finanzpolitischen Sand stecken und da und dort nach weiteren Sparpaketen schreien, missachten wir nicht nur den Willen unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir riskieren auch, mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mithalten zu können. Wir müssen unsere Probleme beispielsweise beim Verkehr, beim Wohnraum, im Bildungsbereich hier und jetzt anpacken und dürfen dies nicht die nächste Generation ausbaden lassen. Wir wollen schliesslich nicht als „verlorenes Jahrzehnt“ in die Geschichte der Stadt Luzern eingehen.

Man kann durchaus – beziehungsweise soll – auch über Leistungen und Leistungsstandards diskutieren. Die SP/JUSO wird sich aber vehement dafür einsetzen, dass dies nicht auf Kosten der Schwächsten und auf Kosten einer nachhaltigen Entwicklung geschieht. Auch die Versuchung gewisser Parteien, irgendwelche Partikularinteressen, Revier- oder Quartierinteressen über das Gemeinwohl zu stellen, finden wir nicht nur verantwortungslos, wir werden das auch bekämpfen. Verlieren wir uns also nicht in Details auf unserem Weg. Behalten wir den Überblick und das nötige Augenmass und vor allem, vermeiden wir „Alarmismus“!

Zurück zum vorliegenden Rechnungsabschluss: Die SP/JUSO-Fraktion stellt keine wesentlichen Mängel inhaltlicher oder formaler Art fest. Im Gegenteil, wir stellen erfreut fest, dass sehr professionell und sorgfältig gearbeitet wurde. Die Zielsetzungen der einzelnen Direktionen und Abteilungen wurden mehrheitlich erfüllt und bei Abweichungen plausibel begründet. Die Abweichungen zum Budget sind – wie schon gesagt wurde – gering, das zeugt von einer hohen Budgetdisziplin. Eine positive Entwicklung ist bei den Steuereinnahmen festzustellen. Auch das gegenwärtig tiefe Zinsniveau führte – trotz Fremdkapital-Zunahme – zu einer Ergebnisverbesserung. Hier bleibt zu hoffen, dass sich auch in Zukunft die Zinsentwicklung in Grenzen hält. Leider nach wie vor Besorgnis erregend sind die steigenden Kosten im Bereich soziale Wohlfahrt und der beständige Druck bei den Investitionen.

Die SP/JUSO-Fraktion möchte sich für die umfangreichen, informativen und sorgfältigen Unterlagen bei allen Beteiligten bedanken. Ebenfalls ein grosser Dank gebührt den Mitarbeitenden der Stadt, welche in diesem turbulenten Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben! Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung 2012 ein und wird zustimmen.

Peter With: Das Jahr 2012 ist in finanzpolitischer Hinsicht für die Stadt Luzern sicher ein Meilenstein gewesen, wenn auch leider ein Negativer. Ein Rekorddefizit über 31 Mio. Franken hat doch gezeigt, dass das Budgetreferendum nicht so ganz von der Hand zu weisen gewesen ist. Um das zu korrigieren, hätte man damals bereits Massnahmen ergreifen müssen, und nicht einfach auf die Steuererhöhung im kommenden Jahr zu warten. Es hat sich zwar gezeigt, dass das Budget wohl eingehalten wurde, aber für den Sprechenden ist das kein Grund zum Schulterklopfen. Vielmehr hätte man versuchen müssen, bereits während des Jahres 2012 das Rekorddefizit, das ja budgetiert und voraussehbar war, laufend zu unterschreiten. Man hat heute viel gehört von Sparen und Sparpaketen. Sparen ist im Weltbild des Sprechenden etwas anderes, das ist, wenn man Geld auf die Seite legt, das übrig bleibt. Von dem ist die Stadt noch 31 Mio. Franken entfernt. Tatsache ist, dass an einzelnen Orten Leistungen leicht angepasst wurden, auf der anderen Seite hat man aber durch den Stadtrat und auch durch den Grossen Stadtrat Leistungen massiv ausgebaut, obwohl man sah, dass man das Geld nicht hat. Der Investitionsplafond ist massiv überschritten worden, um 3,8 Mio. Franken. Etwas, das der SVP grosse Sorge bereitet. Es werden immer mehr neue Projekte aus der Taufe gehoben, man liest plötzlich vom neuen Stadttheater, das gebaut werden soll, Velo-Mess- und Pumpstationen werden in der ganzen Stadt Luzern aufgestellt. Sachen, die nie geplant waren, welche in keinem Budget enthalten sind. In keiner Investitionsplanung – plötzlich ist es einfach da. Geld scheint offenbar vorhanden zu sein.

Wenn man dann Ende des Jahres wieder den Geschäftsbericht und die Rechnung in den Händen hat, sieht man: Oh nein, es hätte für das Ganze halt doch nicht gereicht.

Was der SVP auch auffällt, dass die Investitionen in der Investitionsplanung immer sehr tief angesetzt sind. Wenn dann nachher der tatsächliche B+A im Parlament vorliegt, sind es meistens massiv höhere Ausgaben, als man in den vorherigen Jahren geplant hat. Das wirft die Stadt bei den anderen Investitionen, welche ebenfalls in dieser Planung enthalten sind, nochmals um einige Jahre zurück und verhindert vor allem, dass man Sachen, welche man bereits hat, nicht mehr ordentlich instand halten kann, wie es eigentlich sein sollte. Wenn dann noch zusätzliche Investitionen dazukommen, gibt es bei den Investitionen einen Stau, den man letztendlich den kommenden Generationen überlassen muss.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist bei schwachen 15 Prozent, er müsste gemäss kantonalen Vorgaben bei 18 Prozent sein. Wenn man es genau nehmen würde, müsste er bei 100 Prozent sein, was auch die Stadt Luzern so erreichen möchte. Ob man das in den nächsten Jahren je wieder erreichen wird, trotz Steuererhöhung, bleibt zweifelhaft. Das Eigenkapital ist bald aufgebraucht, die laufenden Kosten hat man auch nicht wirklich im Griff. Sämtliche aktuellen Zahlen zeigen nach unten und sicher nicht nach oben. Die SVP-Fraktion ist sehr gespannt auf die kommende Budgetdebatte. Die finanzielle Situation der Stadt Luzern hat sich durch die Steuererhöhung nicht wirklich verbessert, im Gegenteil. Man ist offenbar der Meinung, man habe jetzt wieder Geld für zusätzliche Investitionen. Das Parlament wird auch heute wieder über eine zusätzliche Investition debattieren. Es sind sicher noch weitere Entlastungsmassnahmen möglich. Sparpakete möchte man ja im Moment keine, denn Sparen bedeutet, dass man Geld zur Seite legt, das übrig bleibt. Man sieht ja, dass kein Geld vorhanden ist. Die SVP möchte gerne Entlastungsmassnahmen, welche so gut sind, dass die Stadt endlich wieder auf ein schwarzes Null kommt. Das wäre jetzt einmal das erste Ziel. Es gibt noch Potenzial für Entlastungsmassnahmen in der Stadt Luzern. Der Stadtrat hat selber einige vorgeschlagen. Die SVP hofft sehr, dass bei kommenden ähnlichen Entlastungspaketen der Stadtrat mit den Parteien oder der Geschäftsprüfungskommission vermehrt die Zusammenarbeit sucht, damit diese dann im Rat auch wirklich mehrheitsfähig sind.

Die SVP wird sich auch weiterhin dagegen einsetzen, dass neue Investitionen beschlossen werden, welche in keiner Investitionsplanung enthalten sind. Dass die geplanten Investitionen massvoll umgesetzt werden, dass man nicht energetische Wahnsinnsprojekte auf die Welt stellt, sondern einfach mit Vernunft und mit einem guten Blick auf die städtischen Finanzen die künftigen Investitionen und die laufenden Ausgaben plant. Selbstverständlich haben natürlich angesichts der Finanzen auch weitere Leistungsausbauten schlicht keinen Platz. Die SVP der Stadt Luzern tritt ein und wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

András Özvegyi: Auch für die GLP-Fraktion ist der Bericht und Antrag sehr gut und umfassend dokumentiert. Gut ist, dass aus zwei Dokumenten eines wurde. Es ist beeindruckend, was im Jahr 2012 geleistet worden ist, darauf darf man stolz sein. Ein herzlicher Dank an die Verwaltung. Höhepunkt für die GLP waren im letzten Jahr ganz sicher die Wahlen. Sie hat sich in der Wahldebatte sensationell einen Stadtratssitz erobert, was sicher erwähnenswert ist. Eine grosse Erleichterung hat Ende Jahr das Ja der Bevölkerung zur finanziellen Ge-

samtstrategie gebracht. So besteht die Hoffnung, dass die Stadt jetzt handlungsfähig bleibt. Enttäuschend für die GLP war Anfang Jahr das Nein des letzten Fusionspartners, der Gemeinde Emmen. Bei vielen war auch das Nein zum Projekt Industriestrasse eine Enttäuschung. Die Zahlen der laufenden Rechnung – man hat es heute schon gehört – sind schlecht. Man hat ein rekordschlechtes Jahr mit einem Rohdefizit von 31 Mio. Franken. Es ist befremdend, dass eigentlich nur mit kosmetischen Massnahmen aus den Reserven das Defizit unter 10 Mio. Franken gedrückt werden konnte. Die Finanzsituation ist also gleich angespannt und zeigt die Wichtigkeit der Gesamtstrategie mit der Steuererhöhung und dem 4-Millionen-Sparpaket auf. Alle Kennzahlen sind im Moment immer noch rekordmässig schlecht. Die Schulden, der Selbstfinanzierungsgrad, die Schuldzinsen, alles ist sehr tief. Die GLP fragt sich, ob man mit diesen Rahmenbedingungen so noch andere neue Grossprojekte starten, geschweige denn finanzieren kann. Die GLP meint Nein. Vor allem, wenn es einfacher geht, müssen im Moment noch kleinere Brötchen gebacken werden.

Noch einige Punkte zur Vergangenheit und zu den einzelnen Bereichen: Im Sozialbereich wurde viel Arbeit geleistet – im Tagesgeschäft, wie auch für die Vorbereitung zur Auslagerung HAS. Das wird das Parlament in Zukunft sicher sehr stark beschäftigen. Bei Sport und Kultur ist kulturpolitisch sicher das Ende vom „La Fourmi“ geprägt gewesen und von der Vergabe des alten Hallenbades zur Zwischennutzung. Die GLP ist gespannt, was die Kulturszene dort erreichen wird, wenn es offiziell eröffnet wird. Den Bildungsbereich prägten verschiedene Veränderungen. Die GLP ist überzeugt, dass die Schule eine längere Pause ohne Veränderungen nötig hat. Im Schulbereich stehen noch sehr viele Schulhaussanierungen an, diese müssen nun angegangen werden. Das Ergebnis in der Rechnung im Bau- und im Sicherheitsbereich ist gut, vor allem in Anbetracht der vielen Aufgaben. Der Sprechende denkt da vor allem an die Endphase im letzten Jahr, die Revision der Bau- und Zonenordnung. Das hat alle sehr stark beschäftigt, auch die Behörden selber. Im letzten Jahr wurden ebenfalls die Grundlagen für das Gesamtverkehrskonzept gestartet, in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu den Verkehrsfragen. Es war die Eröffnung des Hallenbades, die Haltestelle Allmend der Zentralbahn, die permanenten Sicherheits- und Littering-Diskussionen und vor allem die Wohnpolitik mit den zwei Abstimmungen. Und jetzt die Entwicklung mit der neuen städtischen Wohnraumpolitik II, eine grosse Arbeit, welche letztes Jahr entstanden ist.

Zum Ausblick: Der wichtigste Wunsch der GLP bleibt die positive und zügige Entwicklung der Schlüsselareale. Die GLP glaubt, dass die Finanzsituation dadurch verbessert werden kann. Es braucht jetzt aber eine Zeit ohne Verhinderungspolitik. Das Ja zur BZO-Revision lässt hoffen, dass die Erträge endlich zunehmen werden, wie es angedacht ist.

Die GLP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 ein und wird sie genehmigen.

Katharina Hubacher: Es ist vielleicht unüblich auf den Jahresrückblick der Fraktionen zurückzukommen, aber zur SVP möchte sich die Sprechende trotzdem äussern. Sparen heisst, wie es der SVP-Sprecher sagte, Geld auf die Seite legen. Wenn man in den letzten Jahren die Sparpolitik der SVP beobachtet hat, heisst das, nicht Geld beiseite zu legen, sondern sofort Steuern senken. Das müsste dann festgehalten sein, wenn ein nächstes Mal etwas mehr Geld übrig

bleibt. Dass es dann nicht heisst, Steuern zu senken. Bei den Investitionen vergisst die SVP manchmal, was sie an der Sitzung vorher verlangt hat. Investitionen, welche den Stadtteil Littau betreffen, scheinen andere Massstäbe zu haben, als Investitionen, welche die ganze Stadt betreffen. Das kann die Sprechende nicht ganz verstehen. Zum Hinweis, dass der Stadtrat Sachen aufgezeigt habe, wo auch noch gespart werden könne, erinnert sich die Sprechende daran, dass die SVP den Volkswillen immer hoch hält. Der Volkswille war, die Steuern zu erhöhen und man wollte kein 15-Millionen-Sparpaket. Das heisst, die Massnahmen, welche dort aufgeführt waren, hat das Volk klar abgelehnt. Die Bevölkerung war bereit, die 4 Mio. Franken und eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen. Die Sprechende hofft, dass auch die SVP sich in Zukunft an das erinnert.

Peter With wollte eigentlich nichts sagen, aber zu einer Sache möchte er sich wehren. Das mit dem Stadtteil Littau hat ihn etwas beschäftigt. Im 2009 war eine Volksabstimmung, in der es um eine Strasse auf Luzerner Stadtgebiet ging, die sogenannte Cheerstrasse. Man sollte also heute bereits darauf fahren können. Der Terminplan, den man der Bevölkerung in der Abstimmungsbroschüre vorgab, war, dass die Strasse im Jahr 2013 spätestens offen ist. Man kann die Situation anschauen, es gibt mitten in einer grünen Wiese einen zwei Meter hohen Schutzwall, der über eine Million gekostet hat. Die Strasse wird in der Investitionsplanung regelmässig nach hinten verschoben, eben auf Littauer Gebiet. Das wäre eine Investition, bei welcher sich die SVP der Stadt Luzern bisher etwas zurückgehalten hat, weil man sieht, dass die Investitionsplanung im Moment eine sehr schwierige Sache ist. Wenn man allerdings sieht, dass gerade heute Nachmittag plötzlich wieder Millionenprojekte offenbar problemlos Platz haben in dieser Investitionsplanung, wird die SVP auch wieder darauf zurückkommen und darauf beharren, dass das vom Volk mit über 80 Prozent Ja-Stimmen bereits beschlossene und vom damaligen Gemeinderat vorgelegte Projekt, nun umgesetzt wird. Und zwar, bevor man mit neuen Projekten anfängt. Soviel zum Stadtteil Littau, der in letzter Zeit offenbar so wahnsinnig profitiert hat.

Stadtpräsident Stefan Roth: Vor nicht allzu langer Zeit hat es die finanzpolitische Situation der Stadt Luzern ermöglicht, Rückstellungen zu bilden. Es gab Steuerausgleichsreserven, man konnte Infrastruktur-Rückstellungen und höhere Abschreibungen vornehmen. Das war in diesen Jahren aber nicht deshalb so, weil einfach gespart wurde. Sondern deshalb, weil es in dieser Phase enorme Entlastungen des Kantons gab, zum Beispiel im Mittelschulbereich. Und zweitens, weil in dieser Zeit in der Stadt Luzern unterdurchschnittlich investiert wurde. Aufgrund dessen, weil gewisse Projekte noch nicht so weit fortgeschritten waren. Heute sieht die Situation anders aus, was auch für den Stadtrat Besorgnis erregend ist. Seit 2010 gibt es Rohdefizite von 10 Mio. Franken, im Jahr 2011 war es 12 Mio. Franken und jetzt sind es 31 Mio. Franken für das Jahr 2012. Das wurde aber vom Stadtrat hergeleitet und ist in den Gesamtplanungen so abgebildet. Es entstand also nicht ein planloses Defizit, sondern wurde mit konkreten Massnahmen entsprechend angegangen.

Der Stadtpräsident dankt dem Parlament, dass es anerkennt, dass die städtische Verwaltung im Jahr 2012 auf allen Ebenen Hervorragendes geleistet hat. Die Mitarbeitenden arbeiten mit

hoher Kadenz, viele am oberen Ende des Leistungsvermögens. Das muss an dieser Stelle betont werden. Der gesamte Stadtrat hat wirklich Freude, dass die GPK schon zum Ausdruck gebracht hat, dass diese Leistung vom Luzerner Stadtparlament erkannt wird.

Das Jahr 2012 war herausfordernd. Die einzelnen Momente müssen nicht mehr hervorgehoben werden. Wichtig war sicher der Start des neuen Stadtrates am 1. September. Während acht Monaten hat noch die alte Crew versucht, die finanzpolitische Entwicklung für das Jahr 2012 zu prägen. Die neue Kollegin und die neuen Kollegen haben in den restlichen vier Monaten wesentlich dazu beigetragen, dass das jetzt vorliegende Resultat, „weniger schlecht ist“ und mit 1,8 Mio. Franken unterschritten werden konnte. Hier gebührt der Kollegin und den Kollegen, die neu in dieser Verantwortung stehen, der beste Dank.

Das Jahr 2012 war nicht nur geprägt von der Finanzpolitik, sondern wie erwähnt wurde, auch von der Wohnraumpolitik. Die entsprechenden Weichen sind nun gestellt, und werden ihren Niederschlag finden in der aktuellen Gesamtplanung. Das finanzpolitische Ziel, Stopp der Neuverschuldung, ist auch ein Versprechen, welches in der Abstimmung zur Steuererhöhung gemacht wurde. An diesem wird man sich beim Budget 2014 messen müssen. Und zweitens auch für die Zeitspanne von 2015 bis 2018, welche dann auch teilweise die neue Legislaturperiode eigentlich abbildet.

Angesprochen wurden auch die Investitionen. Der Stadtrat weiss natürlich, dass nur so viele Investitionen getätigt werden können, wie Cashflow erwirtschaftet wird. Sonst hätte man ja der Selbstfinanzierungsgrad beziehungsweise einen Stopp der Neuverschuldung nicht im Griff. Es wird im Stadtrat nicht irgendwie ein Wunschkatalog priorisiert, sondern es ist das Machbare, das dann jeweils im konkreten Budgetjahr geplant wird. Der Sprechende richtet sich an Peter With: Es muss heute keine Debatte geführt werden über die Cheerstrasse. Im Abstimmungsbüchlein steht ganz klar, „in Abhängigkeit der Finanzlage der Stadt Luzern“. Dem Stadtpräsidenten ist lieber, jetzt ein gut saniertes Betagtenzentrum Staffelnhof zu haben, als einfach rasch eine Strasse zu haben. Die Entwicklung im Littauerboden ist rasant, es muss geschaut werden, welche Firmen dort angesiedelt werden können, deshalb wurde auch zugewartet. Es ist immer noch der richtige Zeitpunkt. Die Planung der Cheerstrasse ist selbstverständlich ein Bestandteil der Investitionsplanung.

Auch wenn es um die Jahresrechnung 2012 geht, haben verschiedene Fraktionssprecher schon einen Ausblick gemacht ins Jahr 2014. Das Jahr 2013 ist noch nicht einmal zur Hälfte vorbei, wo auch noch einmal ein Defizit von 6 Mio. Franken ausgewiesen sind. Man ist also auch hier unglaublich stark gefordert, die Vorgaben im Jahr 2013 zu erreichen. Es ist nach wie vor die Situation, wie auch beim Kanton, dass mit der Bildung und Sozialem zwei starke Kostentreiber anstehen. Und zwar nicht, weil der Stadtrat und das Parlament ihre Aufgaben nicht machen. Das sind die Erkenntnisse der Zuwanderung, Erkenntnisse im Bereich der kantonalen Gesetzgebung, was beispielsweise die Investitionen in Schulräume betreffen. Diese beschäftigen den Stadtrat sehr stark und werden die Stadt weiterhin unglaublich fordern. Der Stadtrat geht aber unaufgeregt an die Arbeit heran. Es herrscht keine Hektik, auch wenn die Planzahlen sehr schwierig sind bis ins Jahr 2018. Die Vorstellungen zur Zielsetzung werden dann im Rahmen der Gesamtplanung im Parlament thematisiert. Es geht ganz klar auf das Priorisieren hinaus, auf dem Leistungs- und Investitionsbereich. Es geht aber auch dahin, mehr Einnah-

men, mehr Erträge zu erzielen. Auch das schon angesprochene Wachstum ist ganz wesentlich, aber das braucht Investitionen. Diese Vorinvestitionen können nicht auch noch auf der gleichen Achse auch noch weggespart werden. Da muss ausgewogen aufgezeigt werden, wie es weiter gehen soll. Der Stadtrat von Luzern ist nicht gewählt, um Stillstand zu pflegen, sondern er ist gewählt, alles daran zu setzen, dass die Stadt Luzern sich weiterhin entwickelt. Es muss der Stadt Luzern auch in Zukunft gelingen, mit den vorhandenen Mitteln vernünftig umzugehen.

In diesem Sinne dankt der Sprechende dem Rat für die Rückmeldungen zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung 2012.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer stellt fest, dass alle Fraktionen auf den B+A eingetreten sind. Es wird nach Kapitel oder unterkapitelweise vorgegangen.

DETAIL

Zu Kapitel 3.2 Bildungsdirektion, Seite 58 bis 61

Albert Schwarzenbach zu Seite 60 Projekt Neue Theaterinfrastruktur: Das ist ein Gemeinschaftsprojekt, an dem die Stadt auch beteiligt ist. Das Projekt wurde in den Grundzügen vorgestellt. Erstens, man möchte ein neues Theater machen, das neue Theater sollte in unmittelbarer Nähe beim KKL sein. Vor einigen Jahren wurden im Zusammenhang mit der Planung „Salle modulable“ sehr ausführliche, verschiedenste Standorte evaluiert für das damals geplante Kulturzentrum. Dabei kam heraus, dass dies in der Nähe des KKL nicht möglich wäre. Der Sprechende möchte wissen, ob sich hier irgendetwas geändert hat und wie das zu verstehen ist?

Zweitens: Bei der Präsentation des Projekts wurde die Finanzierung vorerst ausgeklammert. Wenn jetzt aber die Kassen in der Stadt, beim Kanton und in den Gemeinden ziemlich leer sind, möchte der Sprechende wissen, was man sich nun trotzdem darunter vorgestellt hat. Dann hiess es aber, es gäbe noch eine Lücke, und zwar wieder „Salle modulable“! Es laufe immer noch ein Prozess, wie man an das Geld herankommen könne. Der Prozess findet voraussichtlich im November statt. Auf dem aufzubauen, ist aber eine sehr ungewisse Sache. Das Anliegen des Sprechenden – als vielleicht „Grendel-Geschädigter“ – ist, dass man nicht in eine Langzeitplanung verfällt, welche wieder vor allem von Einzelnen viele Nerven kostet.

Stadtpräsident Stefan Roth: Die Ausgangslage bei der Neuen Theaterinfrastruktur ist Folgende: Die ganze Projektmodulation wird im Spätsommer beginnen. Sie wird abgestimmt zwischen Kanton und der Stadt Luzern. Der Kanton hat im Zweckverband mit 70 zu 30 Prozent zu der finanziellen Beteiligung das Sagen. Die Anliegen der Stadt werden in der Projektmodulation – unter anderem mit anderen Partnern zusammen – abgeholt werden. Es ist richtig, in der ersten Fassung ist jetzt festgehalten, dass das in unmittelbarer Nähe zum KKL realisiert werden könnte. Die Konkretisierung wird dann zeigen, was das überhaupt bedeutet. Was ist überhaupt die unmittelbare Nähe zum KKL? Ist zum Beispiel der Anhalte- oder Carparkplatz gemeint? Ist es die Grösse, dass ein solches Projekt Platz hätte? Wie sieht die politische Situa-

tion aus? Was hat man für Kenntnisse aus der Situation „Salle modulable“ gelernt? Das alles fliesst in diesem Prozess zusammen, der nicht von heute auf morgen erledigt sein wird. Er ist wahrscheinlich auch noch nicht spruchreif, wenn im Herbst die Kulturagenda behandelt wird. Es ist bewusst ein Projekt, das neben der Kulturagenda 2020 parallel aufgelegt wird. Zu der Finanzierung: Selbstverständlich ist es richtig, dass in der Gesamtplanung 2014–2018, welche im Herbst erscheint, noch keine Mittel in der Investitionsplanung eingestellt sind. Es wird sicherlich ein Projektskizzenblatt geben. Aber es wäre zu früh, heute schon von irgendwelchen Summen auszugehen. Es wäre auch nicht seriös, jetzt schon mit einem Betrag, der überhaupt nicht gefestigt ist, an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Sprechende bittet, hier noch etwas Geduld auszuüben. Die Projektgruppe wird im Spätsommer gestartet. Es sollte möglich sein, dass im Rahmen der Gesamtplanungsdiskussion im November dem Rat genauere Angaben gemacht werden können.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Zu den Dienstabteilungen der Bildungsdirektion, Seite 62 bis Seite 89, sind dem Parlament drei Korrigenda zugestellt worden. Es sind die Seiten 64, 69, 70.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Gibt es Wortmeldungen zum StB 265 vom 24. April 2013? Es geht um die Ergebnisse der Organisationseinheiten mit Leistungsauftrag und Globalbudget.

Keine Wortbegehren.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Anhänge werden nach Unterkapitel einzeln beraten.

Zu den Anhängen gibt es keine Wortbegehren.

Der Rat genehmigt einstimmig den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012.

Geschäftsbericht 2012,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a und Art. 63 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 f. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2012 wird genehmigt.
- II. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2012, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 752'282'143.14
Ertrag	Fr. 742'764'918.54
Aufwandüberschuss	Fr. 9'517'224.60

Der Aufwandüberschuss wird wie folgt finanziert:

Fr. 9'517'224.60	Entnahme aus dem Eigenkapital/Auflösung Reserve Starke Stadtregion (Konto 2390.13). Reduktion Steuerausgleichsreserve (Konto 2390.11)
------------------	---

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 603'368'659.98 abschliessen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Geschäftsleitung und die Mitglieder der Sozialkommission werden gebeten, während der jetzigen Pause nach vorne zu kommen.

**6. Bericht und Antrag 7/2013 vom 24. April 2013:
Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“**

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Geschäft wurde in der Baukommission behandelt.

Kommissionspräsident Daniel Wettstein: Gerne vertrete ich hier nochmals ein Geschäft der Baukommission. Ich darf hier in eigener Sache auch sagen, dass ich in diesem intensiven Jahr stets eine konstruktive Diskussion erlebt habe und wertvolle neue Erfahrungen in einem neuen Gebiet machte. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an die Kommissionsmitglieder ausrichten, welche zum Thema Bau unter neuer Leitung weiterfahren dürfen.

Die Baukommission hat an der Sitzung vom 23. Mai 2013 die Initiative und den Vorgehensvorschlag des Stadtrates gemäss B+A 7/2013 ausgiebig behandelt.

Zwei Vertreter des Initiativ-Komitees hatten wie üblich Gelegenheit zur Erläuterung ihres Anliegens und konnten diverse Fragen beantworten. Alle Fraktionen anerkennen die Bedeutung und die Chancen für diesen zentral gelegenen Ort und sind auf den B+A eingetreten. Intensi-

ve Diskussionen ergaben die Fragen der Abhängigkeiten zu anderen Planungen und zu den Lösungen oder Konsequenzen im Verkehrsumfeld beziehungsweise der Erschliessung. Die UVS konnte der Natur der Sache entsprechend nicht alle Fragen beantworten, weil diese dann eben Gegenstand eines Projektes oder mehrerer Projekte sein müssten. Einmal mehr wurde unter anderem auf das erwartete „Gesamtverkehrskonzept Innenstadt“ verwiesen. Bezogen auf diesen Punkt liegt ein Protokollbemerkungs-Antrag vor (Kapitel 6, Zeitplan Seite 14): „Eine Planung zur Nutzung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse soll erst dann begonnen werden, wenn die die Bahnhofstrasse betreffenden Resultate des Gesamtverkehrskonzepts Innenstadt vorliegen.“ Die Protokollbemerkung wurde mit 5 : 2 : 2 überwiesen. Bedenken zur Höhe des beantragten Planungskredites über Fr. 800'000.– wurden ebenfalls intensiv diskutiert. Dabei ging es vor allem auch um eine Etappierung des Vorgehens. Schliesslich obsiegte in einer mehrstufigen Abstimmung der Antrag auf Kürzung des Kredites auf Fr. 400'000.–, inklusive Streichung des Passus „...sowie die Projektierung bis und mit Auflageprojekt...“ mit 6 : 1 : 1 Stimmen. In der Folge stellte sich das formelle Problem, dass mit diesem Betrag von genau Fr. 400'000.– die Kompetenzschwelle des Stadtrates nicht überschritten würde. Daher hat die Baukommission im Zirkularverfahren den Betrag inklusive Textstreichung nachträglich mit 8 : 0 : 1 auf Fr. 410'000.– festgelegt. Dies wäre damit der offizielle Antrag der Baukommission an den Rat. Der Gültigkeit der Initiative (I.) wurde einstimmig zugestimmt. Der Empfehlung zur Annahme der Initiative (II.) wurde mit 6 : 3 : 0 zugestimmt.

Nico van der Heiden: Als zum letzten Mal in der NLZ über die autofreie Bahnhofstrasse berichtet worden ist, wurde der Sprechende im Coop von einer wildfremden jungen Frau angesprochen: „Bist nicht du derjenige mit der autofreien Bahnhofstrasse?“ Er wollte ihr schon erklären, dass das nicht so einfach sei, worauf sie ihn aber schnell abblockte und sagte, sie fände unsere Verkehrspolitik sonst komplett blöd, sie fahre Auto, sie brauche ein Auto und wir würden sie immer mehr schikanieren. Immer weniger Parkplätze, immer mehr Busspuren, das fände sie ganz schlecht. Aber, bei der Bahnhofstrasse müsse sie uns absolut Recht geben: die brauche es nicht für die Autofahrer und aus der könnte man doch etwas viel Schöneres machen. Das sei die erste vernünftige Idee aus dem linken Lager seit langem.

Die Anekdote zeigt seines Erachtens sehr gut, wie die Stimmung in der Bevölkerung zu dieser Frage von der autofreien Bahnhofstrasse ist. Es gibt in dieser Stadt sehr viele Leute, die kein Auto mehr haben, oder es nur noch sehr selten brauchen. Die werden dieser Initiative zustimmen. Daneben gibt es Bewohnerinnen und Bewohner mit Auto, die es auch brauchen. Auch von denen wird ein grosser Teil finden, dass bei der Bahnhofstrasse eine Aufwertung vorgenommen muss. Selbstverständlich gibt es dann auch noch eine kleine Minderheit, die findet, dass das Menschenrecht des Autofahrers auf einen Parkplatz überall und zu jeder Zeit hoch zu halten sei. Diese werden vielleicht auch noch dem alten Mühlenplatz nachtrauern oder eventuell sich wehmütig an die Zeit erinnern, als man auch am rechten Reussufer noch parkieren konnte.

Nico van der Heiden ist überzeugt, eine Mehrheit wird sich klar für eine Aufwertung für alle – statt für wenige – am linken Reussufer finden lassen. Von einer autofreien Bahnhofstrasse

werden nämlich alle profitieren: Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, welche schon bald auswählen können, auf welcher Seite der Reuss sie ihr Bier im Sommer trinken wollen. Dementsprechend profitieren auch die Restaurants. Die Touristinnen und Touristen gewinnen, weil sie auf der anderen Seite der Kapellbrücke nicht plötzlich mitten auf einer Strasse stehen. Die Velofahrer, weil es endlich genügend anständige Veloparkplätze gibt. Und darum erstaunt es auch nicht, dass sich im Vorfeld der heutigen Debatte so viele Interessenvertreter und Gruppierungen positiv zur Idee der Initianten geäußert haben. Selbst der Kanton, der sonst den Ideen der SP/JUSO in der Verkehrspolitik eher nicht so zugeneigt ist, scheint einverstanden zu sein.

Verliert überhaupt irgendjemand, wenn man der Initiative für eine autofreie Bahnhofstrasse zustimmt? Der Autofahrer, der die Bahnhofstrasse als Schleichweg benutzt hat und auch schon bisher ewig vor der Ampel an der Seebrücke gewartet hat, muss jetzt aussen herum fahren und wird wahrscheinlich immer noch gleich schnell sein. Und wer unbedingt mit dem Auto mitten in die Stadt Luzern fahren und da parkieren will, der stellt neu sein Auto im Bahnhofparking ab, wo es eigentlich immer freie Plätze hat. Es sind exakt drei Minuten zu Fuss bis zur Bahnhofstrasse. Darum ist die Qualitätseinbusse für die Autofahrerinnen und Autofahrer vernichtend gering, im Vergleich zum Gewinn für die gesamte Stadtbevölkerung. Und darum ist der Sprechende felsenfest davon überzeugt, dass diese Initiative im Herbst gewonnen wird und lädt die Anwesenden ein, auf den Siegeszug für mehr Lebensqualität im Zentrum der Stadt Luzern aufzuspringen: Unterstützen Sie die Initiative und schaffen Sie konstruktiv an deren Umsetzung mit. Genau so, wie das der Stadtrat gemacht hat. Die SP/JUSO-Fraktion teilt die Analyse des Stadtrates im B+A, seine Schlussfolgerungen ebenfalls. Die Initianten bedanken sich beim Stadtrat für die Unterstützung der Initiative.

Im Vorfeld zur heutigen Sitzung hat es ja schon verschiedene, teilweise etwas merkwürdige Versuche gegeben, die Interpretationshoheit über die Initiative zu erlangen. Der Sprechende erlaubt sich darum, nochmals klar und deutlich zu sagen, was das Initiativkomitee möchte: „Eine lebenswerte, attraktive, autofreie Bahnhofstrasse.“ Autofrei ist auch Car-frei. Autofrei ist nicht Velofrei. Unser Vorbild ist der Mühlenplatz, nicht der Grendel – darum keine unnötigen Experimente mit Public-private Partnerships. Wir wollen eine einfache Umgestaltung, keine Luxuslösung. Wir wollen eine möglichst rasche Umsetzung, keine Verzögerungstaktik. Wir wollen eine Etappierung – wo sinnvoll und möglich –, aber nicht eine Etappierung bis zur Pensionierung des Sprechenden.

Zum Postulat 82 der FDP, das zwar nicht traktandiert ist für heute, möchte Nico van der Heiden aber trotzdem etwas sagen: Er hat natürlich sehr Freude, dass der FDP-Präsident anerkennt im Begleitmail zu diesem Vorstoss, dass die Initiative „autofreie Bahnhofstrasse“ angenommen wird. Persönlich hat der Sprechende auch wenige Probleme mit dem Inhalt. Dass Private sich allenfalls beteiligen sollen, wurde in der Baukommission so besprochen. Dass mögliche Optionen zu einer weiteren Aufwertung geprüft werden sollen, hat man in der Kommission auch besprochen. Wenn die FDP eine entsprechende Protokollbemerkung eingebracht hätte, dann hätte man sehr gerne darüber diskutiert. Was für die Initianten selbstverständlich nicht in Frage kommt, ist die Privatisierung der Bahnhofstrasse. Da sollte man aus dem aktuellen Grendelprojekt schon etwas gelernt haben.

Formell ist es natürlich etwas schwierig, wenn zwischen der Beratung eines Geschäftes in der Kommission und der Beratung im Parlament ein Vorstoss zum laufenden Geschäft eingereicht wird. Der Sprechende hofft sehr, dass es der FDP jetzt auch um die konstruktive Weiterentwicklung der Bahnhofstrasse geht, und nicht um eine Verzögerungstaktik. Wenn die FDP inzwischen zur Einsicht gekommen ist, dass man dieser Initiative zustimmen soll, ist die Freude auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit gross. Wenn es der FDP darum gehen sollte, ein möglichst teures Luxusprojekt zu verlangen, damit man das dann anschliessend aus finanziellen Gründen ablehnen kann, dann wäre das ein unnötiges und unschönes „Buebetrickli“. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich auf eine attraktive, autofreie Bahnhofstrasse. Sie tritt auf den B+A ein und stimmt der Initiative zu. Sie stimmt dem entsprechenden Planungskredit zu und ist mit der Abschreibung des Postulats 416 einverstanden.

Rieska Dommann: Die Stadt Luzern bietet sowohl in den Quartieren, wie auch in der Innenstadt eine überaus grosse Lebens- und Aufenthaltsqualität. Die Innenstadt bietet zahllose Orte mit einer hohen räumlichen Qualität und viele Gastronomiebetriebe laden zum Verweilen ein. Der Vorplatz der Jesuitenkirche, der Reusssteg, der Bahnhofquai und das rechte Reussufer sind von der Bahnhofstrasse nur wenige Schritte entfernt und bequem zu erreichen. Die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ fordert nun, dass die Stadt zwischen Jesuitenkirche, Reuss, Luzerner Theater und Seebrücke ein neues Herzstück für die Stadtbevölkerung und ihre Besucherinnen und Besucher gestalte. Dadurch soll die Lebens- und Aufenthaltsqualität weiter erhöht werden. Es kann erwartet werden, wie Nico van der Heiden gesagt hat, dass diese Forderung auf eine breite Zustimmung bei der Bevölkerung stossen wird.

Die Bahnhofstrasse dient heute sehr vielfältigen Nutzungen. Sie ist eine wichtige, möglicherweise unverzichtbare Erschliessungsstrasse für Läden, Büros und Wohnungen, aber auch für die öffentlichen Parkhäuser. Sie dient dem Durchgangsverkehr und sie hat eine zentrale Funktion für den Langsamverkehr. Über die Bahnhofstrasse verlaufen wichtige regionale, kantonale und nationale Radrouten. Der Umstand, dass die Kapellbrücke auf die Bahnhofstrasse mündet, verschafft ihr bereits heute eine touristische Bedeutung. Jeweils am Dienstag- und am Samstagmorgen wird die Bahnhofstrasse für den motorisierten Verkehr gesperrt, um den beliebten Wochenmarkt durchzuführen. Und, die Bahnhofstrasse bietet heute auch 33 bei den Automobilisten sehr beliebte Parkplätze.

In seiner Analyse kommt der Stadtrat zum Schluss, dass die heutige Situation an der Bahnhofstrasse aus stadträumlicher Sicht grosse Mängel aufweise. Aus stadträumlicher und stadtgestalterischer Sicht wird einer Neugestaltung der Bahnhofstrasse und des Theaterplatzes deshalb eine sehr hohe Priorität beigemessen. Dieser Beurteilung der Situation kann kaum widersprochen werden. Auch aus Sicht der FDP-Fraktion hat die Bahnhofstrasse, dank ihrer einmaligen Lage, ein grosses Potenzial und bietet enorme Chancen.

Im vorliegenden Bericht und Antrag wird ausführlich auf das stadträumliche Potenzial einer Neugestaltung der Bahnhofstrasse hingewiesen. Es werden qualitativ hochstehend gestaltete Stadträume für vielfältige Nutzungen in Aussicht gestellt und Verbesserungen für den Veloverkehr und die Fussgänger versprochen. Spätestens beim Kapitel Finanzierung scheinen den

Stadtrat jedoch Zweifel beschliessen zu haben. So werden Baukosten von rund 5 bis 6 Mio. Franken veranschlagt und dafür aber eine blossе Neugestaltung der Belagsoberflächen vorgeschlagen. Damit wird aber kein neuer, attraktiver Aussenraum mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen können, sondern im besten Fall eine neue autofreie Zone.

Einer solchen Umgestaltung, die keinen relevanten Mehrwert, das heisst, kein neues Herzstück für die Luzernerinnen und Luzerner schafft, opponiert die FDP-Fraktion. Aus Sicht der FDP wäre damit nicht viel mehr erreicht, als dass ein weiterer Verbindungsweg gekappt wird und zusätzlich ein paar Parkplätze verschwinden. Das ist zwar ein legitimes politisches Ziel, wird aber von der FDP-Fraktion so abgelehnt. Die FDP ist überzeugt, dass damit dem Anliegen der Initiantinnen und Initianten nicht entsprochen ist. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind im Zusammenhang mit der Umsetzung der Initiative noch sehr viele Fragen offen. Das wurde auch in der Baukommission diskutiert. Die Auswirkungen einer autofreien Bahnhofstrasse werden im Bericht und Antrag nicht geklärt. Es wird einmal mehr auf das Gesamtverkehrskonzept Innenstadt gewartet werden müssen, und das wahrscheinlich noch eine Zeit lang. Die Erschliessung der Parkhäuser, welche sich in unmittelbarer Nähe befinden, muss auch in Zukunft gewährleistet werden. Und nicht zuletzt, weil die Bahnhofstrasse auch durch die Luzerner Polizei regelmässig als kürzeste Verbindung benützt wird. Viele offene Fragen – der Baukommissionspräsident hat es auch erwähnt –, welche erst im Verlaufe der weiteren Abklärungen beantwortet werden können.

Aus finanzpolitischer Sicht ist die FDP-Fraktion dezidiert der Auffassung, dass Investitionen in der Grössenordnung von gegen 7 Mio. Franken inkl. Planung für eine blossе Neugestaltung der Belagsoberflächen, wie sie im B+A in Aussicht gestellt wird, nicht zu rechtfertigen sind. Die Stadt Luzern steht gerade im Investitionsbereich – wie heute Morgen gehört – vor enormen Herausforderungen. Für 7 Mio. Franken könnte beispielsweise ein neues Quartierschulhaus gebaut werden. Die Frage der Priorisierung bei den Investitionen muss in diesem Zusammenhang auf den Tisch.

Es muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden: Eine Um- oder Neugestaltung der Bahnhofstrasse ist „nice to have“, während andere Investitionen wie zum Beispiel der Neubau des Stadtarchivs für 11 Mio. Franken (geplanter Baubeginn gemäss B+A März 2013) eine deutlich grössere Dringlichkeit aufweisen.

Eine echte Chance für eine Realisierung des Projekts sieht die FDP-Fraktion deshalb nur dann, wenn es gelingt, im Sinne eines PPP-Projekts, Private am Projekt zu beteiligen. Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft sind Lösungsansätze zur optimalen Erfüllung der gestellten Aufgabe zu suchen. Die FDP-Fraktion wird ein zukünftiges Projekt auch daran messen, ob den Investitionen, welche durch die öffentliche Hand getätigt werden müssen, ein angemessener Ertrag gegenübersteht. Wenn es zutrifft, dass die Bahnhofstrasse von Luzern zu den stadträumlich attraktivsten Lagen zählen soll, so muss es auch möglich sein, daraus für die Öffentlichkeit nicht nur einen Gewinn an Lebensqualität, sondern auch einen wirtschaftlichen Ertrag zu geniieren. Für die FDP-Fraktion sind zum heutigen Zeitpunkt viele Fragen offen und es ist zu befürchten, dass der Stadtrat das wirtschaftliche Potenzial der Bahnhofstrasse nicht in ausreichendem

Mass erkannt hat. Die Ausführungen im B+A erwecken den Eindruck, dass die Stadt für eine Investition von gegen 7 Mio. Franken nicht viel mehr als eine auto- und parkplatzfreie Bahnhofstrasse erhält. Für die FDP wäre das eindeutig zu wenig.

Mit dem Postulat „Bahnhofstrasse – wenn schon, dann richtig!“ hat die FDP-Fraktion einen möglichen Ansatz zum weiteren Vorgehen skizziert und aufgezeigt, welche Massnahmen aus ihrer Sicht notwendig wären, um einen echten Mehrwert zu schaffen. Die FDP hofft sehr, dass das Parlament der Überweisung des Postulats im Herbst zustimmen wird und damit den Weg freimacht für ein neues Herzstück in der Stadt Luzern, das auch die Herzen der Steuerpflichtigen höher schlagen lässt.

Die heute noch unbekannten Auswirkungen einer autofreien Bahnhofstrasse auf den Verkehr und die angrenzenden Parkhäuser, die absehbaren Schwierigkeiten bei der Anlieferung und Erschliessung der Liegenschaften an der Bahnhofstrasse, die Vorbehalte hinsichtlich der Finanzierung ausschliesslich zulasten der öffentlichen Hand und insbesondere der im B+A noch nicht in ausreichendem Masse aufgezeigte Mehrwert einer autofreien Bahnhofstrasse führen zu folgender Haltung der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion wird auf den B+A eintreten. Der Gültigkeit der Initiative gemäss I wird zugestimmt. Unter II wird sich die FDP-Fraktion der Stimme enthalten. Unter III wird die FDP-Fraktion dem Antrag der Baukommission folgen, für einen Planungskredit von 410'000 Franken. Der Abschreibung des Postulats 416 wird zugestimmt.

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion kann dem B+A 7/2013, der die zukünftige Entwicklung der Bahnhofstrasse aufzeigt, viel Positives abgewinnen. Ausgelöst hat diese Planungsoffensive jetzt die Initiative der SP aus dem Jahre 2011. Allerdings gab es schon viel früher einige andere Anläufe, der Bahnhofstrasse ein neues Gesicht und eine attraktivere Nutzung zu verpassen. So wartet zum Beispiel auch Pius Suter – der nicht mehr im Rat ist – noch heute auf die Umsetzung seines Postulats, das im Juni 2008 mit ähnlichem Inhalt überwiesen wurde. Wie heisst es doch so schön: „Was lange währt, wird endlich gut“. Das erhofft sich die CVP auch – in diesem etwas gar lange währenden Geschäft.

Zu den detaillierten Forderungen der Initiative steht die CVP dann allerdings etwas distanzierter. So kann man sich zum Beispiel noch nicht vorstellen, dass die Bahnhofstrasse gänzlich autofrei werden soll. Vielleicht täte es auch eine Korrektur, die man dann mit „auto-arm“ bezeichnen könnte. Als weiteres Beispiel stört auch die Behauptung, für Velofahrende sei genügend Platz vorhanden. Dagegen sprechen unter anderem die häufigen Fast-Zusammenstösse zwischen Fussgängern und Zweiradfahrenden am Fusse des Kapellbrücken- und des Reussteg-Aufgangs, oder auch vor der Jesuitenkirche. Trotzdem: Es gibt ein Potenzial – ein grosses Potenzial – zur Aufwertung und zur besseren Nutzung dieser Achse. Das kann und soll ausgelotet und umgesetzt werden. Finden wir hier das Ei des Kolumbus – oder wenigstens eine Kopie davon – dann tun wir etwas Gutes für uns in der Stadt Lebende, aber auch für die Attraktivierung Luzerns als Tourismusort.

In der Kommissionsberatung wurde eine ganze Reihe von Detail-Aspekten dieser Initiative und dieses B+A besprochen, abgewogen und schliesslich ein gangbarer Weg aufgezeigt. Dazu steht die CVP-Fraktion – dies nicht zuletzt, weil ihre Bedenken und Anregungen von den

meisten Kommissionsmitgliedern mitgetragen werden konnten. So sind die Anträge, die der Kommissionspräsident eingangs vorgestellt hat, wesentlich in orangen Tönen eingefärbt.

Der CVP-Fraktion sind zwei Aspekte besonders wichtig:

Erstens: Eine attraktiver gemachte Bahnhofstrasse muss genau die Rolle spielen, die ihr im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts zugedacht werden wird. Darum kann und darf die Planung erst konkret werden, wenn die Parameter des Gesamtverkehrs in der Kernstadt klar und beschlossen sind.

Zweitens: Das Parlament – und damit die politischen Parteien – müssen in der Planungsphase mitreden können. Darum soll diese Planung in zwei Phasen aufgeteilt werden. Es ist enorm wichtig, dass nach dem Planungswettbewerb die Weichen für die nächsten Schritte gemeinsam gestellt werden können. Sonst droht eine zweite Blamage à-la Schweizerhofquai. Das will die CVP verhindern.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Wünsche und Hoffnungen, die der Sprechende stichwortartig hier einbringen will:

Das östliche Ende der Bahnhofstrasse, das heute meistens beidseitig von Zweirädern überstellt ist, muss von diesem Blechlager befreit werden. Wenn eine zweite Velostation am Bahnhof mit geplant werden kann, dann wird das sehr begrüsst.

Die Lösung für die Reiseкар-Bedürfnisse am Schwanenplatz ist noch stark im Dunkeln. Vielleicht muss die Idee des Tourismusdirektors Marcel Perren einmal durchgedacht werden. Er wollte ja, dass die Reiseкар-Gäste nach dem Uhren- und Schmuck-Einkauf über die Kapellbrücke spazieren sollen und dort ihre Cars für die Weiterreise besteigen können.

Das Reussufer an der Bahnhofstrasse könnte sich die CVP auch attraktiver, als nur als eine Quai-Mauer, vorstellen. Dazu gab es ja schon vor Monaten geäusserte Ideen. In diesem Sinne wird die CVP-Fraktion höchstwahrscheinlich auch den FDP-Vorstoss unterstützen, der vor wenigen Tagen diese Idee wieder aufnahm, und den Rieska Dommann jetzt noch etwas detaillierter ausgeführt hat.

Und schliesslich gilt es auch, die Stadtkasse nicht zu Fall zu bringen. Alles wünschbare wird man sich kaum leisten können. Darum wird es auch eine Beschränkung auf das Wirkungsvollste brauchen. Und ebenso klar muss über Etappierungen nachgedacht werden.

Also: Es ist unschwer festzustellen, dass die CVP-Fraktion an einer Umgestaltung der Bahnhofstrasse nicht nur interessiert ist, sie wird sich auch eingeben wollen und wird eigene Ideen entwickeln.

Selbstredend wird die CVP auf das Geschäft eintreten. Die Initiative wird als gültig beurteilt und den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen. Im Detail werden die Anträge der Baukommission unterstützt.

Urs Zimmermann: Wer an die romantische Vorstellung glaubt, mit ein paar neuen Randsteinen, pseudo Rasenrabatten und Velostreifen zur Neugestaltung der Bahnhofstrasse beizutragen, der irrt. Grundsätzlich geht es nur um Eines. Die Initiative aus Kreisen der SP fordert wörtlich: „Die Stadt Luzern beginnt unverzüglich mit der Projektierung einer attraktiven, wenn immer möglich autofreien Bahnhofstrasse“. Dieser Text lässt erahnen, dass eine Steigerung der Attraktivität ausschliesslich mit einem Fahrverbot und zwangsläufig mit der Aufhe-

bung von 33 begehrten Parkplätzen erwirkt werden soll. Parkplätze, welche optimal gelegen sind, wie die permanente Belegung beweist. Für Rollstuhlfahrer ist das historische Zentrum von Luzern bereits jetzt eine grosse Herausforderung. Wenn nun noch die zentral gelegenen Behindertenparkplätze abgeschafft werden, bedeutet dies ein weiteres Hindernis. Ob eine autofreie Bahnhofstrasse dem ortsansässigen Gewerbe, den Gastronomiebetrieben und dem Luzerner Theater irgendeine Verbesserung bringt, ist zu bezweifeln. Es wird wohl eher das Gegenteil der Fall sein. Der Zustand an der Bahnhofstrasse sei untragbar, wird vom Initiativkomitee ausgeführt. Das sieht die SVP-Fraktion absolut nicht so. Die Bahnhofstrasse ist belebt mit Leuten, Velos, Autos und funktioniert dementsprechend auch gut. Die grösste und noch nicht gelöste Knacknuss wird jedoch sein, die Zu- und Wegfahrt zu den Parkhäusern zu gewährleisten. Lösungen dieser Problematik sind logischerweise mit Kosten für Anpassungen an der bestehenden Verkehrsführung rund um die Bahnhofstrasse verbunden. Zudem findet eine weitere Verlagerung des Verkehrs auf die bereits überfüllte Pilatusstrasse und den Hirschengraben statt. Während für den öffentlichen Verkehr und Velos mehr Platz geschaffen wird, werden die Autofahrer immer mehr eingeschränkt und schikaniert.

Es ist schon sehr interessant, dass der Stadtrat anscheinend bereit ist, Geld für die Bahnhofstrasse auszugeben, obwohl in Littau ein bereits an einer Volksabstimmung beschlossenes Strassenbauprojekt – wie heute Morgen gehört – immer wieder nach hinten geschoben wird, mit der Begründung, es seien keine finanziellen Mittel vorhanden. Jetzt kann man eine Initiative mit etwas mehr als 800 Unterschriften eingeben, der Stadtrat springt und will gleich eine neue Bahnhofstrasse machen, entgegen dem Volkswillen von Littau.

Im Moment sprechen wir jedoch nur über den Planungskredit. Wenn man aber den Zeithorizont weiter betrachtet, sollen mehrere Millionen in die Bahnhofstrasse investiert werden, nur um diese schlussendlich autofrei zu bekommen. Im B+A sind Kosten von rund 5 bis 6 Millionen Franken aufgeführt für die Neugestaltung der Belagsoberfläche. Darin sind weder Anpassungen an Hochbauten, Sanierungen an Werkleitungen oder Infrastrukturanlagen enthalten. Schlussendlich werden die Kosten 10 Millionen Franken oder mehr betragen. Das ganze steht doch in absolut keinem Kosten-/Nutzen-Verhältnis! Weiter gilt zu bedenken, dass diese Kosten in einem Investitionsbudget noch nicht enthalten sind. Wie soll das wieder finanziert werden? Durch Schliessung von Schulen oder von Bibliotheken?

Belassen wir doch einfach die Bahnhofstrasse in ihrem jetzigen Zustand, so entstehen keine unnötigen Kosten, keine weiteren Schikanen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr und keine Parkplätze, die verloren gehen. In Zeiten von knappen finanziellen Möglichkeiten sollte man nicht ideologisch motivierte Projekte forcieren, solange es wirklich wichtigere „Baustellen“ in der Stadt Luzern gibt.

Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, wird aber die Ablehnung der Initiative empfehlen und wird auch dem Planungskredit nicht zustimmen.

Korintha Bärtsch: Die G/JG-Fraktion hat sich schon immer dafür eingesetzt, dass der Strassenraum effizient genutzt wird und der Platz von unnötigen Verkehrsflächen der Bevölkerung zur Nutzung zurückgegeben wird. Deshalb unterstützt sie auch die Initiative der SP/JUSO-Fraktion für eine attraktive Bahnhofstrasse. Die Bahnhofstrasse zeigt ein grosses Potenzial auf

für eine Gestaltung, welche den Durchgangsscharakter auflöst und zum Verweilen einlädt. Sollte heute mit der Stadtplanung neu begonnen werden, würde man an einer solchen Lage sicher keine befahrene Strasse am Ufer der Reuss bauen. Die Bahnhofstrasse ist ein breiter Korridor, der viel Platz bietet für eine Neunutzung. Aus den Diskussionen um den B+A wird klar, dass die Ansprüche an die zukünftigen Nutzungen sehr unterschiedlich sind. Die Rede ist von Boulevardrestaurants, einem Uferzugang zu der Reuss, Veloroute und Veloparkplätzen. Oder auch generell, einfach neue Erdgeschossnutzungen. All diese Begehren machen deutlich, dass der Platz in der Innenstadt rar ist. Verschiedenste Anliegen wollen alle zentral erledigt werden. Und deshalb ist es richtig, die Bahnhofstrasse autofrei zu machen, den Boden zu gewinnen und die Fläche gewinnbringender zu nutzen. Die G/JG-Fraktion schätzt den Wert dieser neuen Nutzungen für die gesamte Bevölkerung und auch für den Tourismus höher ein, als die heute bestehende, gefährliche Verkehrsfläche.

Eine attraktive Bahnhofstrasse ist nicht erst seit der vorliegenden Initiative ein Thema. Im Jahr 2000 hat der Stadtrat aufgrund einer Petition für eine Fussgängerzone eine städtebauliche Analyse gemacht. Konzeptstudien haben schon damals – es überrascht wohl niemanden – ein grosses Potenzial und gute Möglichkeiten für eine Aufwertung ausgewiesen. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel wurde auf die Umgestaltung verzichtet, aber eine Begegnungszone mit geringem Aufwand – mit Pinselstrich und einer Tafel – wurde umgesetzt. Ein paar Jahre später, wie schon gehört, hat die CVP zusammen mit der FDP das Thema wieder aufgegriffen und einen Planungsbericht für eine Neugestaltung gefordert. Der Stadtrat hat den Planungsbericht wegen fehlender finanzieller Mittel nicht sofort, sondern für das Jahr 2010 versprochen.

Heute ist man im Jahr 2013, man hat immer noch nichts. Aber mit der vorliegenden Initiative ist ein Antrag da, der endlich Geld für die Planung sprechen soll. So nahe war man noch nie dran. Aber kaum ist man da, werden wieder neue Ausreden für eine zeitliche Verschiebung gesucht. Man soll das Gesamtverkehrskonzept abwarten, der Tiefbahnhof wird auch noch einen Einfluss haben, ja sogar eine allfällige Neue Theaterinfrastruktur würde die Voraussetzungen auch nochmals verändern. Und Geld ist immer noch keines vorhanden. Die erwähnten Projekte werden das Bild der Bahnhofstrasse dann schon einmal prägen. Aber, wo käme man hin, wenn man diese alle abwarten würde. Wenn man das möchte, so müsste man konsequenterweise ehrlich sein und die Initiative ablehnen.

Die G/JG-Fraktion ist aber der Meinung, dass die wichtigsten Parameter dieser Strasse mit der Fristerstreckung der Initiative geklärt worden sind. Die G/JG-Fraktion will deshalb die Planung nun zügig angehen – über den ganzen Perimeter – und den Zeitplan des Stadtrates aufnehmen. Auch dieser Zeitplan ist ein Wermutstropfen. Alles andere als ambitioniert! Mit einer Umsetzung ist erst im Jahr 2019 zu rechnen. Die Finanzierung ist immer noch unsicher, hier muss ein grosser Effort geleistet werden. Um zu verhindern, dass das fertige Projekt dann aus irgendwelchen Gründen inhaltlich nicht goutiert wird und auf die lange Bank geschoben wird, möchte man vor dem fertigen Projekt dann nochmals mitreden können. Weil die Umgestaltung sehr viele Begehrlichkeiten weckt, möchte die G/JG-Fraktion den Fächer wirklich öffnen und die Rahmenbedingungen sauber abklären und diskutieren können.

Die G/JG-Fraktion möchte den vom Stadtrat vorgeschlagenen Kredit für die Phase bis und mit Wettbewerb sprechen. Sie tritt auf den B+A ein und stimmt auch der Initiative zu. Im Detail wird nochmals darauf zurückgekommen.

Jules Gut: Der Zuger Regierungsrat Heinz Tännler weiss, dass grosse Projekte nur mit partizipativer Einbindung aller Interessengruppen erfolgreich werden. Das braucht aber Zeit, wie das der Zuger Stadttunnel und die Planung an der Industriestrasse zeigen. Sehr viel Zeit sogar. Daran ist auch nichts einzuwenden, wenn man dafür ein umsetzbares, gutes Projekt erhält. Ein umfassendes Projekt Bahnhofstrasse ist dann aber ganz nüchtern betrachtet, nicht vor sieben, oder gar zehn Jahren realisiert, oder dauert eben noch länger. Wie vorher gehört, ist man da ja schon lange am Planen. Für die GLP-Fraktion ist dies jedoch keine Alternative. Es kann nicht sein, dass der wichtige Tourismus nochmals zehn Jahre warten muss. Darum fordert die GLP-Fraktion eine sofortige, zügige Umsetzung einer verkehrsfreien Bahnhofstrasse. KISS (keep it smart and simple), als Schritt eins.

In einem zweiten Schritt ist dann der Fokus sehr wohl zu öffnen. Die Planung Tiefbahnhof, die angedachte Velostation reussseitig, die neue Verkehrsführung auf dem Bahnhofplatz, das neue Parkhaus, das weg muss, die Neuordnung des Bahnhofshoppings, das weg muss. Alles wegen dem Tiefbahnhof. Da kommt einiges auf uns zu. Und eben auch vielleicht die Neue Theaterinfrastruktur – sofern sie dann tatsächlich kommt. Die Geschäfte und der Tourismus sind auch einzubinden und weiter zu entwickeln. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion aber kurzfristig keinesfalls möglich. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollte der Tiefbahnhof der-einst tatsächlich kommen, wird dies die ganze heutige Situation völlig auf den Kopf stellen. Es macht deshalb keinen Sinn, dass die Stadt nun mit eigenem Geld den grossen Wurf plant, bereits im Wissen, dass alles in wenigen Jahren wieder Makulatur sein kann. Der Kanton wird sich so oder so überlegen müssen, was er mit der ganzen Bahnhofsituation anstellen will. Dort gehört eine kantonale Planung her. Die GLP-Fraktion begreift nicht, warum der Stadtrat jetzt mit viel Geld eine eigene schöne Planung forcieren will.

Um es klarzustellen: Die GLP-Fraktion ist klar für die Initiative und wird ihr auch zustimmen, ist jedoch mit der Umsetzung durch den Stadtrat nicht glücklich. Die GLP stellt sich auch hinter den angedachten Wettbewerb, denn Qualität kommt durch Konkurrenzverfahren. Aber muss es denn gleich eine solch grosse Kiste sein, welche den Anspruch hat, gleich alle Probleme auf einen Schlag lösen zu wollen?

„Schuster, bleib bei deinen Leisten.“ Unsere Stadt hat kein Geld, wie das im Geschäftsbericht auch die FDP, die CVP und die SVP festgestellt haben. Man hat gehört von Defiziten von 11, 12, oder 31 Mio. Franken. Es ist doch eine Illusion, zu glauben, dass man innerhalb von zehn Jahren noch einmal 10 Mio. Franken für die Bahnhofstrasse aufbringt. Das glaubt doch niemand. Niemand weiss heute, was mit der Luzerner Theaterinfrastruktur passiert. Und der Tiefbahnhof ist auch heute grösstenteils erst im Nebel knapp erkennbar. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass mit dem nun aufgegleisteten Projekt die Bahnhofstrasse auch in zehn Jahren noch genau gleich aussehen wird, wie jetzt. Für die GLP zeichnet sich schon heute ein zweiter Grendel ab – und genau dies, eine ewige Planung, welche viel Geld und vor allem, und das ist fast das Wichtigste, wichtige interne Ressourcen frisst. Das braucht es definitiv nicht.

Die Umgestaltung der Bahnhofstrasse hat bei leeren Kassen zudem auch nicht erste Priorität. Die GLP ist der Ansicht, dass es kurzfristig gesehen in einem ersten Schritt, wie gesagt, an dieser Stelle denn auch keine aufwendige Planung braucht. Man hat keine Lust, zehn Jahre auf den grossen Wurf, wie von der FDP gefordert, zu warten. Die Bäume entlang der Reuss können in einem ersten Schritt stehen bleiben, einen neuen Zugang zur Reuss braucht es sofort auch nicht, und die Schwanenplatzbusse sind auf diesem Abschnitt sicher auch nicht die Lösung. Zudem sieht die GLP die Velos nicht als Schandfleck an, und die Strasse kann auch ge-teert bleiben. Dass mittel- bis langfristig etwas Grosses entstehen muss, à-la Forderung FDP, ist sicher klar. Auch die Forderung der Unterstützung und dem Einbezug und Mitfinanzierung von Dritten, von beteiligten KMUs oder von Restaurants etc. ist wichtig und richtig. Aus rechtlicher Sicht wird die GLP-Fraktion beantragen, den Perimeter, wie in der Initiative gefordert, zu belassen. Die GLP hat die Verwaltung in den letzten Tagen noch etwas aufgescheucht mit den Vorstellungen einer Reduktion des Perimeters. Das wäre aber nur möglich, wenn man formell die Initiative ablehnen würde und dann einen neuen Antrag stellen würde. Das ist aber weniger zielführend.

Die GLP-Fraktion fordert das Parlament auf, die Realität zu anerkennen, dass die Stadt Luzern eine solche umfassende Umgestaltung in den nächsten zehn Jahren schlicht und einfach nicht finanzieren kann. Auch dann wird man vielleicht zehn Jahre später von der linken Seite hören: „Hätte man es doch gemacht, man hätte es ja machen können.“ Die Realität ist aber so, dass das Geld nicht vorhanden ist. Die GLP fordert den Stadtrat auf, nach Annahme der Initiative zu anerkennen, dass es momentan zu viele Unbekannte im Spiel hat – und die Planung in einem ersten Schritt auf ein notwendiges Minimum zu beschränken ist. Dafür aber den ersten Schritt zu einer Umgestaltung sofort umzusetzen.

Fazit: Da es aus rechtlicher Sicht nicht möglich ist, den Planungssperimeter in der Initiative zu verkleinern, wird die GLP-Fraktion den Antrag stellen, den Kredit auf 600'000 Franken zu reduzieren. Jedoch inklusive Projekt, wie das der Antrag des Stadtrates vorsieht. Gleichzeitig wird der Stadtrat aufgefordert, sich bei der Umsetzung auf den Kernbereich an der Bahnhofstrasse, zwischen Floraweg und Theaterstrasse, zu fokussieren. Ohne den schon am Himmel auftauchenden Tiefbahnhof und die Neue Theaterinfrastruktur.

Die GLP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und wie folgt zustimmen: I und II wird zugestimmt. Zu III folgt ein Antrag auf 600'000 Franken, inklusive Projektierung. Der Abschreibung des Postulats 416 wird ebenfalls zugestimmt.

Stadtpräsident Stefan Roth: Wenn man es etwas zurückverfolgt, hat die Stadt Luzern in den letzten Jahren sehr viel gemacht. Sie hat in Kultur investiert, sie hat in Betagtenzentren investiert, in eine Sportstätte wurde investiert. Jetzt liegt die Priorisierung bei der Schulrauminfrastruktur. Wenn man die Situation betrachtet, hat sie aber wenig gemacht für die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Der Sprechende erinnert sich, einer der wenigen Plätze, welcher zu einer echten Aufwertung kam, ist der Mühlenplatz. Es ist für eine Stadt eine grosse Chance, sich jetzt Gedanken zu machen, Abklärungen zu treffen und die Varianten aufzunehmen. Die

Kosten und Nutzen einander gegenüberzustellen, wenn es darum geht, die Fussgängerströme, beispielsweise die Touristenströme ab dem Schwanenplatz auch ans andere Flussufer zu bringen. Es ist doch ein echtes Privileg, darüber nachdenken zu können, welche hervorragende Ausgangslage man mit der Zugänglichkeit zum Wasser, zur Reuss überhaupt hat. Dem Stadtrat ist bewusst, dass natürlich der vorliegende Bericht und Antrag noch viele Fragen offen lässt. Diese sind aber aufgezeigt. Erstens ist es wichtig, dass sich jetzt die Aufgeregtheit nach einer ersten Phase etwas legt. Deshalb ist es ein kooperativer Prozess, dass der Stadtrat auf die Ansprechgruppen zugeht. Dass selbstverständlich geschaut wird, wie die Zu- und Wegfahrt zu den Parkhäusern ist. Wie ist die Tourismusbranche in diesem Perimeter erreichbar? Gibt es gute Lösungen für die Arbeitsplätze, welche jetzt schon in diesem Perimeter sind? Ist es nicht sogar so, dass die Arbeitsplätze noch attraktiver werden? Wenn beispielsweise in der Mittagspause eine hohe Aufenthaltsqualität an verschiedenen Orten ebenfalls ermöglicht wird?

Die Investitionen wurden angesprochen. Dass es angeschaut wird, dass es etappierte Varianten gibt. Kann man es überhaupt etappieren? Wenn ja, wie? Dass man aber auch bei den Investitionen Offenheit zeigt. Dazu ist das Parlament zu diesem Zeitpunkt auch gebeten. Gibt es sinnvolle Desinvestitionen im Finanz- und Verwaltungsvermögen, um so etwas zu ermöglichen, wie es hier vom Parlament gewünscht wird? Gibt es beispielsweise auch eine Priorisierung in der Aufwertung des öffentlichen Raumes, mit dem ersten Schwerpunkt Hirschmattquartier? Der Grendel steht im Fokus. Dann hat nicht mehr manch anderes Projekt auf dieser Zeitachse Platz. Dann muss man auch den Mut haben, Nein zu sagen. Es sind eben die zwei oder maximal drei Projekte für die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Und nicht zuletzt wird eine PPP-Variante angedacht und geschaut, was das bedeutet.

Es wurde gesagt, dass 33 Parkplätze wegfallen. Im Kantonsrat wäre noch sicher der Vorschlag gekommen, man solle diese im Vögeligärtli kompensieren. Der Sprechende ist froh, wurde diese Forderung nicht hier im Rat gestellt. Das beschäftigt natürlich diejenigen, welche heute diese Parkplätze nutzen. Mit den Automobilverbänden wird selbstverständlich der Kontakt gesucht. Wie übrigens bei der Wohnpolitik auch ein Gespräch am runden Tisch stattfindet. Vielmehr möchte der Sprechende in moderne Parkleitsysteme investieren, wo die 33 Parkplätze kompensiert werden könnten. Ob es dann beim Bahnhof, in einem anderen Parkhaus, oder bei der neuen Metro-Station im Ibach zustande kommt. Die 33 Parkplätze sind genau gleich viel, wie ungefähr im Mühlenplatz aufgehoben wurden. Wenn man an die Zeit zurückdenkt, war das für Viele fast undenkbar. Heute, fünf Jahre später, kann man feststellen, der Mühlenplatz wird von vielen Leuten als Aufenthaltsraum geschätzt und wurde zu einer echten Aufwertung. Auch im damaligen Bericht und Antrag wurde aufgezeigt, dass die Parkplätze an einem anderen Ort zur Verfügung gestellt werden konnten.

Im Bericht und Antrag wird aufgezeigt, dass der öffentliche Raum im Jahr 2018 stehen könnte. Der Sprechende ist überzeugt, es gibt unter den Fraktionen einen Run, wer im Jahr 2018 das Präsidium des Grossen Stadtrates haben wird. Denn das wird im Jahr 2018 ein Highlight werden. Der Sprechende bittet das Parlament, dem Bericht und Antrag so zuzustimmen, wie er vom Stadtrat vorgelegt ist.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und auch kein Rückweisungsantrag, somit ist der Rat auf den Bericht und Antrag eingetreten. Die Detailberatung erfolgt kapitelweise.

DETAIL

Zu Kapitel 6, Zeitplan Seite 14

Kommissionspräsident Daniel Wettstein: Es liegt ein Antrag zu einer Protokollbemerkung zum Zeitplan vor: „Eine Planung zur Nutzung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse soll erst dann begonnen werden, wenn die die Bahnhofstrasse betreffenden Resultate des Gesamtverkehrskonzepts Innenstadt vorliegen.“

Nico van der Heiden ist zugegebenermassen etwas ambivalent bei dieser Protokollbemerkung. Die Grundidee tönt sicher richtig, man soll die Auswirkungen dieses Projekts auf das gesamte Verkehrssystem prüfen. Der Sprechende hat den Eindruck, dass man damit sehr offene Türen einrennt, auch der Stadtrat macht das. Das ist für die SP/JUSO-Fraktion im B+A ersichtlich. Auf gar keinen Fall will man deswegen aber eine zeitliche Verzögerung des Projekts. Wenn die Bevölkerung der Initiative zustimmt, dann ist in der Interpretation der Interpellanten klar, dass die autofreie Bahnhofstrasse ein Bestandteil des Gesamtverkehrskonzepts ist und so aufgenommen werden muss. Darum erachtet die SP/JUSO-Fraktion die Forderung dieser Protokollbemerkung als erfüllt. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich konsequenterweise der Stimme enthalten.

Korintha Bärtsch: Die G/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung, wie schon in der Kommission ab. Wie vorher erwähnt, der Zeitplan muss so eingehalten werden, wie er angedacht ist. Für die Grünen und Jungen Grünen ist es klar, dass die autofreie Bahnhofstrasse so wie man sie sich vorstellt, als Rahmenbedingung ins Gesamtverkehrskonzept einfließen soll und nicht umgekehrt. So möchte man den Pflock einschlagen und deshalb lehnt die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

András Özvegyi: Die Protokollbemerkung ist abzulehnen, denn es funktioniert ja eigentlich heute schon. Die Bahnhofstrasse ist heute schon gesperrt an den Markttagen. Man kennt ja die Auswirkungen, und das ganze System funktioniert.

Markus Mächler muss eine Lanze brechen für diese Protokollbemerkung. Der Sprechende erinnert daran, dass dieses Gesamtverkehrskonzept zusammen mit dem Kanton erarbeitet wird. Die Stadt hat zwar die Federführung, aber der Kanton arbeitet mit, und die anderen Partner in dieser gesamten Verkehrsplanung sind eingebunden. Wenn wir nun nach dem Zeitplan des Stadtrates vorgehen und unsere eigenen Grundlagen im Jahre 2013 – also in diesem Jahr – erarbeiten und festlegen und den Partnern dann präsentieren, geht das nicht auf. Der Sprechende appelliert dafür, dass die Verwaltung auf die anderen Partner Rücksicht nimmt, und es zusammen gemacht wird. Wenn es vielleicht dann Frühling 2014 ist, ist das

kein Beinbruch, aber es ziehen alle am gleichen Strick, und dies erst noch in die gleiche Richtung. Der Sprechende bittet das Parlament, die Protokollbemerkung zu unterstützen.

Jules Gut: Das ist genau die Befürchtung, welche die GLP hat. Jetzt fängt es an, man wartet auf das Gesamtverkehrskonzept. Nachher warten wir noch auf die Neue Theaterinfrastruktur, welche jetzt sofort kommt. Dann warten wir noch auf die Carparkplätze, welche ebenfalls gerade jetzt kommen. Dann warten wir noch auf die Metro, welche auch gleich kommt, und ebenfalls auf den Tiefbahnhof, der auch gerade kommt. Am Schluss sind wir in zehn Jahren immer noch gleich weit. Der Sprechende findet, man sollte jetzt wirklich einmal vorwärts machen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer liest die Protokollbemerkung vor: „Eine Planung zur Nutzung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse soll erst dann begonnen werden, wenn die die Bahnhofstrasse betreffenden Resultate des Gesamtverkehrskonzepts Innenstadt vorliegen.“

Der Rat stimmt über die Protokollbemerkung ab. Die Stimmen müssen ausgezählt werden.

Überweisung	22
Ablehnung	14
Enthaltungen	9

Der Rat stimmt der Überweisung der Protokollbemerkung zu.

Zu Kapitel 7, Seite 14 + 15

Jules Gut: Die GLP-Fraktion beantragt, den Projektierungskredit auf Fr. 600'000.– zu reduzieren, jedoch inklusive Projektierung.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Antrag wird bei der Abstimmung den anderen Anträgen gegenübergestellt. Jetzt wird abgestimmt über den Beschlussesentwurf auf Seite 17.

I Gültigkeit der Initiative

Der Rat erklärt die Initiative einstimmig für gültig.

II Empfehlung zuhanden der Stimmberechtigten

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Stimmen müssen ausgezählt werden.

Überweisung	30
Ablehnung	7
Enthaltungen	9

Der Rat empfiehlt die Annahme der Initiative.

III Erarbeitung der Verkehrs- und Wettbewerbsgrundlagen

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es liegen vier Anträge vor, je zwei Anträge mit dem gleichen Inhalt.

Die ersten zwei möchten die Erarbeitung der Verkehrs- und Wettbewerbsgrundlagen, die Durchführung eines kooperativen Verfahrens und die Durchführung eines Wettbewerbs.

Antrag Baukommission Fr. 410'000.–

Antrag G/JG-Fraktion Fr. 500'000.–

Die zwei anderen Anträge möchten das gleiche und zusätzlich die Projektierung bis zum Auflageprojekt.

Antrag Stadtrat Fr. 800'000.–

Antrag GLP-Fraktion Fr. 600'000.–

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Zuerst wird der Antrag der G/JG dem Antrag dem Antrag der GLP gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Zum Schluss wird der obsiegende Antrag dem Antrag der Baukommission gegenübergestellt.

Rieska Dommann: Die GLP-Fraktion möchte in einem Zug vorgehen, also nicht die Etappierung berücksichtigen, wie sie die Baukommission dem Parlament empfiehlt. Das wurde auch schon in der Diskussion geäußert. Es ist eine schlechte Lösung, wenn man jetzt in einem Schritt versucht, das Problem Bahnhofstrasse zu lösen und schon bis und mit Planung beschliesst. Das Parlament und auch die Baukommission kann somit die Wettbewerbsergebnisse nicht mehr diskutieren. Das ist ein erhebliches Risiko, dass am Schluss eine fixfertige Planung vorliegt. Das Parlament oder die Stimmberechtigten hätten vielleicht eine andere Meinung und man hätte somit wieder einen Haufen Geld in den Sand gesetzt. Der Antrag der Baukommission ist richtig, dass das in zwei Etappen erfolgt. Zuerst den Wettbewerb durchführen, die notwendigen Abklärungen treffen und dann noch einmal schauen, ob das anvisierte Ziel mit diesem Projekt erreicht werden kann und erst dann den Kredit für die Planung bewilligen.

Jules Gut: Die GLP fordert nicht eine fixfertige Planung in einem Schritt, sondern eine Etappierung, dass man die Initiative umsetzt. Aber gleichzeitig selbstverständlich den Blickwinkel der FDP aufnimmt und grösser denkt. Als Parlamentarier haben wir die Möglichkeit, Postulate zu schreiben und die Stadträte in die Mänge zu nehmen. Das Parlament hat immer Möglichkeiten, mizureden. Es ist ja nicht so, dass jetzt ein fixfertiges Projekt vorliegt, wie Rieska Dommann sagt, man dürfe dann nichts mehr und werde nie mehr gefragt.

Eine Frage zum Abstimmungsvorgang: Wie die Ratspräsidentin sagte, stehen die sachlich gleichen Anträge der G/JG und der Antrag der Baukommission dem Antrag des Stadtrates und

dem Antrag der GLP gegenüber. Hätte man nicht zuerst über die sachgleichen Anträge abstimmen und nachher kreuzweise abstimmen sollen?

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es ist eine Variante, die im Geschäftsreglement nicht ganz klar geregelt ist. Opponiert jemand der Variante der GLP, dass man zuerst die beiden Anträge mit gleichem Inhalt einander gegenüberstellt? Was heisst, zuerst der Antrag der G/JG gegen den Antrag der Baukommission, weil diese den Kredit nur bis und mit dem Wettbewerbsverfahren sprechen wollen. Dann der Antrag des Stadtrates gegenüber dem Antrag der GLP, weil diese beiden Anträge darüber hinaus gehen. Nachher werden die siegenden Anträge einander gegenübergestellt. Beide Varianten sind möglich. Die Schwierigkeit ist, dass inhaltlich nicht ganz genau das gleiche gefordert wird, mit einer kleinen Abweichung.

Jules Gut: Es ist nicht eine kleine Abweichung. Der Sprechende findet die Abweichung relativ gross, ob man die Projektierung inklusive oder exklusive macht. Er möchte dem Rat beliebt machen, dass der Antrag der G/JG dem Antrag der Baukommission gegenübergestellt wird und der Antrag des Stadtrates dem Antrag der GLP. Danach die beiden siegenden Anträge gegeneinander.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Rein inhaltlich muss Jules Gut Recht gegeben werden. Opponiert jemand diesem Vorschlag?

Nico van der Heiden: Die Haltung der SP/JUSO-Fraktion in dieser Frage wurde beim Eintreten nicht geäussert. Einer sinnvollen Etappierung stimmt die SP/JUSO-Fraktion zu, wenn sie nicht zu einer Verzögerung führt. Das heisst, dem Antrag der Baukommission wird zugestimmt, mit dem Kredit, etappiert nur für die erste Etappe. Die SP/JUSO-Fraktion will kein Luxusprojekt an der Bahnhofstrasse, man will eine pragmatische, mehrheitsfähige Lösung. Auch die SP/JUSO ist sich der Finanzlage der Stadt Luzern durchaus bewusst. Wichtig ist, dass man im Herbst eine faire Abstimmung hat, nämlich die Frage, will die Bevölkerung diese attraktive autofreie Bahnhofstrasse, oder will sie sie nicht? Das ist ein Grundsatzentscheid über diese Frage. Man will nicht eine Abstimmung über das Budget der Stadt Luzern, ob sie sich das Projekt leisten kann oder nicht. Der SP/JUSO-Fraktion erscheint der Planungskredit von Fr. 800'000.– auch als hoch, gerade im Verhältnis zu den effektiven Umsetzungskosten, welche etwa vier bis sechs Mio. Franken betragen werden. Um das Projekt mehrheitsfähig zu machen, im Sinne eines gut schweizerischen Kompromisses, und auch in Anbetracht, dass ein gutes Projekt nicht zwingend teuer sein muss, stimmt die SP/JUSO-Fraktion der Reduktion des Planungskredits zu. Sinnvollerweise auf Fr. 500'000.–, wie es auch in der Baukommission bereits eingebracht wurde. Wenn dieser Antrag unterliegen sollte, folgt die SP/JUSO dem Antrag der Baukommission auf einen Kredit von Fr. 410'000.–.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Bei der ersten Abstimmung werden die beiden Anträge für ein etappiertes Vorgehen bis und mit Wettbewerb einander gegenübergestellt.

Antrag Baukommission Kreditsumme Fr. 410'000.–

Antrag G/JG-Fraktion Kreditsumme Fr. 500'000.–

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Stimmen müssen ausgezählt werden.

Antrag Baukommission 24 Stimmen

Antrag G/JG-Fraktion 22 Stimmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Baukommission zu.

Antrag Stadtrat Kreditsumme Fr. 800'000.–

Antrag GLP-Fraktion Kreditsumme Fr. 600'000.–

Der Rat stimmt mehrheitlich dem Antrag der GLP-Fraktion zu.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die beiden obsiegenden Anträge werden einander gegenübergestellt:

Antrag GLP:

Verfahren in einem Zug, bis und mit Auflageprojekt Kreditsumme Fr. 600'000.–

Antrag Baukommission:

Etappiertes Vorgehen, bis und mit Wettbewerb Kreditsumme Fr. 410'000.–

Der Rat stimmt dem Antrag der Baukommission mehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: liest Punkt III vor, bevor darüber abgestimmt wird:

III. Unter dem Vorbehalt der Annahme der Initiative durch die Stimmberechtigten der Stadt Luzern:

Für die Erarbeitung der Verkehrs- und Wettbewerbsgrundlagen, die Durchführung eines kooperativen Verfahrens, die Durchführung eines Wettbewerbs zur Neugestaltung der Bahnhofstrasse wird ein Planungskredit von Fr. 410'000.– bewilligt.

Der Rat stimmt dem geänderten Punkt III mehrheitlich zu.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 7 vom 24. April 2013 betreffend

Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 sowie von Art. 10 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 und Art. 69 lit. a Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 87 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. In eigener Kompetenz:
Die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ ist gültig.
- II. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ wird zur Annahme empfohlen.
- III. Unter dem Vorbehalt der Annahme der Initiative durch die Stimmberechtigten der Stadt Luzern:
Für die Erarbeitung der Verkehrs- und Wettbewerbsgrundlagen, die Durchführung eines kooperativen Verfahrens, die Durchführung eines Wettbewerbs zur Neugestaltung der Bahnhofstrasse wird ein Planungskredit von Fr. 410'000.– bewilligt.
- IV. Das Postulat 416, Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Josef Burri namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008: „Neugestaltung Bahnhofstrasse“, wird als erledigt abgeschrieben.
- V. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Mittagspause

Ratspräsidentin Theres Vinatzer weist vor allem die Besucherinnen und Besucher darauf hin, dass zuerst das Dringliche Postulat 78 behandelt wird. Wenn niemand opponiert, wird Traktandum 9, Interpellation 75, ebenfalls vorgezogen, weil das im Bereich der Bildungsdirektion liegt. Stadträtin Ursula Stämmer-Horst wird die Sitzung nachher verlassen müssen.

**Dringliches Postulat 78, Peter With und Marcel Lingg
namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2013:
„Die Bibliothek Ruopigen bleibt, wo sie ist“**

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat teilweise entgegenzunehmen, somit ist die Diskussion gegeben.

Peter With: Das Postulat wurde heute zum Glück dringlich erklärt, denn dringlich ist es auch. Man hat festgestellt, dass in der Stadt Luzern inzwischen die Tendenz da ist, von „verschieben, bis erledigen“. Das hat man schon beim Grendel gesehen. Die SVP befürchtet, dass hier das gleiche mit der Bibliothek Ruopigen auch passieren wird. Gemäss Antwort des Stadtrates auf die Interpellation ist die Kündigung für das Bibliotheklokal auf Ende März 2014 ausgesprochen. Im Sinne des Vermieters müsste man jetzt langsam eine Entscheidung treffen, ob man bleiben will oder nicht. Die SVP fordert, dass man versucht, den Mietvertrag zu verlängern und nicht nach einem neuen Standort gesucht wird. In der Antwort des Stadtrates kann man lesen, dass wieder evaluiert wird. Man sucht Lösungen, man plant, welches die optimale Lösung sein könnte. Jetzt sind Sommerferien, das ganze wird sich bestimmt noch etwas verzögern. Eine Evaluation hat bereits stattgefunden, das hat man schon vor einigen Jahren gemacht. Damals war auch die Meinung, die Bibliothek habe im Gemeindehaus schon Platz. Man sah dann, dass es nicht funktionierte. Abgesehen von der damaligen Prüfung des Gemeinderates, hat die Realität gezeigt, dass es nicht funktioniert. Dann kam der Entscheid, die Bibliothek wieder zurück zu zügeln ins Ruopigencenter. Aus diesem Grunde ist die SVP-Fraktion dafür, diese ganze Übung nicht noch einmal zu machen. Das macht aus finanzieller Sicht keinen Sinn. Der Schliessung der Bibliothek liegt das Massnahmenpaket des Stadtrates zugrunde, mit dem 200'000 Franken hätten gespart werden sollen. Das wäre eigentlich eine Sparübung gewesen. Durch die Überweisung der Volksmotion hat man gedacht, jetzt ist halt der Sparbeitrag einfach gestrichen. Aber nein, man evaluiert noch einmal, was immerhin auch wieder Lohnkosten verursacht. Man betreibt einen administrativen Aufwand. Der Sprechende geht davon aus, der Stadtrat spreche sich nicht klar für den aktuellen Standort aus, weil er sehr grosses Interesse daran hat, die Bibliothek wieder ins ehemalige Gemeindehaus zu zügeln. Das war seinerzeit mit erheblichen Kosten, mit Investitionen verbunden – eigentlich das Gegenteil einer ursprünglichen Sparmassnahme. Man plant jetzt, noch mehr Geld auszugeben, als man in den letzten Jahren bezahlt hat. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es keinen Sinn macht, die Quartierarbeit in die Bibliothek zu integrieren. Quartierarbeit hat keinen direkten Bezug zur Bibliothek Ruopigen. Bei der überwiesenen Volksmotion hat die Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht, dass sie will, dass die Bibliothek weiterhin dort bleibt. Es stimmt, es ist nicht explizit auf diesen Standort hingewiesen worden. Aber es heisst immerhin: Der Stadtrat wird aufgefordert, die Sparmassnahme der Bibliothek Ruopigen aus dem Sparpaket zu nehmen und den Betrieb nahtlos weiterzuführen. Von den 1'500 Unterzeichnern hat jeder gedacht, dass die Bibliothek da bleibt, wo sie jetzt ist. Aus diesem Grunde wurde das Postulat eingereicht. Die SVP ist der Meinung, dass sofort Fakten geschaffen werden müssen. Der Mietvertrag muss verlängert werden, damit die Bibliothek mit möglichst wenig zusätzli-

chen Kosten, oder gar keinen zusätzlichen Kosten, den Betrieb im Ruopigencenter weiterführen kann. Die Frage der Quartierarbeit muss – wie ursprünglich geplant – separat davon behandelt werden. Es hätte zum Beispiel Platz im ehemaligen Gemeindehaus, wo die Raiffeisenbank ausgezogen ist. Dieses Lokal würde sich von der Grösse und vom Standort her anbieten. Das wäre sicher prüfenswert, aber sollte keinen Zusammenhang haben mit der Bibliothek. Aus diesem Grunde bittet der Sprechende das Parlament, das Postulat zu überweisen. Den Willen der dort Wohnenden zu respektieren, dass die Bibliothek da bleibt, wo sie ist. Es darf nicht der gleiche Fehler passieren, wie es in Littau vor einigen Jahren auch schon der Fall war. Man wartet, bis ein neuer Mieter gefunden ist und dann muss irgendwie ins Gemeindehaus gezügelt werden. Darunter leidet die Qualität, und vor allem die Kunden, weil es mit Sicherheit weniger Leute hat, welche dort in die Bibliothek gehen würden. Deshalb bittet der Sprechende, das Postulat zu unterstützen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Wird somit an der vollständigen Überweisung festgehalten?
Peter With: Ja.

Stefanie Wyss: Das Parlament hat der Weiterführung der Bibliothek Ruopigen zugestimmt. In der Diskussion haben die Volksmotionärinnen und Volksmotionäre immer wieder Offenheit gegenüber einer anderen Lösung, als die bestehende im Ruopigencenter gezeigt. Die Sprechende erinnert daran, dass gefordert wurde, die Bibliothek zusammen mit dem Quartierbüro zu betreiben. Weitere Ideen, welche aus Sicht der G/JG-Fraktion absolut prüfenswert sind, sind beispielsweise die Integration der Bibliothek in eine Schulhausbibliothek der Volksschule oder der Kantonsschule. In der Diskussion um den Erhalt der Bibliothek Ruopigen hat sich die G/JG-Fraktion immer wieder dafür ausgesprochen, dass sie für neue Standorte offen ist und eine Synergie mit dem Quartierbüro sehr sinnvoll ist. Deshalb ist es sehr gut, dass eine breit abgestützte Projektgruppe eingesetzt wird, um einen optimalen Standort für einen Quartiertreffpunkt und die Bibliothek zu finden. Es wäre schade, dem Stadtrat zu verbieten, nach einer besseren Lösung zu suchen. Das vor allem aus zwei Gründen: Der Stadtrat ist verpflichtet, bei einer Standortsuche auch Umzugskosten oder Mietkosten an einem neuen Standort zu prüfen. So kann es durchaus sein, dass der Stadtrat in seiner Prüfung so weit kommt und feststellt, dass der aktuelle Standort am idealsten ist. Zweitens wäre es wünschenswert, wenn sich eine Synergie mit dem Quartierbüro oder Quartiertreffpunkt ergeben würde. Entgegen dem Votum von Peter With von der SVP, gibt es hier nämlich noch keine Evaluation. Es liegt eine Befürchtung in der Luft, dass der Stadtrat die Bibliothek absichtlich an einen unattraktiven Ort verweisen wolle, nur um dann vielleicht in einem Jahr die Bibliothek wieder zu schliessen, weil sie dort zu wenig Besucherinnen und Besucher hat. Das ist absurd. Die Sprechende glaubt, man sollte dem Stadtrat mehr Vertrauen schenken, denn der Auftrag ist klar: Die Bibliothek Ruopigen muss bestehen bleiben.

Die G/JG-Fraktion ist für die teilweise Entgegennahme des Postulats.

Myriam Barsuglia: Die Bibliothek Ruopigen ist und bleibt ein zentrales und emotionales Thema für den Stadtteil Littau. Das haben die bisherigen Vorstösse und Diskussionen hier im Parlament gezeigt, die letztendlich darin gemündet haben, dass der Erhalt der Bibliothek, entgegen dem Sparpaket, beschlossen worden ist. Auch die Fraktion der Grünliberalen hat sich für einen Erhalt der Bibliothek ausgesprochen, jedoch immer unter dem Vorbehalt, dass wo immer möglich, Synergien gesucht und genutzt werden, um den Finanzhaushalt letztendlich zu entlasten.

Die GLP-Fraktion begrüsst darum das entsprechende, ergebnisoffene und relativ breit abgestützte Vorgehen des Stadtrates, das bereits eingeleitet worden ist und wartet gespannt auf die Erkenntnisse aus den verschiedenen Abklärungen. Darum ist es zum heutigen Zeitpunkt unangemessen, auf dem bisherigen Standort im Ruopigen zu beharren und sich mögliche Chancen für Synergien jetzt schon zu vergeben. Immerhin ist der Kontakt zum Vermieter der bisherigen Räumlichkeiten hergestellt und diese Option bleibt zumindest vorderhand weiterhin offen.

Die GLP-Fraktion unterstützt darum den Stadtrat in seiner Entscheidung und spricht sich ebenfalls für eine teilweise Entgegennahme aus.

Luzia Mumenthaler-Stofer: Die SP/JUSO-Fraktion hält auch am Postulat fest. Sie ist der Meinung – und das sind auch die Volksmotionäre –, dass die Bibliothek dort bleiben muss, wo sie jetzt ist. Eine Verschiebung, zum Beispiel in die Kantonsschule oder in das Schulhaus Ruopigen, sieht man überhaupt nicht. Peter With hat es auch schon ausgeführt, die Bibliothek wurde auch schon gezügelt und das Experiment hat überhaupt nicht funktioniert. Wenn sie so gezügelt würde, wäre sie zum Sterben verurteilt. Der heutige Standort ist der Beste. Wenn schon gezügelt, oder ein anderer Standort geprüft werden müsste, müsste man wirklich sehr gut prüfen. Alle Vor- und Nachteile beider Orte, und auch die finanziellen Auswirkungen müssten in der GPK ganz klar dargelegt werden. Mit dem Informationsfluss, der bis jetzt nicht so gut war, hat sich der Stadtrat nicht mit Lorbeeren schmücken können. Dieser sollte etwas besser und offener betrieben werden.

Die SP/JUSO hält am Postulat fest, weil es der idealste Standort ist. Die Sprechende dankt dem Parlament für die Unterstützung.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion konnte sich von der Wichtigkeit der Bibliothek Ruopigen überzeugen. Das aktuelle Postulat fordert jedoch ein Denkverbot. Ein Denkverbot: Ja kein anderer Standort, keine neue Möglichkeit suchen, nicht überlegen, ob sich vielleicht die Rahmenbedingungen verändert haben. Ob es eventuell neue Synergien gibt, die es zu nutzen gilt. Für das steht die FDP ein, sie steht für einen offenen Zugang zu diesem Problem. Deshalb ist die FDP-Fraktion für eine teilweise Überweisung des Postulats.

Albert Schwarzenbach: An der letzten Sitzung hat der Rat zwei Sachen beschlossen. Erstens, die Bibliothek soll bleiben. Zweitens wurde ein Postulat überwiesen, in dem verlangt wurde, dass die Bibliothek zusammen mit einem Quartierbüro weiterentwickelt werden soll. Jetzt, einige Wochen später, wird wieder über das gleiche Thema geredet. Schon damals hat man

dem Stadtrat gesagt, er solle Varianten entwickeln, dass man sie zusammen auslegt und dann entscheidet, welches die beste Lösung ist. Aus der Antwort des Stadtrates geht hervor, dass mit dem Vermieter Gespräche geführt wurden, also ist man daran. Der CVP ist wichtig, dass es eine Lösung für die Zukunft ist. Eine Lösung für die Zukunft heisst nicht einfach, dass man das, was immer war, festschreibt. Sondern dass man nach Lösungen sucht, die auch morgen noch halten. Die CVP hat zwei Sachen festgestellt. Es gibt überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche, welche die Bibliothek besuchen. Zum zweiten ist Reussbühl ein kinderreicher Stadtteil mit einem grossen Bedürfnis nach einem Quartiertreffpunkt. Wenn das zusammengelegt wird, ist das eine Chance für etwas Neues, das auch in den nächsten Jahren weiterbestehen kann. Die Bibliotheken sind im Umbruch und werden sich immer wieder weiter entwickeln. Deshalb ist es gut, das ganze etwas breiter zu betrachten. Für die CVP-Fraktion ist wichtig, dass man die beiden Varianten entwickelt. Dann kann man die Varianten, auch das finanzielle, vergleichen und dann die beste Variante ausschaffen.

Die CVP ist einverstanden, wenn das dringliche Postulat teilweise entgegengenommen wird und dass der Stadtrat die Chance bekommt. Der Stadtrat soll jetzt arbeiten. Viel passieren kann ja nicht, denn er muss die Ergebnisse dem Parlament vorlegen. Er ist auf dem Prüfstand, und die kritischen Voten hat er ja auch gehört.

Marcel Lingg: Nun hat man folgende Ausgangslage: Zwei Fraktionen sind für die Überweisung des Postulats, einige Fraktionen für eine teilweise Überweisung. Der Sprechende hält formell fest, es gibt die groteske Situation, dass gemäss Geschäftsreglement eine teilweise Überweisung aktuell gar nicht möglich ist, weil die Postulanten am Postulat festhalten. Man könnte jetzt etwas jonglieren und einen kleinen Schritt zurück machen und sich nachträglich auch für eine teilweise Überweisung aussprechen beziehungsweise nicht mehr am Postulat festhalten. Mit der Möglichkeit, einen Teilsieg zu erringen. Das wird aber nicht gemacht, weil es für die SVP kein Teilsieg ist. Die SVP-Fraktion hält ganz klar an der Forderung des Postulats fest und fordert unmissverständlich, dass der Stadtrat jetzt alle möglichen Prüfungen und Abklärungen macht, dass man am bestehenden Ort bleiben kann. Eine teilweise Überweisung, das ging auch aus den Voten hervor, ist, dass der Stadtrat zwar die Abklärungen machen kann, aber gleichzeitig auch einen zweiten Weg prüfen soll. Das will die SVP nicht und bleibt deshalb bei der vollständigen Überweisung, so wie es schon die Volksmotion forderte.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Marcel Lingg hat formell sicher Recht, er erinnert an Alt-Grossstadtrat Jules Schmid. Der wäre auch so aufgestanden und hätte sich so geäussert. Der Stadtrat war nur für eine teilweise Übernahme, wie sie heute in dieser Argumentation grossmehrheitlich gefallen ist. Stefanie Wyss hat es auf den Punkt gebracht. Dem Stadtrat wird unterstellt, einen ungeeigneten Ort zu suchen, um sie in einem Jahr zu schliessen. Das ist nicht so, der Stadtrat will sich Optionen offenhalten. Optionen, welche vielleicht am Schluss noch günstiger sind. Die Sprechende ist überrascht von Peter With, der die Bibliothek da will, die Quartierarbeit an einem anderen Ort. So verstanden werden die Ausgaben schon wieder in die Höhe getrieben. Das Wort ergebnisoffen ist zwar eine moderne Politwortschöpfung, trifft aber hier den Nagel auf den Kopf. Die Sprechende bittet, dem Stadtrat die Freiheit zu geben,

dass er denken darf. Der Stadtrat arbeitet nicht nur, der Stadtrat denkt auch. Die Verwaltung ist nun daran, verschiedene Varianten anzuschauen. Vielleicht bleibt der jetzige Standort bestehen, aber trotzdem möchte sich der Stadtrat kein Denkverbot auferlegen lassen. In den letzten Jahren haben sich viele Rahmenbedingungen schon wieder verändert. Wenn es nun heisst, dass es damals auch nicht geklappt hat, muss man wissen, dass damals die Bibliothek im ersten Stock des Gemeindehauses war. Jetzt wäre sie im Erdgeschoss geplant – fünfzig Schritte vom bisherigen Standort entfernt. Wenn man eine ökonomische Lösung sucht, ohne mehr Geld auszugeben, wird die Bibliothek mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit am bisherigen Standort bleiben. Das schmerzt wohl nicht besonders, vielmehr wie das Geld im nächsten Budget eingespart werden kann. Diese heisse Kartoffel hat das Parlament nun dem Stadtrat zurückgeschoben.

Peter With ist erstaunt, welche Worte ihm in den Mund gelegt werden. Weder er noch Marcel Lingg haben von einer Abschaffung geredet. Nur von Stefanie Wyss und jetzt von der Frau Stadträtin wurde erwähnt, man zügle nur, damit die Bibliothek nachher abgeschafft würde. Das ist dem Sprechenden neu. Ebenfalls neu ist ihm, dass die Postulanten gesagt haben, dass man mit der Quartierarbeit unbedingt Mehrausgaben suchen soll. Vielmehr wurde gesagt, die Bibliothek solle dort bleiben. Mit der Quartierarbeit und der Bibliothek sehe man keinen direkten Zusammenhang. Wenn es am bestehenden Standort eine Möglichkeit gibt, um Geld zu sparen, wäre das auch gut. Wenn aber dadurch die Qualität der Bibliothek nicht massiv beeinträchtigt würde. Man sagt, die Bibliothek sei früher im ersten Stock gewesen. Im ehemaligen Gemeindehaus hat es noch sechs andere Stockwerke, welche alternativ auch noch geprüft werden können. Der Sprechende weiss nicht, ob es jetzt wirklich Sinn macht und es nur daran gelegen ist. Man darf nicht vergessen, damals, als die Bibliothek im ersten Stock war, war das der Verwaltungsstandort. Da war ein rechter Betrieb. Es gab viele Leute, die da hingingen, das ist heute nicht mehr der Fall. Das müsste dann bei dieser Evaluation auch in Betracht gezogen werden. Was die Evaluation und die Gegenüberstellung betrifft, mit dem furchtbaren Denkverbot, das dem Stadtrat auferlegt werde, ist gar nicht so. Fakt ist, es wurde einfach ein Vertrag gekündigt und der läuft einmal ab. Wenn irgendein neuer Mieter kommt, hat der Vermieter ein gewisses Recht, dass er Mieteinnahmen generieren kann. Dann gibt es keine grosse Gegenüberstellung mehr, dann gibt es dann nur noch die eine Lösung, die übrigbleibt. Deshalb hat der Sprechende eingangs gesagt, man soll nicht alles immer verschieben bis zum letzten Tag. 1'500 Unterschriften bei der Volksmotion sprechen eine deutliche Sprache, es würde Geld gespart und mit dem Quartierbüro kann trotzdem eine Lösung gefunden werden.

Stadtpräsident Stefan Roth: Nur ganz kurz ein staatspolitischer Hinweis auf kommunaler Ebene. Vor vier Wochen hat der Rat einen ähnlich lautenden Vorstoss behandelt zum gleichen Thema. Der Sprechende hat damals dreimal gefragt, wer nicht sieht, dass der Stadtrat sowohl den jetzigen Standort wie auch den im Erdgeschoss der ehemaligen Gemeindeverwaltung prüft. Eine grosse Mehrheit hat das so gesehen. Vier Wochen später kommt zum gleichen Thema wieder ein Vorstoss.

Es ist vielleicht auch wichtig, dass wir wieder lernen, eine gewisse Verlässlichkeit an den Tag zu legen. Nicht dass die Verwaltung drei Wochen arbeitet, nach vier Wochen abgeläutet wird, um wieder neue Stossrichtungen auszuarbeiten. Der Sprechende bittet das Parlament, das Postulat in diesem Sinne abzulehnen.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Wie Marcel Lingg sagte, halten die Postulanten an der vollständigen Überweisung fest. Deshalb kann nur über eine vollständige Überweisung abgestimmt werden.

Der Rat lehnt das Postulat ab.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Nun folgt das vorgezogene Traktandum 9.

**9. Interpellation 35, Pirmin Müller namens der SVP-Fraktion
vom 22. Januar 2013:
Geplante Sexualaufklärung in der Schweiz – eine Option auch für
die Stadt Luzern?**

Ratspräsidentin Theres Vinatzer fragt den Interpellanten, ob er Diskussion wünscht, oder ob er eine kurze Erklärung abgeben will.

Der Rat gibt der Diskussion statt.

Pirmin Müller geht davon aus, dass der Stadtrat seine Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet hat. Der Sprechende kann aber nicht verhehlen, dass er von den Antworten sehr enttäuscht ist. Denn er ist davon ausgegangen, dass er fundierte Antworten bekommt und neue Erkenntnisse gewinnt. Dem ist eindeutig nicht so. Er hat vielmehr den Eindruck, keine inhaltlich fundierten Antworten erhalten zu haben, sondern Kommentare von nicht sachdienlicher Natur und oberflächliche Plattitüden.

Darum sieht sich Pirmin Müller genötigt, selber zum Inhalt Stellung zu nehmen, mit Beschränkung auf die wichtigsten Punkte:

1. Das Grundlagenpapier Sexualpädagogik und Schule von der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) ist in weiten Teilen identisch mit den „Standards für die Sexualaufklärung in Europa“, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO für die flächendeckende Einführung in Europa herausgegeben wurde. Der Sprechende ist zumindest dankbar, dass im Grundlagenpapier einige kleine Abweichungen bezüglich der Terminologie gegenüber den

WHO-Standards zu erkennen sind. Denn dort ist festgehalten (Zitat): „Ein Kind wird von Geburt an als sexuelles Wesen gesehen...“ Zumindest das bleibt uns erspart.

2. Zu Frage fünf: „Ist nach Meinung des Stadtrates das Vermitteln von Onanie für Vierjährige oder Doktorspiele für Fünfjährige geeigneter und altersgerechter Aufklärungsunterricht“, wird vom Stadtrat lapidar entgegnet, es handle sich dabei um ein Missverständnis des Interpellanten in der Interpretation des Grundlagenpapiers.

Der Kanton Basel-Stadt hat bereits im Januar 2011 einen Leitfaden „Sexualpädagogik in der Schule“ verfasst, der sich auf das „Grundlagenpapier Sexualpädagogik und Schule“ stützt. Wie dies dann umgesetzt wurde, ist bezeichnend. Denn die sogenannte Basler Kindergarten-„Sexbox“ mit Genitalien aus Plüsch und die mitgelieferten Bilder stiessen bei Eltern wie auch Lehrern auf Protest. Man kann nun sagen, dass die empörten Eltern und Lehrer überreagieren. Zumindest meint der Sprechende, eine solche Haltung sei auch aus den Antworten des Stadtrates herauszulesen. Interessant ist aber, dass ein Komitee gegen diese Sexualpädagogik Bilder aus dem Kindergarten-Sexkoffer für ein Flugblatt verwendete. Wissen Sie, was dann passiert ist? Die Schweizerische Post hat die Verteilung dieser Flugblätter verweigert. Dies mit der Begründung, dass die Bilder pornografisch und anstössig seien. Die Post wollte also den Bürgern Bilder nicht zumuten, welche den Kindergartenkindern zugemutet werden sollten. Nicht nur die Materialien, auch für den Unterricht ist Bedenkliches geplant: Die Kindergärtner sollen „erkennen, dass Berührungen an Körperstellen lustvoll sein können“, erklärt Daniel Schneider, Konrektor Kindergärten, der unter anderen den Leitfaden ausgearbeitet hat. In der Praxis kann das dann so aussehen: Die Kinder massieren einander gegenseitig – oder berühren sich mit warmen Sandsäcken. Dazu läuft leise Musik. Schneider glaubt, dass „Kinder dabei unterstützt werden sollen, ihre Sexualität lustvoll zu entwickeln und zu erleben“. Hier redet man doch noch von Kindergartenkindern. Aber auch das „Döckerle“ wird quasi offiziell. „Dass Kinder in diesem Alter Lust empfinden, ist normal. Das darf man nicht abklemmen, sonst kann sich das negativ auf die Entwicklung auswirken“, so Schneider – ebenfalls ein ehemaliger Kindergärtner.

Sie sehen, ein kritisches Hinterfragen der Umsetzung der Sexualaufklärung und die Prüfung der Fakten sind sehr wichtig. Dem Sprechenden ist bewusst, dass die Sommerferien bevorstehen. Er wäre aber sehr dankbar gewesen, wenn sich der Stadtrat mit der Beantwortung seiner Fragen etwas mehr Zeit genommen hätte und sich nicht vorzeitig in die Ferien abgemeldet hätte.

3. Dieser Unterricht wird ja als obligate und angebrachte Bildung verkauft. Und genau darauf sind die Fragen abgezielt, ob die Teilnahme an diesem Unterricht verweigert werden kann, oder ob die Kinder davon dispensiert werden können. Oder ob man allenfalls freiwilligen Sexualkundeunterricht anbieten könnte. Alle drei Fragen wurden vom Stadtrat mit den Kommentaren „kann sanktioniert werden“, „Dispensationsmöglichkeit ist nicht vorgesehen“ und „Sexualerziehung darf nicht freiwillig sein“ abgeschmettert. Hand aufs Herz: Wer kann es Eltern übel nehmen, dass sie ihre Kindergartenkinder schützen und von dieser Art von Unterricht fernhalten wollen?

Das „Grundlagenpapier Sexualpädagogik und Schule“ kann man als umfassend und wissenschaftlich begründet ansehen. Schliesslich arbeiteten auch sogenannte Fachleute lange genug daran. Pirmin Müller wünscht sich vom Stadtrat aber keine blinde Obrigkeitsgläubigkeit, sondern, dass er das Wohl der Kinder ins Zentrum stellt. Genau das fehlte in den Antworten. Eine kritische Haltung ist sehr angebracht. Nicht zuletzt wegen der inhaltlichen Kritik wurde schliesslich das „Kompetenzzentrum Sexualpädagogik und Schule“ aufgelöst.

Der Sprechende sieht die Antworten aber auch als Ansporn, sich diesem Thema weiterhin zu widmen. Offensichtlich ist noch Handlungs- oder zumindest Aufklärungsbedarf vorhanden.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion glaubt, dass sich Pirmin Müller zu grosse Sorgen zum Thema Sexuaufklärung macht. Wie der Stadtrat erwähnt, handelt es sich beim zitierten Papier um ein Grundlagenpapier, welches unter anderem als Basis für die Harmonisierung innerhalb des Lehrplans 21 dienen soll.

Die CVP teilt die Auffassung des Stadtrates, dass die Sexualerziehung eine gemeinsame Aufgabe von Eltern und Schule ist. Eltern nehmen als erste Sozialisationsinstanz eine wichtige Rolle in der Sexualerziehung ihrer Kinder ein. Gleichzeitig hat die Schule als zweite Sozialisationsinstanz einen Auftrag zur Sexualerziehung. Gerade heute, in Zeiten des Internets, wo die Kinder schon früh mit Pornografie konfrontiert sind, haben die Schulen in diesem Zusammenhang einen immer wichtigeren Auftrag. Und es gilt auch zu bedenken, dass es Eltern gibt, welche ihre Kinder gar nicht aufklären. Da ist die Aufgabe der Schule noch viel wichtiger. Und darum glaubt die CVP auch nicht, dass man Kinder vom Sexualkundeunterricht dispensieren kann. Sexualerziehung ist eine schwierige Aufgabe, der Entwicklungsstand der Kinder ist unterschiedlich. Die Kinder kommen aus Familien mit verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen. Darauf muss auch die Schule Rücksicht nehmen. Das macht die Aufgabe anspruchsvoll. Dass der Unterricht dem Alter der Kinder angepasst werden soll, ist die CVP mit Pirmin Müller einig.

Damit die Eltern den Sinn schulischer Sexualerziehung anerkennen können, ist es wichtig, sie über Unterrichtsziele, Inhalte und Vorgehensweisen zu informieren. Gerade im Kindergarten oder in den ersten Schuljahren ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern besonders wichtig. Auch Eltern sind teilweise froh um Rat und Unterstützung, wenn Kinder entsprechende Fragen stellen. Alle diese Punkte sind im Grundlagenpapier gut dargestellt. Die CVP ist wie der Stadtrat der Meinung, dass man auf dem richtigen Weg ist und man sich keine Sorgen machen muss um den Sexualkundeunterricht in der Stadt Luzern.

Noëlle Bucher: Die G/JG-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation 35 gut, möchte aber trotzdem noch auf ein paar Aspekte eingehen: Die SVP hat die Initiative „Ja zum Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und in der Schule“ lanciert. Aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen schützt man die Kinder so aber keinesfalls – im Gegenteil. Kinder können sich selber nur schützen und Nein sagen, wenn sie – wie in der Antwort des Stadtrates festgehalten – über Kenntnisse verfügen, die ihnen erlauben, ein kritisches Urteilsvermögen zu entwickeln und wissen, was recht und was unrecht ist. Und nur über den Sexualunterricht an der Volksschule kann garantiert werden, dass allen Kindern diese Kenntnisse vermittelt

werden. Das Argument, dass die Sexualerziehung von den Eltern übernommen werden kann, überzeugt ebenfalls nicht, wie die CVP-Sprecherin auch erwähnt hat. Viele Eltern – und zwar nicht nur aus Familien mit Migrationshintergrund – sind nämlich im Gegensatz zu den Lehrpersonen nicht in der Lage, ihre Kinder adäquat aufzuklären und ihnen die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln. So wurde zum Beispiel auch der bekannte Anian Liebrand in der Schule aufgeklärt. Wenn die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen einen Vorstoss zu diesem Thema eingereicht hätte, hätte der Titel gelautet: „Geplante Sexualaufklärung in der Schweiz – ein Muss auch für die Stadt Luzern.“ Wer weiss, die Sprechende wäre jetzt vielleicht nicht schwanger, wenn sie in der Schule aufgeklärt worden wäre.

Schliesslich möchte die Sprechende noch kurz auf die Möglichkeit der Dispensation vom Unterricht eingehen. Es verwundert, dass diese Frage von der SVP kommt, der Partei, die in Bezug auf Dispensationen – zum Beispiel von muslimischen Mädchen beim Turn- oder Schwimmunterricht – normalerweise eine ganz klar ablehnende Haltung hat.

Sandra Felder-Estermann: Besten Dank dem Stadtrat für seine Antworten zur Sexualaufklärung. Zum Glück geht unsere Schule mit der Zeit und erneuert ihre Unterrichtsmittel regelmässig. Mirjam Fries hat es schon gesagt, heute geht vieles, das früher nicht gleich abgelautet ist. Es gibt nun ein Grundlagenpapier, welches die Sexualaufklärung in den Schweizer Schulen harmonisieren soll. Zum Glück ist die Sexualaufklärung heute meist nicht mehr ein Tabuthema. Wenn aber Eltern ihre Kinder aus dem Schulunterricht nehmen wollen, damit sie keine Sexualaufklärung in der Schule haben dürfen, dann würden mir, wäre ich Lehrperson, die Alarmglocken klingeln. Zwar sagt man, Nichtwissen schützt vor Strafe nicht – aber in diesem Fall schützt Wissen ganz klar vor sexuellen Übergriffen. Und jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel und dies wollen doch alle möglichst vermieden.

Die Sprechende muss zu Frage 4 den Stadtrat jedoch etwas berichtigen: Auch einzelne Lehrpersonen sind ein kleiner Teil der Lehrerschaft, und unzufriedene „Einzelpersonen“ gibt es bei jeder, noch so kleinen Reform.

Die Sprechende jedoch hat ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Oft sind die kleinsten Kinder schamlos neugierig. Mit der Altersangabe von 4 Jahren in der Tabelle auf Seite 35 liegt man da ziemlich richtig. Dann kommen nämlich von den Kleinen ganz lustige und heikle Fragen. Inzwischen sind die Kinder der Sprechenden zwar etwas älter. So alt, dass die älteste Tochter findet, es sei ein peinliches Thema. Der jüngere Bruder meint, er wisse bereits alles und die kleinste Schwester fragt einfach alles – und das zum Nutzen ihrer Geschwister. Denn diese hören ganz gespannt und interessiert zu, was sie als Eltern beantworten müssen und auch beantworten.

Es ist ein grosser Vorteil, wenn mehrere Kinder sich gegenseitig helfen, sich aufzuklären. Und das in Begleitung Erwachsener. Solch verschiedene Charaktere hat es auch in der Schule. Das ist spannend und hilft der Sache ganz enorm. Offene Fragen sollen und dürfen von den Lehrpersonen auch richtig beantwortet werden und ein zeitgemässes Lehrmittel ist sicher hilfreich. Denn leider gibt es immer noch Eltern, dort spricht weder der Mann noch die Frau über die Sexualität.

Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung: Wissen ist Prävention, die ist sehr wichtig und richtig.

Melanie Setz Isenegger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die konkrete Beantwortung der Interpellation 35. Das Thema Sexualaufklärung in der Schule und die dazugehörigen Lehrmittel haben vor allem auch in den Medien eine hohe Aufmerksamkeit erregt. Die Aufregung dürfte vielleicht in dem noch immer verklemmten Umgang mit Sexualität ihren Ursprung haben. Doch, wie schon vermehrt gehört, die Aufklärung in den Schulen beinhaltet nicht, wie die SVP befürchtet, gemeinsame sexuelle Erfahrungen zu sammeln, sondern vielmehr ein Beobachten und ein Heranführen der Kinder an das Thema. Sie müssen nicht vor dem Sexualunterricht, sondern vor Nichtwissen geschützt werden. Die SP/JUSO-Fraktion erachtet es als wichtig, Kinder dem Alter entsprechend mit ihrer eigenen sexuellen Identität zu konfrontieren. Dadurch lernen sie, was ihre Gefühle bedeuten, diese richtig einzuordnen und das Wichtigste: Auch Nein zu sagen, wenn ihnen etwas nicht behagt. Selbstverständlich ist das Elternhaus von diesem Thema nicht auszunehmen. Doch wie in der Antwort erwähnt, soll die Schule den „Kindern Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, ihre Lebenssituation zu gestalten und ein kritisches Urteilsvermögen zu entwickeln“. Gerade auch in Bezug auf sexuellen Missbrauch sind diese Eigenschaften zu fördern. Nicht zu vergessen: Die meisten Übergriffe finden bekanntlich in der Familie statt. Ob eine objektive und wertefreie Sexualaufklärung gerade in eher konservativen Elternhäusern genügend gewürdigt wird, wagt die Sprechende persönlich zu bezweifeln. Sie ist froh, wenn Kinder in der Schule nicht nur mit Zahlen und Buchstaben umzugehen lernen, sondern auch mit ihren Bedürfnissen, Empfindungen und Unsicherheiten. Selbstverständlich müssen Lehrpersonen wie bis anhin für das Thema geschult und unterstützt werden. Es ist ihnen aber zuzumuten, auch diesen scheinbar heissen Stoff mit der nötigen Sorgfalt und Umsicht zu unterrichten.

Myriam Barsuglia: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese klare und kompetente Antwort, die vor allem auch aufzeigt, dass es sich bei der vorliegenden Interpellation um ein ziemliches Missverständnis der Sachlage handelt, die zudem weitgehend in der Zuständigkeit des Kantons und nicht der Stadt liegt. Das erwähnte Grundlagenpapier des BAG ist und bleibt ein Grundlagenpapier, das rein deskriptiver Art ist und nicht etwa normativer Art, wie das der Interpellant falsch interpretiert.

Zu der Antwort des Stadtrates gibt es aus Sicht der GLP eigentlich nichts Wesentliches mehr hinzuzufügen, ausser ein paar Punkten, die im Zusammenhang mit der angesprochenen Thematik wichtig erscheinen. Entgegen der Haltung des Interpellanten, erachtet die GLP eine frühe und in den Unterricht integrierte Sexualaufklärung für richtig und wichtig. Vor allem auch, um Kinder und Jugendliche vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Eine schweizweite Harmonisierung der Sexualaufklärung und eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern ist sehr zu begrüßen. Damit kann sowohl eine einheitliche als auch bedürfnisgerechte Umsetzung erreicht werden.

Der eingeschlagene Weg auf kantonaler und städtischer Ebene stimmt daher auch aus Sicht der GLP-Fraktion.

Pirmin Müller möchte zum Schluss einige kleine Richtigstellungen anbringen: Die erwähnte Initiative „Schutz vor Sexualisierung“ ist keine SVP-Initiative. Der Sprechende will hier auch nicht irgendwelche SVP-Initiativen verteidigen. Diese wurde überparteilich lanciert, bei weitem nicht nur von Leuten der SVP. Wenn man den Inhalt anschaut, wenn das Hauptanliegen Prävention von sexuellen Übergriffen ist, dann zielt das Grundlagenpapier absolut über das Ziel hinaus. Wie der Bericht der Stadt Basel, die eine Vorreiterrolle einnimmt, aufzeigt, ist es höchst bedenklich, wenn Kindergärtner erkennen sollen, dass Berührungen an Körperstellen lustvoll sein können. Und wenn auch das „Döckerle“ offiziell umgesetzt wird, geht das eindeutig zu weit und hat mit einer Präventionsarbeit nichts zu tun. Vorher wurde schon richtig gesagt, dass die Bildung zwar in der Kompetenz des Kantons ist, nicht der Stadt. Aber auch dort muss man sehen, dass das Grundlagenpapier im Auftrag des Bundes erstellt wurde, konkret vom Bundesamt für Gesundheit. Da kann man sich fragen, haben hier nicht der Bund oder das BAG ihre Kompetenz massiv überschritten?

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: In einem Punkt hat Pirmin Müller wahrscheinlich Recht. Die Fragen wurden teilweise knapp beantwortet. Der Stadtrat hat sich mehr auf den einleitenden Text konzentriert, der eigentlich alles schon umfasst. Die Sprechende nimmt das so zur Kenntnis. Es hat aber mit den Ferien nichts zu tun. Das Kernwort ist, wie Melanie Setz Isenegger sagte, die Prävention. Es geht darum, die Kinder zu schützen. Das Wissen ist die Basis und der Kern der Prävention. Dass es in der Schule sehr wichtig ist, auch Sexualaufklärung zu vermitteln, hängt auch damit, weil Sexualität etwas sehr intimes und privates ist. Sie ist – und das ist auch gut so – auch mit Scham verbunden. Es ist auch für Eltern nicht immer einfach, gewisse Themen anzugehen. Zum Beispiel ist es für Eltern sehr schwierig, ihre Kinder über Onanie aufzuklären. Die Sprechende wäre froh gewesen, wenn sie im Alter von sechs oder sieben Jahren schon gewusst hätte, was das ist.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Interpellation 35 ist somit beantwortet.

7. Bericht 8/2013 vom 30. April 2013: Umsetzung der Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Geschäft wurde in der Baukommission behandelt. Eintreten und Detail werden getrennt abgewickelt.

EINTRETEN

Kommissionspräsident Daniel Wettstein: Mit dem Bericht hat der Stadtrat die Baukommission und den Rat über das weitere Vorgehen und den Terminplan orientiert. Vor allem der Terminplan führte zu Diskussionen. Ein Rückweisungsantrag zur Überarbeitung wurde mit 6:3 Stimmen abgelehnt.

In der Diskussion ging es dann in der Folge vor allem um den Fahrplan, dessen Notwendigkeit. Es gab auch Bedenken über die Zielerreichung. Die Verantwortlichen der Baudirektion lieferten einige zusätzliche Hinweise über den nicht ganz einfachen Ablauf und orientierten über die Problemstellungen in diesem Prozess. Schliesslich obsiegte die „zustimmende Kenntnisnahme“ mit 5:3 Stimmen.

Rieska Dommann: Es geht um ein Grundstück mit 8'700 Quadratmetern Fläche, es geht um vier oder fünf neue Gebäude mit 70 Wohnungen und ein paar Quadratmeter Büro- oder Gewerbeflächen, es geht um ein Investitionsvolumen von rund 85 Mio. Franken.

Die Dimensionen dieses Projekts an der Industriestrasse sind nicht wirklich beeindruckend. Zum Vergleich: Das Projekt Himmelrich III der ABL sieht auf einer Grundstückfläche von 14'500 Quadratmetern den Bau von 250 Wohnungen plus Büro- und Gewerbeflächen vor und das Investitionsvolumen beträgt rund 150 Mio. Franken. Projekte in der Grössenordnung wie die Industriestrasse werden sogar in der kleinräumigen Zentralschweiz, ja selbst in der Stadt Luzern, regelmässig realisiert und sind eigentlich nichts Besonderes. In den beiden Hochhäusern auf der Allmend sind 283 Mietwohnungen entstanden! Wenn man allerdings die Diskussionen, zum Beispiel an den Rundtischen mitverfolgt, könnte der Eindruck entstehen, die Stadt Luzern plane, ein neues Quartier zu bauen.

Trotz des eher bescheidenen Umfangs des Projekts hat sich die Stadt zu einem sehr aufwendigen Verfahren entschieden, das – wie sich nun zeigt – sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Rund 18 Monate soll es noch dauern, bis dann endlich klar ist, wer an der Industriestrasse bauen kann, sofern dort überhaupt jemals gebaut wird. Ende 2014 werden wir allerdings dann erst einen Bauträger kennen. Ein Projekt liegt bis dann noch nicht vor. Der Bauträger wird vielmehr wieder einen neuen Wettbewerb unter Architekten ausschreiben müssen, was wohl ein weiteres Jahr in Anspruch nehmen wird. So wird es voraussichtlich bis mindestens Ende 2015 dauern, bis wir wieder an dem Punkt sind, an dem wir bereits einmal waren. Der Prozess wird damit seit der Annahme der Initiative knapp dreieinhalb Jahre gedauert haben. Ob dieser langwierige Prozess am Ende zu einem Ergebnis führt, das die unterschiedlichen Ansprüche der beteiligten Akteure besser befriedigt, bleibt abzuwarten. Die bisherigen Erfahrungen des runden Tisches lassen immerhin noch einige Zweifel offen.

Für die FDP-Fraktion steht fest, dass der gesamte Prozess viel zu lange dauert. Nochmals zur Erinnerung: Es geht um den Bau von vier oder fünf neuen Häusern. Die FDP ist überzeugt, dass die Mitwirkung der involvierten Personen nicht besser wird, wenn sich das Verfahren in die Länge zieht – im Gegenteil. Gerade Freiwillige, aber auch politisch Engagierte, sind an einem raschen, dichten Prozess interessiert.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass ein rascheres Verfahren möglich gewesen wäre. Auch nach den Diskussionen in der Baukommission ist die FDP noch der Ansicht, dass es unverhältnismässig lange dauert, bis Ende 2014 endlich feststeht, mit welchem Partner das Projekt realisiert werden soll. Die FDP-Fraktion hätte erwartet, dass nach der Abstimmung rascher ein neues Projekt vorliegt. Die Aussicht, dass es bis zu einem möglichen Baubeginn noch Jahre dauern wird, kann nur jenen Kreisen gefallen, die sich gegen jegliche Neubauten an der In-

dustriestrasse stellen und somit ihr Eigeninteresse in den Vordergrund stellen. Wer aber auf eine rasche Entwicklung der städtischen Schlüsselareale gehofft hat, muss desillusioniert feststellen, dass dieser Wunsch wohl nicht so rasch in Erfüllung gehen wird. Die Stadt Luzern und damit die Steuerpflichtigen wird das noch teuer zu stehen kommen. Die FDP-Fraktion beantragt, vom Bericht ablehnend Kenntnis zu nehmen.

Urs Zimmermann: Grundsätzlich zeigt dieser Bericht nur das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der Initiative. Mit einem Terminprogramm und der Kostenzusammenstellung wird sehr schön dargestellt, was diese Initiative angerechnet hat:

Erstens entstehen wieder zusätzliche Kosten durch den partizipativen Prozess, die Ausschreibung der Trägerschaft und das Verhandeln des Baurechtsvertrages. Zweitens werden durch den Prozess dringend benötigte Wohnungen und Büroflächen auf unbekannte Zeit verhindert und genau aus diesen Kreisen, die immer nach mehr Wohnungen schreien.

Bei der Volksabstimmung waren wohl die meisten Beweggründe die Abtretung des Landes im Baurecht und die Vergabe an einen gemeinnützigen Bauträger. Das hat wahrscheinlich die Bevölkerung auch genau gewollt. Dass nun durch den ganzen Prozess alles verzögert wird, war sicher nicht das Ziel, ausser man unterstützt Verhinderungspolitik. Die SVP-Fraktion bedauert auf jeden Fall jegliche Verzögerungen rund um das Projekt Industriestrasse. Der Runde Tisch hat einfach zum Vorschein gebracht, dass sehr viele unterschiedliche Vorstellungen und Ansprüche vorhanden sind. Das ist auch kein Wunder, wenn sich die Stadt zu einem Wunschkonzert hinreissen lässt. Weiter kann man zum jetzigen Zeitpunkt auch das Terminprogramm nicht abschliessend bewerten, da die Ergebnisse vom Runden Tisch noch nicht vorliegen. Was passiert, wenn kein Kompromiss gefunden wird? Wie geht es dann weiter? Der Stadtrat muss nun alles daran setzen, dass möglichst schnell ein Projekt auf diesem Grundstück realisiert werden kann und keine weiteren Verzögerungen auftreten.

Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht ein und stellt den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme.

Korintha Bärtsch: Die G/JG-Fraktion wird auf den Bericht eintreten und ihn auch zustimmend zur Kenntnis nehmen. Mit dem jetzt aufgegleisten partizipativen Prozess betritt die Stadt auf dem eigenen Stadtgebiet Neuland. Das ist die Folge der Initiative „Für eine lebendige Industriestrasse“, mit der dem Stadtrat aufgezeigt wurde, dass er nicht einfach über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entscheiden kann. Es ist auch ein Stück weit Eigenverschulden der formellen Politik, dass man jetzt eine Zusatzschleife machen muss. Es ist nicht einfach eine Verhinderung, wie es gesagt wurde. Die Industriestrasse ist eine spezielle Situation und ein spezielles Projekt, mit dem sich verschiedene Leute identifizieren. Jetzt kann man nicht einfach etwas anderes hinstellen. Das muss zur Kenntnis genommen werden und daraus müssen auch Lehren gezogen werden. Das heisst aber nicht, dass es für andere Entwicklungen von Arealen im Stadtbesitz den genau gleichen Weg geben muss. Weil die G/JG-Fraktion auch ein Interesse daran hat, dass das Areal rasch entwickelt wird, hat sie das weitere Vorgehen bis jetzt immer sehr interessiert mitverfolgt. Am Anfang war das Gefühl, es sei ein Vakuum vorhanden. Deshalb wurden im Winter mit einer Interpellation Fragen gestellt. Die Fragen wurden be-

antwortet, der G/JG-Fraktion war trotzdem nicht ganz klar, was geschehen wird. Mittlerweile fand der erste Runde Tisch statt, dieser und auch die Diskussion in der Baukommission, hat dazu beigetragen, dass der Prozess langsam klar wurde. Es ist auch so, dass man sich einen solch informellen und ergebnisoffenen Prozess nicht gewohnt ist.

Die G/JG-Fraktion findet das Prozessdesign für die Industriestrasse richtig, sie ist überzeugt, dass damit eine gute und mehrheitsfähige Lösung gefunden werden kann. Je nach Ausgang des Prozesses wird dieser doch bis 2014 dauern. Er kann aber auch früher fertig sein, man redet hier von einem „worst case“ Szenario. Das sind eineinhalb Jahre, das ist eine längere Zeit. Man hätte das Ergebnis auch gerne früher gehabt, aber der bereits laufende Prozess wird unterstützt, so wie er aufgegleist ist. Denn es braucht wirklich diese Zeit, um die Abklärungen und Verhandlungen machen zu können.

Die G/JG-Fraktion tritt ein und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und zum Mut, sich auf einen partizipativen Prozess einzulassen. Der erste Runde Tisch im Dezember drohte zum Fiasko zu werden. Die gleichen Leute, welche im letzten September an der Urne eine klare Absage bekamen, hätten ein neues Projekt aufgleisen sollen, mit welchem dann plötzlich alle hätte zufrieden sein sollen. Der Bock wäre sozusagen zum Gärtner gemacht worden. Die Anliegen der Initianten, welche immerhin über 60 Prozent der Bevölkerung hinter sich scharten, drohten unterzugehen. Im schlechtesten Fall hätte dies zu einem weiteren Scherbenhaufen geführt. Zur Erinnerung, die Initiantinnen und Initianten haben sich an der Urne gegen fast alle im Rat vorhandenen Fraktionen durchgesetzt.

Der gewählte Weg erscheint somit als der einzig sinnvolle und er entspricht auch einem Ziel der Gesamtplanung, wo es klar heisst, dass grössere, zusammenhängende Entwicklungsgebiete in der Stadt Luzern in kooperativen und partizipativen Planungsverfahren baureif gemacht werden. Der partizipative Prozess ist mittlerweile angelaufen und die Bevölkerung ist gespannt, wie sich die Industriestrasse weiterentwickeln wird. Dass der laufende Prozess jetzt aber mit ablehnender Kenntnisnahme sabotiert werden soll, irritiert die SP/JUSO, und wohl auch die meisten Involvierten. Auch Baugenossenschaften sind an diesem Prozess beteiligt. Die Argumentation, dass eine Neuauflage des Allreal-Projektes politisch keine Chancen hätte, ist schon im Bericht aufgeführt. Hier hat der Stadtrat Recht. Mit dem Kopf durch die Wand kann man die Bevölkerung nicht überzeugen, wie das die SVP will – das gilt auch in anderen Politikbereichen, wie bei den Ladenöffnungszeiten zum Beispiel.

Auch die FDP lehnt den Bericht ab, weil es plötzlich viel schneller gehen soll. Muss es aus sachlichen Gründen plötzlich so viel schneller gehen, oder ist einfach die deutliche Abstimmungsniederlage noch nicht verdaut?

Vor elf Jahren wurde die Industriestrasse für die Firma Bucherer extra umgezont, damit dort ein Technopark hätte entstehen können. Dass dieser dann nicht kommen wird, war schon ziemlich lange klar. Mit der Zwischennutzung von Kultur und innovativem Kleingewerbe konnten aber alle leben. Wenn nicht, und wenn wirklich so eine Dringlichkeit geherrscht hätte, warum hat der ehemalige Baudirektor nicht schon ein halbes Jahr, oder ein Jahr früher die Weiterentwicklung vorangetrieben? Eine schnellere Entwicklung des Areals wäre auch mög-

lich gewesen, wenn der Grosse Stadtrat den zwei im Jahr 2011 eingereichten Motionen der SP/JUSO-Fraktion zugestimmt hätte. Eine verlangte die Abgabe des Areals im Baurecht, die andere die Bevorzugung gemeinnütziger Wohnbauträger. Die Chance wurde nicht gepackt und so musste halt – einmal mehr in der Wohnpolitik – die Bevölkerung korrigierend eingreifen. Das Parlament hätte es also in der Hand gehabt, das Areal zügig und nachhaltig weiterzuentwickeln, die Mehrheit hat es aber nicht gewollt. Rieska Dommann findet die Quadratmeterzahl des Areals nicht so beeindruckend. Das ist so, es ist nicht wahnsinnig gross. Wenn man aber sieht, welche Brachflächen daneben sind, etwa beim ewl. Oder wenn zum Beispiel beim Hallenbad weiterentwickelt werden soll, dann ist es eben schon beeindruckend. Wenn man die Zahl der Kulturpreisträger und der erfolgreichen Kleingewerbler auf engem Raum betrachtet, dann gibt es viele Gründe, beeindruckt zu sein.

Auf den Sprechenden wirkt die ablehnende Haltung wie ein „trotzen“, wenn nach elf Jahren und nach einer verlorenen Abstimmung, nun plötzlich ein halbes Jahr schneller geplant werden soll. Insbesondere, nachdem die Chefin Immobilien der Baukommission klar aufzeigen konnte, dass ein guter Planungsprozess seine Zeit braucht. Ähnlich wurde auch heute Morgen bei der Bahnhofstrasse entschieden, dass es eben eine gewisse Zeit braucht. Statt „Täubelen“ erwartet die SP/JUSO-Fraktion nun eine konstruktive Zusammenarbeit beim partizipativen Prozess. Ein guter Verlierer muss auch nach einer Abstimmung einmal über den eigenen Schatten springen.

Die SP/JUSO Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Reto Derungs: Wenn die Stadt städtische Liegenschaften oder ein städtisches Grundstück entwickelt, muss sie das eigentlich im Sinne des öffentlichen Interesses machen. Mit dem letztjährigen Abstimmungsergebnis hat die Bevölkerung gesagt, dass der bisherige Weg offensichtlich nicht im öffentlichen Interesse war. Jetzt kann man natürlich die Scheuklappen überziehen und auf dem bisherigen Zug weiterfahren. Oder man kann nochmals halt machen, und fragen, was ist eigentlich das öffentliche Interesse? Daher findet die CVP, dass der Stadtrat den richtigen Weg eingeschlagen hat. Er sagt, es gibt eine Denkpause – ein partizipatives Verfahren – und dann wird geschaut, wie das öffentliche Interesse ist. Die Grundstückgrösse spielt eigentlich überhaupt keine Rolle. Die Bevölkerung hat letztes Jahr ein Signal ausgesandt und erwartet, dass jetzt auch der Stadtrat mit der Planung ein Signal aussendet. Die CVP kann das Vorgehen unterstützen, auch wenn es eine zeitliche Verzögerung gibt. Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Myriam Barsuglia: Die GLP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht zum aktuellen Stand und zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung der Initiative für eine lebendige Industriestrasse. Die GLP-Fraktion steht nach wie vor hinter dem gewählten partizipativen Verfahren, auch wenn sich die Entwicklung des Areals gegenüber einer direkten Neuausschreibung um gut ein Jahr verzögert. Wenn man berücksichtigt, dass die künftige Überbauung über die nächsten paar Generationen Bestand haben soll, ist es das der GLP wert, wenn damit eine nachhaltige Lösung erreicht werden kann.

Durch die sorgfältige Analyse und Aushandlung der verschiedenen Interessen und Anforderungen an die künftige Trägerschaft und das Bauprojekt wird zudem ein tragfähiger Boden für die künftige Entwicklung gelegt, der sich in der Planungs- und Realisierungsphase bezahlt macht, respektive die Zusatzschleife für das partizipative Verfahren bestimmt wieder wettmachen wird. Die Erwartungen und Ansprüche an den Prozess und an das Ergebnis sind sehr hoch. Auch die GLP hat gewisse Vorstellungen, wie sich das Areal künftig entwickeln soll. In einem Satz gesagt, die GLP wünscht sich vor allem ein innovatives Projekt, auf das Luzern stolz sein kann. Ein Blick auf andere Städte kann dabei nicht schaden. Die GLP ist daher gespannt auf das Ergebnis des partizipativen Prozesses und noch mehr auf das konkrete Projekt, welches letztendlich daraus entstehen wird.

Die GLP-Fraktion tritt auf den auf den Bericht ein und nimmt zustimmend Kenntnis davon.

Baudirektorin Manuela Jost: Das Areal Industriestrasse ist speziell. Es ist nicht gross und hat kleine Dimensionen. Das damalige Projekt ist eindeutig gescheitert. Der Stadtrat hätte es auch anders gewollt. Es ist offenbar an der damaligen Vorgehensweise gescheitert. Deshalb hat sich der Stadtrat für diesen neuen Prozess – es ist Neuland – entschieden. Es stimmt, es ist eine Zusatzschleife, als wenn die Ausschreibung direkt erfolgt wäre. Diese innovative Vorgehensweise braucht auch etwas Mut. Der Stadtrat ist sehr zuversichtlich, damit den richtigen Weg gewählt zu haben. Es wird aber sicher etwas gebaut werden. Die Unterstellung, dass nichts gebaut werden soll, weist der gesamte Stadtrat entschieden zurück. Der Stadtrat hat grosses Interesse, so schnell wie möglich etwas zu realisieren. Er erwartet aber auch, dass die vorgesehenen Prozessschritte so akzeptiert werden. Als nächster Schritt wird ein zweiter Runder Tisch anfangs Juli stattfinden. Dann wird zuhanden des Stadtrates eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen mit allen Rahmenbedingungen ausgearbeitet. Dann geht der ganze Prozess wieder auf die formelle Schiene. Der partizipative Prozess entscheidet nichts, er ist ein Vorschlag in Form von Empfehlungen, wie es weitergehen soll. Ungefähr im September/Oktober wird die GPK beziehungsweise die Baukommission informiert, zu was sich der Stadtrat entschieden hat, entsprechend dem Fahrplan, wie er im B+A aufgezeigt ist. Es wurde erwähnt, es sei ein „worst case-Fahrplan“.

Bei einem kompetitiven Vorgehen muss diese Zeit eingeplant sein, dass die Baugenossenschaften sich bewerben können. Es gibt selbstverständlich ein schnelleres Verfahren, das sogenannte kooperative Verfahren. Es würde schneller gehen, wenn man das sozusagen dem G-Net, dem neuen Netzwerk gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften der Stadt Luzern übergeben würde. Diese würde dann Baugenossenschaften suchen, um das ganze Projekt zu realisieren. Es gibt verschiedene Vorgehensweisen. Der Stadtrat wird sich dann entscheiden, welche Vorgehensweise gewählt wird.

Die Sprechende bittet das Parlament, den vorliegenden Zeitplan zu genehmigen und den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Der Bericht zeigt die maximal mögliche Dauer auf, wenn das kompetitive Verfahren ausgewählt wird. Es kann aber auch einige Monate kürzer dauern, wenn ein anderer Verfahrensprozess gewählt würde.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Das Parlament ist auf den Bericht eingetreten, es liegt auch kein Rückweisungsantrag vor.

DETAIL

Ratspräsidentin Theres Vinatzer zum Beschlussesentwurf auf Seite 9: Der Stadtrat und die Baukommission empfehlen zustimmende Kenntnisnahme. Es liegt ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vor. Gibt es einen Antrag auf einfache Kenntnisnahme?

Keine Wortmeldung.

Abstimmung: Der Rat nimmt den Bericht 8/2013 zustimmend zur Kenntnis.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Daniel Wettstein ist heute zum letzten Mal als Baukommissionspräsident am Rednerpult. Die Ratspräsidentin bedankt sich bei Daniel Wettstein. Ein sehr anspruchsvolles Jahr liegt hinter ihm. Die BZO-Revision wurde mit ihm als Vorsitzender der Baukommission sehr gut vorbereitet, so dass sie sehr gut durch den Rat gekommen ist. Die Baukommission hat ein enormes Arbeitspensum geleistet. Nochmals recht herzlichen Dank.

Der Rat bedankt sich mit kräftigem Applaus bei Daniel Wettstein.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht 8 vom 30. April 2013 betreffend

Umsetzung der Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“

Weiteres Vorgehen und Termine,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 und Art. 52 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000, **beschliesst:**

Vom Bericht zur Umsetzung der Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ wird zustimmend Kenntnis genommen.

8. Bericht und Antrag 9/2013 vom 30. April 2013: Abschreibung von Motionen und Postulaten

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Bericht und Antrag wurde in der GPK behandelt.

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Der Bericht und Antrag ist kurz und auch nicht weiter kompliziert. Die GPK hat dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, mit Ausnahme von Ziffer 11, Postulat 163 (Seite 6) und Ziffer 19, Postulat 264 (Seite 8). Das Protokoll dazu ist nicht korrekt, dort heisst es unter Ziffer 19 „Die GPK stimmt mit 9:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, der Abschreibung zu.“ Richtig wäre: „Die GPK stimmt mit 9:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, der Nicht-Abschreibung zu.“ Diese zwei Postulate wurden von der GPK nicht abgeschrieben.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Die Ziffern werden jeweils zusammen behandelt. Angehalten wird dort, wo es durch die GPK eine Änderung gibt. Selbstverständlich können andere Anträge gemacht werden.

Zu Ziffer 10, Postulat 160 (Seite 5)

Monika Senn Berger: In der GPK hat die G/JG-Fraktion beantragt, Postulat 160 nicht abzuschreiben. Man anerkennt, dass die Ausführungen zeigen, wo es Nachhaltigkeitsbeurteilungen gibt. Es ist nicht ganz ersichtlich, wie bei Projekten Fachpersonen aus allen Nachhaltigkeitsdimensionen in der Planungsphase einbezogen sind. Das war die erste Forderung. Man hat jetzt zwar gesehen, wie das zum Beispiel bei der Industriestrasse gemacht wird und auch befürwortet wird. Bei den Hinweisen auf die zweite Forderung, bei den Entscheidungen Fachpersonen aus allen drei Disziplinen mit Stimmrecht einzubeziehen, davon ist in den Ausführungen nichts zu sehen. Die Erfüllung der Forderung ist auch noch nicht möglich gewesen, es hat in dieser Zeit noch gar keinen Wettbewerb gegeben. Gerade im Hinblick auf die Umsetzung der Städtischen Wohnraumpolitik muss die Zusammensetzung der Planungs- und Entscheidungsgremien immer wieder geprüft und geklärt sein. Deshalb möchte die G/JG-Fraktion Postulat 160 nicht abschreiben.

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Der Antrag wurde in der GPK auch gestellt und wurde mit 6:5 Stimmen abgelehnt.

Sandra Felder-Estermann: Der Stadtrat listet bereits eine Reihe von Massnahmen auf, welche heute schon angewendet werden, aus Sichtwinkel der drei Nachhaltigkeitsdimensionen. Dass das als Dauerauftrag betrachtet und gewichtet wird, zeigt die ausführliche Antwort zum Postulat. Die FDP hat das Gefühl, dass dies dementsprechend wahrgenommen und auch als wichtig angeschaut wird. Das Postulat kann deshalb abgeschrieben werden, dem wird genügend Gewicht gegeben.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Es wird über den Antrag abgestimmt. Die Stimmen müssen ausgezählt werden.

Antrag Nicht-Abschreiben 21 Stimmen

Antrag Abschreiben 24 Stimmen

Der Rat schreibt das Postulat 160 ab.

Zu Ziffer 11, Postulat 163 (Seite 6)

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK stellt den Antrag, Postulat 163 nicht abzuschreiben.

Der Rat stimmt der Nicht-Abschreibung des Postulats 163 zu.

Zu Ziffer 19, Postulat 264 (Seite 8)

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK stellt den Antrag, Postulat 264 nicht abzuschreiben.

Der Rat stimmt der Nicht-Abschreibung des Postulats 264 zu.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 30. April 2013 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–10, 12–18 und 20–22, werden abgeschrieben.

- II. Die Erledigungsfrist des Postulats gemäss II.1., Ziffer 1, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

**10. Postulat 23, Christian Hochstrasser und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Max Bühler und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 4. Dezember 2012:
Keine Armee-Propagandashow in der Stadt Luzern**

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Stadtrat beantragt Ablehnung, womit die Diskussion gegeben ist.

Christian Hochstrasser: Mit dem Postulat wird gefordert, dass die Stadt Luzern – der Stadtrat – in ihrer Kompetenz keine Armeeshow bewilligt. Es ist wenig überraschend, dass der Sprechende von der Antwort enttäuscht ist. Es sind einerseits einige kleine Sachen. Zum Beispiel steht: „die Armee ist wichtig für Luzern, Luzern ist wichtig für die Armee“. Was sagt uns das? Es würde wahrscheinlich im gleichen Kanton gleich tönen. Es steht auch, der Stadtrat würde es begrüssen, dass sich die Leute ein Bild der heutigen Armee machen können. Ob die heutige Armee der heutigen Bedrohungslage angepasst ist, ist eine andere Frage. Es werden ja wahrscheinlich keine Computer und Satelliten gezeigt, sondern wahrscheinlich Brücken, Panzer, Fallschirme, FA-18, Gripen, oder was auch immer. Es geht um Krieg spielen, so wie man es aus den Besuchstagen bei der Armee kennt, oder mindestens der Sprechende es kennt. Es geht um Show. Aber das wirkliche Problem in dieser Angelegenheit ist, dass eine solche Veranstaltung als politische oder weltanschauliche Aktion eingestuft wird. Das ist eigentlich skandalös. Die Armee ist keine eigene politische Institution – Gott behüte – sie ist Teil des Bundes. Was es auslöst, wenn die Armee eine eigene politische Institution ist, sieht man in anderen Ländern und das ist nicht erstrebenswert. Die Durchführung dieser Veranstaltungen soll das Image der Armee, welches offenbar besonders in den Städten gelitten hat, etwas aufpolieren. Das ist für die Postulanten mit dieser Gewaltenteilung schwierig zu vereinbaren. Dass diese Show im September stattfinden könnte, ist schon lange vorhersehbar. Darum ist es auch nicht erstaunlich, dass die Konzepte schon im Sommer vorliegen. Es ist offenbar, dass die Armee im Vorfeld der Abstimmung vom 22. September zur Abschaffung der Wehrpflicht diese Visibilitätskampagne vorbereitet. Es geht um das Image der Armee. Alle Leute sollen sehen, wie wichtig das ist – so wie sie heute funktioniert. Der Sprechende erinnert an die letzte Debatte,

als man über die Kommunikation der Stadt Luzern im Vorfeld von Abstimmungen geredet hat. So ist es übrigens auch beim Bund. Wie man weiss, haben Verwaltungsstellen mit eigenen Haltungen im Abstimmungskampf überhaupt nichts verloren. Das muss den politischen Kräften überlassen werden. Genau gleich, wie in der Stadt Luzern und auch beim Kanton. Der Stadtrat und – bei einer Ablehnung des Postulats durch das Parlament – auch das Parlament, bietet mit der Unterstützung einer solchen Veranstaltung Hand für eine Armee, die selbstständig in Abstimmungskämpfe eingreift. Es geht um Krieg spielen, um Armeepropaganda, um Abstimmungspropaganda. Das wollen die Postulanten mit diesem Postulat in dieser friedlichen Stadt Luzern nicht. Aus gesellschaftlichen Gründen, aus Imagegründen, aber auch aus touristischen Gründen. Der Sprechende empfiehlt dem Parlament, dem Postulat zuzustimmen und in diesem Sinn den Missbrauch dieser Shows für die Abstimmung zu verhindern.

Max Bühler: Christian Hochstrasser hat in seinem Votum schon einiges vorweggenommen. Für den Sprechenden ist es gar nicht so schlecht, dass er die Möglichkeit hat, die Punkte dem Parlament nochmals mit Nachdruck darzulegen.

Wie Christian Hochstrasser ist auch der Sprechende enttäuscht von der Stellungnahme des Stadtrates zum Postulat. Knapp die Hälfte des Dokumentes besteht aus einer direkten Abschrift des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes. Damit wird klar, dass sich eine Armeeshow auf öffentlichem Grund für den Stadtrat in keiner Weise von jeder anderen, auf öffentlichem Grund stattfindenden Veranstaltung unterscheidet. Eine Bewilligung einer solchen Show müsste auch nach den genau gleichen Kriterien geprüft werden.

Diese Haltung ist äusserst irritierend. Die schweizerische Miliz-Armee ist weder eine privatwirtschaftliche Unternehmung, noch eine eigenständige politische Organisation, sie ist Teil des Bundes und damit eine staatliche Institution. Es ist gelinde gesagt, etwas befremdend, wenn staatliche Stellen ihre Legitimation erhöhen wollen, indem sie mit plumpen Werbeaktionen versuchen, ihr Image aufzubessern. Denn um nichts anderes handelt es sich bei der geplanten sogenannten Visibilitätsoffensive der Armee. Wenn Armeechef Blattmann in der Presse ankündigt, dass Brücken aufgebaut werden und Panzer auffahren sollen, glaubt der Sprechende, ist hier allen – auch dem Stadtrat, obschon er wie er sagt noch keine Hinweise auf die Ausgestaltung der Präsentationstour hat – klar, wie eine solche Veranstaltung aussehen wird. Es soll auf reisserische Art und Weise mit einer Effekt hascherischen Show die angebliche Tätigkeit des Heeres dargestellt werden. Mit überholten Klischees von den harten Typen in Uniform werden in Hollywood-Manier simple Bubenträume erfüllt und an die Sensationslust der Leute appelliert.

Kurz stolpern muss man auch bei der Aussage des Stadtrates, dass er es begrüßen würde, wenn sich die Zentralschweizer Bevölkerung ein Bild der heutigen Armee machen könne. Ein Panzeraufmarsch und das Aufziehen eines „Infanterie-Sicherheitsdispositivs“ (Zitat Blattmann) hat in Tat und Wahrheit nicht mehr allzu viel mit der eigentlichen Tätigkeit des Schweizerischen Heeres zu tun und auch nicht mit der aktuellen globalen Bedrohungslage. Vor diesem Hintergrund scheint es geradezu absurd, dass der Stadtrat eine solche Promo-Veranstaltung als politische und weltanschauliche Aktion bezeichnet. Solche Events sind reine

Marketing-Vehikel und dienen primär zur Verklärung, Romantisierung und Überhöhung der Armee. So wird eine Armee zum Selbstzweck, und dass eine solche Entwicklung gefährlich ist, für das – das wissen alle – gibt es genug Beispiele.

Im vorliegenden Postulat geht es nicht darum, ob man im Grundsatz für oder gegen die Schweizerische Armee ist. Es geht darum, dass es klar zu verurteilen ist, wenn eine staatliche Institution eine durch Steuergelder finanzierte Werbeaktion veranstaltet, um so die Stimmung im Volk zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dies an sich ist für die Postulanten schon sehr problematisch. Dass es aber auch gut sein kann, dass die geplanten Aktionen der Armee noch vor der Abstimmung über die Abschaffung der Wehrpflicht stattfinden könnten, macht die ganze Sache noch viel problematischer. Die SP/JUSO-Fraktion hält darum auch am Postulat fest und empfiehlt dem Parlament, das Postulat zu überweisen.

Joseph Schärli: Die Postulanten finden, eine Propagandashow in der Stadt Luzern sei fehl am Platz. Der Sprechende stellt dazu in Frage, wer von diesen Postulanten Armeedienst geleistet hat und deshalb auch einen Teil der Armee überhaupt kennt? Es ist ein trauriges Spiel, das hier im Saal stattfindet. Ein himmeltrauriges Bild unserer Armee wird hier aufgezeigt, das keineswegs stimmt. Es zeigt dem Sprechenden, dass die Leute nicht à-jour sind. Zurzeit läuft das neue Armeeleitbild, das neue Führungsmodell. Der Sprechende kennt das. Es wäre gut, wenn sich die Postulanten informieren würden, bevor sie solche Sachen in ein Parlament bringen. Der Vorstoss befremdet Joseph Schärli sehr und auch die SVP-Fraktion. Es sind Bürger in unserem Land, die in der Armee ihre Pflicht erfüllen müssen. Bürger – Schweizer Bürger. Die Armee ist Teil der Sicherheitsgewährleistung für die Bevölkerung in diesem Land. Dafür werden pro Jahr rund vier bis fünf Milliarden Franken gesprochen – vom Bundeshaushalt, vom Parlament. Das Parlament hat sicher einen tiefen Einblick. Bei aller Kritik, die man haben darf. Die Armee ist in unserem Land ein wichtiges Instrumentarium, um die Sicherheit zu gewährleisten. Der Sprechende möchte sehen, was gesagt wird, wenn es eine Überschwemmung gäbe. Dann wird sofort nach der Armee gerufen. Die müssen kommen, sofort. Die müssen morgen schon da sein, lieber noch heute. Der Sprechende kennt diesen Ruf. Er hat verschiedene solche Einsätze geleitet. Er weiss, wie die Bevölkerung reagiert. Auch die Kantone sind froh um dieses Instrumentarium. Dass die Truppen da sind, wenn man sie braucht und sie entsprechend ausgebildet sind.

Die SVP steht klar zu unserer Armee und erachtet es als richtig, dass unsere Bevölkerung auch einen Anspruch hat, zu erfahren, wie die Armee ausgerüstet und ausgebildet ist. Die Bevölkerung will das sehen. Das zeigen jeweils die Besuchstage bei der Armee mit einem Grossaufmarsch. Wenn irgendeine Veranstaltung der Armee stattfindet, ist die Bevölkerung da, sie will wissen, was läuft und geht.

Über die koordinierten Rettungseinsätze und Hilfeleistungen für die Bevölkerung findet in der Zeit vom 4. bis 6. Oktober in Luzern von den Genie- und Rettungstruppen mit der Themenwoche „Militärische Schifffahrt“ auf dem Areal Lido/Seeburg eine Show statt. Das gleiche hat auch in Biel stattgefunden, mit sehr grossem Interesse der Bevölkerung. Diese Show wird

nun im Raume Luzern wiederholt. Die Genie-Truppen bauen bekanntlich Brücken. Der Sprechende empfiehlt deshalb den Postulanten, sich an dieser Show zu informieren, damit sie wissen, was die Armee überhaupt leistet. Dass sie nicht solche Sachen ins Parlament bringen und die Armee dermassen abstrafen wollen.

Wenn die Armee den Gedanken gehabt hat, und Korpskommandant André Blattmann sich in der Sonntagszeitung so geäussert hat, hat er auch etwas gedacht. Es hat ja heute geheissen, man müsse denken können. Er hat gedacht, dass man eine Visibilität im Rahmen einer solchen Show der Bevölkerung zeigen könnte. Und zwar auch in Luzern. Der Stadtrat schreibt richtig, Luzern hat das AAL, die Generalstabsschule ist in Luzern. Im technischen Bereich sind in Kriens Schulen stationiert. Das alles belebt auch die Volkswirtschaft. Damals wurde darum gestritten, dass diese Ausbildungsstätten nach Luzern kamen.

Was für ein Wirbel wird jetzt verursacht? Der Sprechende hat von der Armeeführung, Teil Verteidigung, eine verlässliche Information erhalten, dass das ganze fallen gelassen wird. In dieser Form findet diese Show also nicht statt, aber die Genie- und Rettungsdemonstration wird in Luzern stattfinden. Diese Auskunft wurde dem Sprechenden heute Morgen nochmals bestätigt. Warum dieser Schuss ins Leere, wenn man sich nicht erkundigt?

Laura Kopp: Über die Organisation, die Ausstattung und die Kosten der Schweizer Armee wird immer wieder kontrovers diskutiert, wie man vorher hören konnte. Die Sprechende möchte an dieser Stelle nicht über Sinn und Unsinn, Zweck oder nicht Zweck der Armee diskutieren. Oder wie man vielleicht den Dienst am Staat anders gestalten könnte. Dafür gäbe es andere Möglichkeiten. Das VBS und der Chef der Armee stehen unter Druck. Es ist klar, dass unter diesen Umständen eine Visibilitäts-offensive, oder gar eine Imagekampagne angestrebt wird. Das ist eigentlich nicht erstaunlich, in der momentanen Diskussion in Bezug auf die September-Abstimmung. Wenn man sich die jüngsten Diskussionen im eidgenössischen Parlament in Erinnerung ruft, fragt sich die Sprechende, ob dies aus Kostengründen überhaupt möglich ist. Aber das ist ein anderes Thema. Unabhängig, wie die GLP zur Armee steht – ob die Fraktion eine Kampagne begrüsst oder nicht –, spricht sich die GLP-Fraktion wie der Stadtrat gegen eine vorsorgliche Verweigerung der Bewilligung aus.

Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Thomas Gmür möchte hier weder ein Plädoyer für die Armee halten, und noch weniger eines gegen die Armee. Der Sprechende möchte etwas festhalten: Das Parlament hat vor Jahren ein Reglement erlassen über die Nutzung des öffentlichen Grundes. An dieses Reglement haben wir uns zu halten. Das Postulat fordert nun, dass gerade in einem bestimmten Fall dieses Reglement ausgehebelt werden sollte. Das ist der falsche Weg. Das Reglement hält fest, egal wer ein Gesuch stellt, dass das Gesuch bewilligt werden muss, sofern gewisse Auflagen erfüllt sind. Es ist egal, ob es sich um das Bundesamt für Migration, um die Schweizerische Flüchtlingshilfe, um die Bäckerinnen und Bäcker der Stadt Luzern, oder um das 1.-Mai-Komitee handelt. Wir haben das Reglement, und das haben wir anzuwenden.

Christian Hochstrasser: Etwas bleibt an Joseph Schärli noch kurz zu erwähnen: Der Sprechende hat Militärdienst geleistet bei den Genie- und Rettungstruppen und ist also einigermaßen à-jour. Es geht hier nicht darum, Armee ja oder nein. Es geht um die Rolle in diesem Abstimmungskampf. Falls die Visibilitätsinitiative jetzt so nicht stattfinden würde, dann hat der Vorstoss den Zweck ja erfüllt. Der Sprechende dankt Joseph Schärli an dieser Stelle, dass er die höchsten Kreise darauf aufmerksam gemacht hat. Da hat der Sprechende zugegebenermaßen nicht die gleich guten Kontakte.

Der Rat lehnt Postulat ab.

**11. Postulat 68, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. Mai 2013:
Umsetzung Tempo 30 für die Moosstrasse**

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Gibt es einen Ablehnungsantrag aus dem Rat?

Urs Zimmermann: Wie man der Antwort des Stadtrates entnehmen kann, finden bereits Überprüfungen durch das Tiefbauamt an den neuralgischen Punkten rund um den Bundesplatz statt. Die Ergebnisse sollen Ende Sommer vorliegen. War das Unfallauto in diesen Frühling denn wirklich mit mehr als 30km/h unterwegs? Hätte der Unfall durch eine Tempo-30-Zone verhindert werden können? Man weiss es nicht. Es wäre einfach übereilt, jetzt sofort nach einer Tempo-30-Zone zu schreien – solange man die genauen Umstände nicht kennt. Jeder Unfall ist einer zu viel. Aber jetzt sollte zuerst die Analyse des Tiefbauamtes abgewartet werden. Weiter wird im Bereich der Moosstrasse bereits heute aufgrund des dichten Verkehrsaufkommens nicht viel mehr als 30km/h gefahren. Die langsame und schleichende Einführung von flächendeckenden Tempo-30-Zonen lehnt die SVP-Fraktion ab.

Aus diesem Grund stellt die SVP Fraktion den Antrag auf Ablehnung des Postulats.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für die Antwort auf das Postulat, das der Stadtrat entgegennehmen will.

Die GLP hat einiges gelernt bei diesem Postulat, ursprünglich war eine Motion geplant. Aber auf Gemeindestrassen ist der Stadtrat für Tempolimits zuständig, daher ist keine Motion möglich, sondern nur ein Postulat im Sinne einer Anregung (Geschäftsreglement des Grossen Stadtrates Art. 84, Abs. b).

In der Vergangenheit wurden schon verschiedentlich Vorstösse zu Tempo 30 in diesem Gebiet diskutiert. Es waren generelle Anliegen. Eine Motion Tempo 30 wurde als Postulat überwiesen. Zum Gebiet Moosstrasse gab es schon eine Volksmotion. Diese wurde beantwortet, dass

dies im Gesamtverkehrskonzept geprüft werde. Es gab auch Vorstösse, immer im Zusammenhang mit der Bundes- und oder Moosstrasse. Es war immer eine Kantonsstrasse dabei, weshalb die Zuständigkeit beim Kanton liegt. Somit konnte sich die Stadt immer von der Verantwortung drücken.

Immer wieder wurde im Rat diskutiert, wie der Verkehrsteilnehmer am Bundesplatz und an der Kreuzung Bundesstrasse/Moosstrasse von den vielen schwierigen Situationen und Ablenkungen überfordert ist. Bei tieferem Tempo steigt die Chance auf rechtzeitiges Reagieren und auf sichere Kommunikation unter den Verkehrsteilnehmern.

Die GLP ist der Meinung, dass auf diesem kurzen Strassenstück – weil es eine Gemeindestrasse ist –, das Stadtparlament politisch verantwortlich ist. Es sollte tun, was immer möglich ist, um zukünftig die Schwere von Zwischenfällen zu reduzieren. Und das eben möglichst bald.

Das Argument, dass eigentlich heute schon nicht zu schnell gefahren werden kann, zählt in diesem Sinne nicht. Das gilt vor allem bei einem Rückstau, und zwar in den Stosszeiten, während zwei Stunden am Morgen, zwei Stunden am Abend. Das geht vor allem in Richtung zu der Verzweigung Bundesstrasse. Aber in der anderen Fahrtrichtung ist gerade das gegenteilige Verhalten zu beobachten. Man hat den schwierigen Bundesplatz und ist froh, dass man endlich losfahren kann – bis zu der nächsten Vollbremsung vor dem Fussgängerstreifen. Aus all diesen Gründen ist die GLP-Fraktion für die Überweisung des Postulats und dankt für die Unterstützung.

Reto Kessler: Die FDP dankt dem Stadtrat für die Antwort auf das Postulat. Unfälle sind tragische Ereignisse, welche auch die FDP mit Bedauern zur Kenntnis nimmt. Sinnvolle Massnahmen zur Verhinderung werden durch die FDP auch gestützt. Aber im Bereich der Moosstrasse sind die Unfälle mit Personenschäden in den meisten Fällen nicht auf das Tempo zurückzuführen. Sie sind vor allem immer am Anfang oder am Ende der Strasse, in Richtung Stoppstrasse und Verzweigung Bundesstrasse passiert. Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts sind diverse Massnahmen in Prüfung. An den Unfallschwerpunkten, insbesondere Moosstrasse bis Bundesplatz, sind Sofortmassnahmen im Bereich des Tiefbauamtes in Bearbeitung. Die Resultate sollen nach den Sommerferien 2013 vorgestellt werden. In Anbetracht der bald aufliegenden Massnahmen sieht es die FDP nicht als nötig, das Postulat zu überweisen. Wie der Stadtrat in seiner Antwort schreibt, haben diverse Prüfungen bereits stattgefunden.

Es fragt sich, ob Tempo 30 es wirklich ausmacht, dass die Strasse nachher viel sicherer wird. Vielleicht sind andere Massnahmen genau so greifend. Man soll nun abwarten, was das Gesamtverkehrskonzept zeigen wird.

Ein notwendiges Gutachten verursacht viele Kosten, welche im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes und der Sofortmassnahmen ohnehin schon geprüft werden. Also keine Doppelspurigkeiten. Insofern werden Sicherheitsmassnahmen bereits geprüft und für die FDP stellt sich der Mehrwert des Postulats im Moment in Frage.

Die FDP lehnt das Postulat ab mit dem Verweis, dass einzelne Massnahmen nach den Sommerferien vorliegen sollten. Eine Pflasterli-Politik ist nicht die richtige Lösung, sondern das Gesamtverkehrskonzept und Sofortmassnahmen für die Sicherheit sollen den Weg weisen.

Markus Mächler: Die CVP wird das Postulat überweisen wollen. Wenngleich sie nicht versteht, warum einmal mehr eine politische Partei unmittelbar nach einem tragischen Unfall daraus politisches Kapital zu schlagen versucht. Inzwischen hat man zur Kenntnis genommen, dass genau dieser Unfall mit grosser Sicherheit mit Tempo 30 nicht hätte verhindert werden können. Man weiss ja, dass diese Massnahme im Zusammenhang mit der Überprüfung der Verkehrssicherheit am Bundesplatzes und dessen Umfeld so oder so angedacht ist und evaluiert wird. Der CVP geht es aber darum, mit einer allfälligen Ablehnung nicht dem Stadtrat das Denken zu verbieten, was heute ja schon mehrmals diskutiert wurde. Der CVP geht es darum, dass der Variantenfächer offen bleibt und das Parlament die Vor- und Nachteile der Evaluation dann prüfen kann, wenn das gesamte Massnahmenpaket vorliegt.

Nivo van der Heiden: Im Rat wurde bereits im Rahmen einer Petition von Anwohnerinnen und Anwohnern im August 2011 über die Einführung von Tempo 30 an der Bundes- und an der Moosstrasse diskutiert. Die SP/JUSO-Fraktion hat sich damals vorsichtig positiv zur langfristigen Einführung von Tempo 30 auf der Bundesstrasse geäussert, weil es dort bauliche Massnahmen benötigt, bevor man das machen kann. An der Moosstrasse hingegen – so hat die SP/JUSO bereits damals hingewiesen, ist Tempo 30 einfach umsetzbar. Es sind baulich keine Veränderungen nötig. Es ist heute schon ziemlich schwierig, dort schneller als 30 km/h zu fahren, und auch ziemlich gefährlich. Es spricht somit aus Sicht der SP/JUSO weiterhin alles für Tempo 30, und eigentlich gar nichts für Tempo 50.

Selbstverständlich ist auch die SP/JUSO nicht sicher, ob Tempo 30 an der Moosstrasse wirklich zu weniger Unfällen führt. Es ist auch ganz unklar, ob der tragische Unfall hätte verhindert werden können, welcher diesen Vorstoss ausgelöst hat. Von einer Partei, die der SP/JUSO auch schon vorgeworfen hat, sie lanciere auf Einzelschicksale politische Vorstösse. Es ist trotzdem eine gute Sache, dass man Tempo 30 für die Strasse endlich prüft. Dass ein Gutachten die Fragen klären soll, macht aber so oder so Sinn. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt das Postulat und dankt dem Stadtrat für seine Offenheit und seine fortschrittliche Position in dieser Frage.

Ali R. Celik: Der Stadtrat zeigt in der Stellungnahme auf, dass bereits Abklärungen zur Moosstrasse in Gang sind. Nicht nur deshalb, sondern auch aus weiteren Gründen wird die Fraktion der G/JG der Entgegennahme des Postulats zustimmen.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass sich die zeitliche Differenz zwischen dem Tempo 50 und 30 nur um eine oder zwei Sekunden handelt, wenn man die ganze Strasse durchfahren würde. Warum auf Tempo 50 beharrt wird, ist für die G/JG-Fraktion nicht nachvollziehbar. Das Risiko bei Tempo 50 ist offensichtlich. Die Wirkung der Temporeduktion auf 30 kann erst in der Praxis erfahren werden. Ein wichtiger Grund für die Einführung von Tempo 30 an der Moosstrasse ist die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger, die diese Strasse überqueren müssen. Wer sich in diesem Gebiet auskennt, kann leicht feststellen, dass die Moosstrasse kaum mit Tempo 50 ohne Risiko befahrbar ist.

Die Moosstrasse ist kürzer als 200 Meter und hat mehrere und teilweise unübersichtliche Fussgängerstreifen. Einige der Fussgängerstreifen werden von Fussgängerinnen und Fussgängern sehr intensiv benutzt. Beispielsweise die zwei Fussgängerstreifen nach dem Bundesplatz sind nicht nur in einer Kurve angelegt, sondern auch nur zirka 25 Meter voneinander entfernt. Auch die nächsten stehen zu nahe beieinander. In der Nacht ist das Risiko nicht kleiner. Auf der Südseite der Strasse treten die Fussgängerinnen und Fussgänger hinter den Gebäuden hervor auf die Fussgängerstreifen. Auf der Nordseite sind Bäume, eine Telefonkabine etc., welche die Sicht massiv einschränken.

Der Rat überweist das Postulat.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer: Traktandum 11 ist geschlossen, noch nicht aber die heutige Sitzung. Die Ratspräsidentin hat noch drei Punkte zu erwähnen.

Das Erste ist einerseits eine Ehre, aber auch eine Pflicht für die Ratspräsidentin. Dominik Durrer ist heute zum letzten Mal als Ratsmitglied anwesend. Zumindest vorderhand – was die Zukunft bringen wird, weiss noch niemand.

Rücktritt Dominik Durrer per 15. Juli 2013

„Dominik, ich lasse dich nur sehr ungerne ziehen. Sicher auch im Namen aller hier im Saal. Dein Weggang ist ein ganz grosser Verlust für das Parlament und auch ein grosser Verlust für die Geschäftsleitung. Du hast mit deiner ruhigen, integrativen und kompetenten Art sehr viel zu einem guten Klima im Rat beigetragen und auch zu einer wertschätzenden Gesprächskultur. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.“

Dominik Durrer ist seit dem 1. September 2005 im Grossen Stadtrat. Vom Dienstalther her ist Dominik Durrer der sechstälteste Parlamentarier. Wenn die Littauerinnen und Littauer dazu gezählt werden, ist er der Neuntdienstälteste.

Mitglied Bürgerrechtskommission (Nachfolger von Dorothee Kipfer) 1.9.2004 bis 31.8.2006

Mitglied Baukommission (Nachfolger von Peter Henauer) 7.9.2006 bis 5.9.2007

Vizepräsident Baukommission 6.9.2007 bis 31.12.2009

Mitglied Geschäftsprüfungskommission 7.1.2010 bis 15.7.2013.

Mitglied Geschäftsleitung,

als Fraktionschef der SP/JUSO (Nachfolger von Markus Elsener) vom 1.7.2010 bis 15.7.2013.

Dominik Durrer hat sich in dieser Zeit in vielen Gebieten eine grosse Kompetenz angeeignet. Seine Voten haben im Rat immer Gewicht gehabt, bis heute.

Insgesamt hat Dominik Durrer 75 Vorstösse eingereicht, oder er war zumindest an 75 Vorstössen beteiligt.

Bei der Suche nach der Thematik hat sich der subjektive Eindruck der Ratspräsidentin bestätigt. Dominik Durrer war – gemessen an den eingereichten Vorstössen – wirklich breit abgestützt. Die wichtigsten Themen waren Verkehr, Mobilität und Parkwesen. In diesem Bereich hat Dominik Durrer 21 Vorstösse eingereicht.

Gefolgt von der Bautätigkeit allgemein, mit 14 Vorstössen. Zu Energie waren es 8 Vorstösse, zu Kultur 6 Vorstösse. In jüngster Zeit waren es vor allem Vorstösse zu Familie und Kind.

Dominik Durrer wird im Kanton an einer zentralen Stelle eine interessante neue Aufgabe übernehmen. Theres Vinatzer ist überzeugt, dass er dort seine Erfahrung und seine Zeit als Grossstadtrat nutzen kann, und sich vielleicht ab und zu – wenn es nötig ist – für die Stadt sanft einbringen kann.

Die Ratspräsidentin dankt Dominik Durrer im Namen Aller ganz herzlich für den grossen Einsatz in all den Jahren und für sein Engagement für die Stadt Luzern. Sie wünscht ihm alles Gute, Freude und Befriedigung in der neuen Aufgabe.

Es wäre schön, von dir in Zukunft zu hören, zu lesen, oder dich zu sehen.

Der Rat verabschiedet Dominik Durrer mit stehendem, langandauerndem Applaus.

Dominik Durrer bedankt sich beim Stadtrat, beim Parlament für den Applaus, bei der Ratspräsidentin für die freundlichen und anerkennenden Worte. Er wünscht dem Stadtrat und dem Parlament in dieser Legislatur, welche mindestens finanziell wieder schwierig wird, Zuversicht und den Mut, die Stadt Luzern weiterzuentwickeln. Vor allem mit dem Blick für die städtische Bevölkerung. Sein Blick auf die städtische Politik kommt jetzt eher von der anderen Seite der Reuss. Er geht davon aus, dass er ab und zu vielleicht als „interkultureller Mediator“ das eine oder andere städtische Anliegen erklären und ein bisschen Verständnis schaffen kann. Das nimmt er sicher aus dem Rat mit.

Dominik Durrer wünscht Allen einen schönen Abend, einen schönen Sommer. Der Rücktritt war so terminiert, dass er noch auf den Ratsausflug mitkommen kann. Er wird diesen noch geniessen und sicher zum einen oder anderen Gespräch auch etwas beisteuern.

Ratspräsidentin Theres Vinatzer überreicht Dominik Durrer das Abschiedsgeschenk mit einem Blumenstrauss.

Der Rat bedankt sich nochmals mit kräftigem Applaus bei Dominik Durrer.

Wie am Anfang angekündigt, ist der Ausschuss Finanzinspektorat (Katharina Hubacher, Sonja Döbeli Stirnemann und Daniel Furrer) gebeten, sich bei Toni Göpfert zu melden.

Der Ausflug vom 4. Juli wird sicher ganz spannend. Die Ratspräsidentin freut sich sehr auf diesen Tag. Wie der Einladung zu entnehmen ist, wird um 7.45 Uhr beim Bourbaki-Panorama gestartet. Zweckmässige Kleidung, gutes Schuhwerk, eventuell Regenschutz. Aber es ist schönes Wetter angesagt.

Schluss der Sitzung: 16.00 Uhr

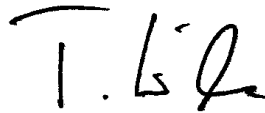
Luzern, 14. August 2013

Der Protokollführer:



Franz Meyer

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber